



Geschäftsbericht 2010



IB

Investitionsbank
Schleswig-Holstein

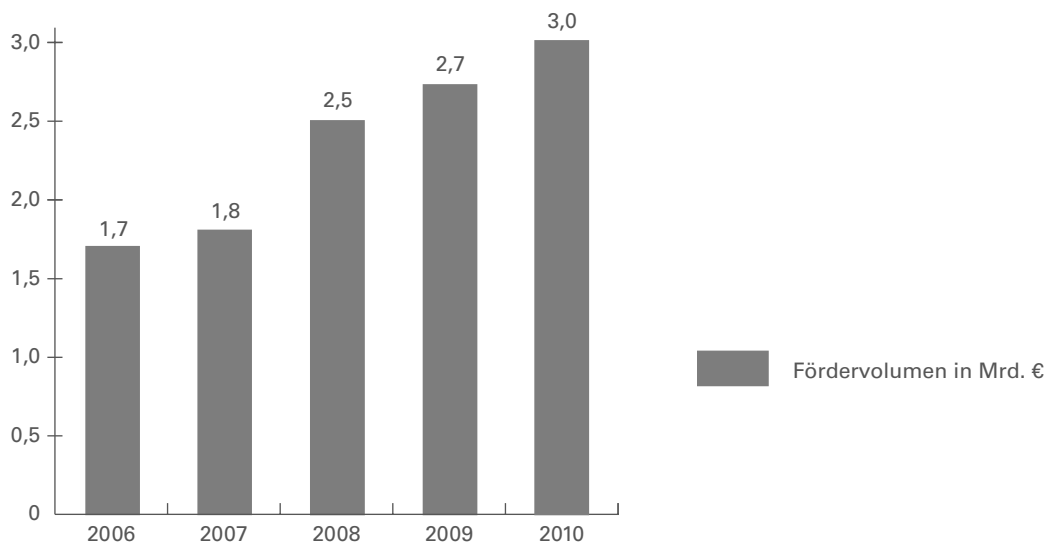
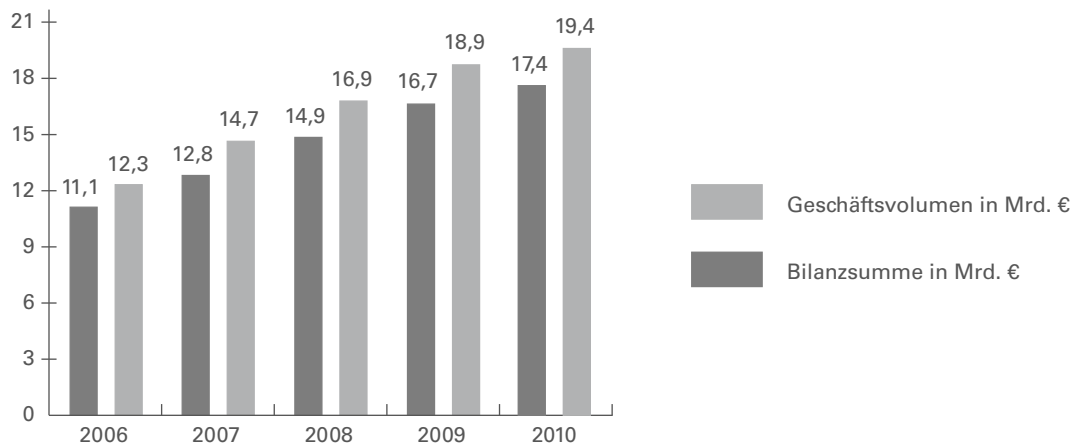
Investitionsbank Schleswig-Holstein im Überblick

Rechtsform

Die Investitionsbank Schleswig-Holstein (IB) ist eine rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts und besitzt eine Bankerlaubnis der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin). Träger der Investitionsbank Schleswig-Holstein ist das Land Schleswig-Holstein (100%).

Aufgaben: Fördern, Finanzieren, Beraten

Die Investitionsbank Schleswig-Holstein (IB) unterstützt das Land Schleswig-Holstein als zentrales Förderinstitut in der Umsetzung wirtschafts- und strukturpolitischer Aufgaben. Die IB berät in allen Förderfragen und vergibt Fördermittel für die Wirtschaft, den Wohnungsbau, Kommunen, Arbeitsmarkt- und Ausbildungsmaßnahmen, Umwelt- und Energieprojekte und den Städtebau sowie den Agrarbereich. Unterstützt werden öffentliche und private Investitionsvorhaben in Schleswig-Holstein. Darüber hinaus bietet die IB eine Reihe von Spezialleistungen – als die Förderbank im Norden.



	Seite
Vorwort des Vorstandes	4
Bericht des Verwaltungsrates	7
Highlights 2010	8
Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter	10
Leistungsspektrum 2011	16
Firmenkunden	18
IB.Europa/Enterprise Europe Network	25
Mittelständische Beteiligungsgesellschaft Schleswig-Holstein GmbH (MBG)	28
Immobilienkunden	32
IB.Energieagentur Schleswig-Holstein	38
Kommunalkunden	40
Öffentliche Infrastruktur/ÖPP-Kompetenzzentrum	45
Arbeitsmarkt- und Strukturförderung	48
Bundesförderung	54
INTERREG/Baltic Sea Region Programme	60
Kulturengagement	64
Jahresabschluss	68
Lagebericht	70
Bilanz	92
Gewinn- und Verlustrechnung	94
Anhang	95
Organe	106
Bestätigungsvermerk	109
Kontakt	113

Bebilderung

Dieser Geschäftsbericht ist mit Werken aus IB.Kunstkalendern der vergangenen Jahre illustriert. Mit dem seit 20 Jahren erscheinenden Kalender fördert die Investitionsbank die Bekanntheit von Künstlerinnen und Künstlern aus Schleswig-Holstein. Die hier ausgewählten Bilder, die Assoziationen mit den Förderbereichen der Investitionsbank wecken, stammen von: Corinna Altenhof, Tobias Duwe, Ute Elisabeth Herwig, André Krigar, Arno Neufeld, Gretel Riemann und Nicolaus Störtenbecker.

**Sehr geehrte Damen und Herren,
sehr geehrte Kunden und Geschäftspartner,**

die deutsche Wirtschaft hat im Jahr 2010 überraschend deutlich zu alter Stärke zurückgefunden. Auch in Schleswig-Holstein – wo die krisenbedingten Ausschläge ohnehin geringer waren – ist das Konjunkturklima in der gewerblichen Wirtschaft wieder spürbar freundlicher geworden. Mit einer Vielzahl konkreter Einzelmaßnahmen konnte die Investitionsbank Schleswig-Holstein diese positive Entwicklung unterstützen. Die Summe aller Einzelmaßnahmen ließ unser Fördervolumen auf 3 Mrd. € steigen. Auf verschiedenen Wegen konnten wir somit einen essenziellen Beitrag dazu leisten, die nachhaltige strukturelle Entwicklung in Schleswig-Holstein zu stärken. Dabei galt und gilt es, die Chancen der Megatrends – wie „Globalisierung“, „Klimawandel“, „Demografischer Wandel“ und „Digitalisierung“ – zu nutzen.

Den Weg für das positive Konjunkturklima haben die Unternehmen gebahnt mit ihrer Bereitschaft, auch in Krisenzeiten die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer an Bord zu behalten und jetzt wieder zu investieren. Unser Ziel bestand im Rahmen der Mittelstandsoffensive des Landes darin, ihnen dabei einen schnellen und einfachen Zugang zu Kapital zu ermöglichen. Dabei hat sich unser Konzept der vorgeschalteten institutsübergreifenden und unentgeltlichen Beratung durch unsere Förderlotsen bewährt. Insgesamt konnten wir in der Kombination aus Krediten, Zuschüssen und Durchleitung von Bundesfördermitteln allein in der Wirtschaftsförderung über 1 Mrd. € für den Mittelstand bereitstellen und damit die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen in immer globaler werdenden Märkten weiter stärken. Die Begleitung von klimarelevanten Investitionen unter besonderer Berücksichtigung der Nachhaltigkeit stellte in diesem Zusammenhang einen Schwerpunkt der Fördertätigkeit dar.

Über die Immobilienförderung konnten wir im vergangenen Jahr in der Kombination von sozialer und allgemeiner Wohnraumförderung mit einem Fördervolumen von 490 Mio. € wichtige Impulse setzen. Dabei haben wir allein im Eigentumssegment 4.500 Kunden beim Bau, Kauf oder der Modernisierung von Wohneigentum unterstützt; das sind 20% mehr als im Vorjahr. Auch hier lag der Schwerpunkt bei energetischen Investitionen zum Schutz des Klimas.

Ein weiterer wichtiger Baustein ist unsere Arbeitsmarktförderung. Insbesondere die Nachfrage nach Mitteln zur Weiterqualifizierung von Fachkräften – dem sogenannten „Meister-BAföG“ – ist stark gestiegen. So haben wir im vergangenen Jahr 15 Mio. € an 3.150 Antragsteller ausgezahlt. Das sind 19% mehr als in 2009. Mit dieser Förderung unterstützen wir den immer wichtiger werdenden Trend des lebenslangen Lernens als Folge des demografischen Wandels. Mit der Umsetzung des Konjunkturpakts II konnten wir im Auftrag des Landes starke Impulse für eine bessere Bildungsinfrastruktur setzen.

Vorwort des Vorstandes



Erk Westermann-Lammers
(Vorsitzender des Vorstandes)

Dr. Michael Adamska
(Vorstand)

Die europäische und die schleswig-holsteinische Förderpolitik sind stark verflochten. Unser *Enterprise Europe Network Hamburg – Schleswig-Holstein* war auch in 2010 zentrale Anlaufstelle bei allen Fragen zu EU-Förderprogrammen, Technologietransfer und EU-Kooperationen. Mittel der europäischen Strukturfonds sind wichtiger Bestandteil der von unserer Bank durchgeführten Zukunftsprogramme *Wirtschaft* bzw. *Arbeit*. Mit dem EFRE-Risikokapitalfonds setzen wir bereits seit 2004 EU-Fördermittel revolvierend für Beteiligungen ein – ein Ansatz, der sich als einer der Trends für die Ausgestaltung der Kohäsionspolitik nach 2013 abzuzeichnen scheint. Außerdem übernimmt die Investitionsbank Schleswig-Holstein weitgehende Verantwortung für die Umsetzung der EU-Programme im Ostseeraum.

Neue Aufgaben ergänzen unsere bisherigen Förderinstrumente. Zum einen rückte im Bereich der Kommunal- und Infrastrukturfinanzierungen vertieft der Breitbandausbau in den Fokus. Mit der Entwicklung unseres Produktes *IB.Breitband* haben wir gezielt auf die Marktanforderungen reagiert. In diesem Segment bieten wir eine Kombination aus begleitender Beratung und zinsgünstiger langfristiger Finanzierung an, die wir in Zusammenarbeit mit der Europäischen Investitionsbank (EIB) und der Landwirtschaftlichen Rentenbank (LR) realisieren können. So begegnen wir dem Megatrend Digitalisierung.

Ohne den hohen Einsatz und das fachliche Know-how unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter könnten wir nicht auf ein so erfolgreiches Jahr zurückblicken. Sowohl das Engagement der Beschäftigten wie auch das Vertrauen der Kunden und Partner bilden die Basis für das gute Ergebnis. Wir bedanken uns an dieser Stelle herzlich für das entgegengebrachte Vertrauen und die gute Zusammenarbeit!

Wir freuen uns sehr, dass unser Eigentümer, das Land Schleswig-Holstein, das vertrauensvolle Miteinander nahtlos auf uns, den neuen Vorstand der Bank, übertragen hat. Diese enge Zusammenarbeit mit dem Land Schleswig-Holstein ist die Basis für die erfolgreiche Arbeit und Entwicklung der Investitionsbank. Den bisherigen Vorständen, Herrn Lutz Koopmann und Herrn Dr. Klaus Rave, danken wir sehr herzlich. Sie haben unsere Bank aufgebaut und uns ein hervorragend aufgestelltes Haus übergeben.

Die Investitionsbank ist gut gerüstet, um die Aufbruchstimmung weiter zu unterstützen. Wir werden auch in Zukunft mit unseren Produkten und unserer Arbeit einen wichtigen Beitrag zur nachhaltigen Entwicklung Schleswig-Holsteins leisten – für Wachstum, Fortschritt und dauerhaft gute Lebensbedingungen. Damit die Wirtschaft, die Kommunen und die Menschen in unserem Land den Herausforderungen der Zeit gewachsen sind.



Erk Westermann-Lammers
(Vorsitzender des Vorstandes)



Dr. Michael Adamska
(Vorstand)

Bericht des Verwaltungsrates

Die Investitionsbank Schleswig-Holstein ist eine rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts und das zentrale Förderinstitut des Landes Schleswig-Holstein.

Der Verwaltungsrat trat 2010 viermal zusammen. Der Vorstand hat den Verwaltungsrat regelmäßig über den aktuellen geschäftlichen Verlauf und über die erwartete zukünftige Entwicklung informiert.

Im Juni 2011 billigte der Verwaltungsrat den vom Vorstand aufgestellten Jahresabschluss 2010 nebst Lagebericht. Unter gleichem Datum erteilte der Verwaltungsrat die Entlastung für das Geschäftsjahr 2010 und beschloss auf Vorschlag des Vorstands über die Verwendung des Gewinns.

Der Verwaltungsrat dankt dem Vorstand sowie den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der IB für die im Jahr 2010 geleistete Arbeit.

Kiel, 7. Juni 2011

Der Verwaltungsrat der Investitionsbank Schleswig-Holstein

gez. Dr. Olaf Bastian
(Vorsitzender)

Die Gewährträgerversammlung der Investitionsbank Schleswig-Holstein ist zum 1. Januar 2011 aufgelöst worden. In 2010 fasste die Gewährträgerversammlung im schriftlichen Umlaufverfahren Beschlüsse.

01. März

IB.ImmoRente

Die IB informiert auf einer Diskussionsveranstaltung über ein neues Angebot: Die „umgekehrte Hypothek“ ermöglicht eine zusätzliche Rente aus selbst genutztem Wohneigentum.



16. März

**Bilanz-
Pressekonferenz**

Verlässliche Förderung auch in schwierigen Zeiten – im Zuge der durch die Finanzmarktkrise aufgetretenen Liquiditäts- und Finanzierungsengpässe wurde die IB verstärkt als Finanzierungs- und Risikopartner gebraucht. Dies führte zu einer Steigerung des Neugeschäfts um sechs Prozent.

18. bis 21. März

New Energy

Auf der Messe für erneuerbare Energien in Husum stellt die IB den Besuchern ihre Produkte und Dienstleistungen vor.

29. April

JUNIOR

Unter dem Motto **Wirtschaft live erleben – wenn aus Schülern junge Unternehmer werden** veranstaltet die IB gemeinsam mit dem Institut der Deutschen Wirtschaft den JUNIOR-Landeswettbewerb in Schleswig-Holstein. Sieger wird das Schüler-Unternehmen „P.I.T.-school“ der Johannes-Brahms-Schule in Pinneberg mit seinem Computer-Seminarangebot.

01. Juni

**2. Europatag für
Unternehmen**

Rund 70 Unternehmensvertreter informieren sich beim Enterprise Europe Network Hamburg – Schleswig-Holstein über unterschiedliche Unternehmensführungen und „weiblichen“ Führungsstil.

08. bis 09. Juni

Messe nordjob in Kiel

Die IB empfiehlt sich bei Schülerinnen und Schülern als attraktive Förderbank mit weit reichenden Ausbildungsmöglichkeiten.



30. bis 04. Juli

**Kultursponsoring:
JazzBaltica**

Als Hauptsponsor unterstützt die IB das bedeutsame Jazz Festival und stiftet bereits zum dritten Mal einen Förderpreis für junge Nachwuchsmusiker. Die Auszeichnung geht an die Saxophonistin Charlotte Greve.



© Jochen Quast

30. August

**Ausstellung zur
Schulbausanierung**

Unter dem Motto „Fit für die Zukunft“ widmet sich eine von der IB konzipierte Ausstellung dem Thema „Schulbau in Schleswig-Holstein: Sanieren – Modernisieren – Ausbauen“.

02. bis 07. September
Nordbau

Zahlreiche Interessenten informieren sich auf der größten Baumesse Norddeutschlands über Förder- und Finanzierungsmöglichkeiten rund um die eigenen vier Wände. Im Rahmen einer Fachtagung der IB diskutieren Experten über „Aktuelle ÖPP-Modelle“.

09. bis 12. September
NORLA

Die IB präsentiert den Fachbesuchern der landwirtschaftlichen Ausstellung in Rendsburg ihr Förder- und Finanzierungsangebot am Messestand.

11. September

Drachenbootrennen

Die IB nimmt mit der **IB.FörderFlotte** erfolgreich beim Drachenbootrennen auf der Kieler Förde teil. Die sportlichen „Banker“ zeigten Teamgeist und Taktgefühl beim Paddeln.



21. bis 25. September HUSUM WindEnergy

Im Rahmen des Schleswig-Holstein Gemeinschaftsstandes präsentiert sich die IB dem internationalen Publikum auf der weltweit bedeutendsten Windenergiemesse.

19. Oktober Vorstandswechsel

Im Beisein von rund 200 Gästen verabschiedet Ministerpräsident Peter Harry Carstensen den Vorstandsvorsitzenden der IB Lutz Koopmann feierlich in den Ruhestand und stellt seinen Nachfolger Erk Westermann-Lammers als neuen Vorsitzenden des Vorstandes sowie Dr. Michael Adamska als neues Vorstandsmitglied vor.



20. November Runder Tisch Breitband

Auftaktveranstaltung der Reihe **Runder Tisch Breitband** mit dem Wirtschaftsminister Jost de Jager und dem Breitbandkompetenzzentrum in der IB.

November Zukunft der Mittelstandsfinanzierung

Rund 400 Unternehmerinnen und Unternehmer diskutieren im Rahmen einer Veranstaltungsreihe in Flensburg, Lübeck und Rendsburg mit den Verantwortlichen der Bankenbranche die aktuelle Finanzierungssituation des Mittelstands in Schles-

wig-Holstein. Die Veranstaltungen sind Bestandteil einer Initiative des Wirtschaftsministeriums, der Kreditwirtschaft, der IHK und der Förderinstitute in Schleswig-Holstein.



29. November Community Treff der Windenergiebranche

In Husum trifft sich die Windenergiebranche auf Einladung von windcomm Schleswig-Holstein, CEwind, HusumWindEnergy und IB. Gespräche, Kontakte und Netzwerke stehen bei den Gästen im Mittelpunkt des Abends.

17. Dezember Spendenübergabe

Mit Unterstützung der Erlöse aus der Tombola im Rahmen der internen Weihnachtsfeier übergibt die IB eine Spende an den Verein „Trauernde Kinder Schleswig-Holstein e.V.“ sowie zwei weitere regionale Einrichtungen. Im Vorfeld waren die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aufgerufen, Initiativen aus der Region für die Verwendung der Spendengelder vorzuschlagen.



Frühjahr und Herbst Baumessen

Bauherren, Haus- und Wohnungskäufer und Modernisierer informieren sich über Förder- und Finanzierungsmöglichkeiten auf zahlreichen Baumessen im Land.

Während des ganzen Jahres

Von der Existenzgründung bis zum Unternehmen

Bei zahlreichen Veranstaltungen stellen Fachleute der IB Förder- und Finanzierungsmöglichkeiten vor – für Existenzgründungsinteressierte und bestehende Unternehmen.

Einmal im Monat

Arbeitskreis Gesundheit

Monatlich bietet der „Arbeitskreis Gesundheit“ in der IB den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern verschiedenste Aktionen rund um die Gesundheit an. Die Palette reicht von Vorträgen bis hin zu Aktionstagen zum Mitmachen.

VISION 2015

Auf dem Weg zur Umsetzung der **VISION 2015** lädt die IB ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu verschiedenen Aktionen außerhalb der Dienstzeit ein. Die beim gemeinsamen Kinobesuch oder Drachenbootrennen geknüpften Kontakte zeigen im Arbeitsalltag vielfältigen Nutzen.

Eine Aktion im Rahmen der
Vision 2015





Ausschnitt aus „Schleswig-Holsteintag 04, Flensburg“ von Nicolaus Störtenbecker, 70 x 54 cm, Öl auf Leinwand, 2004

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter



Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der IB

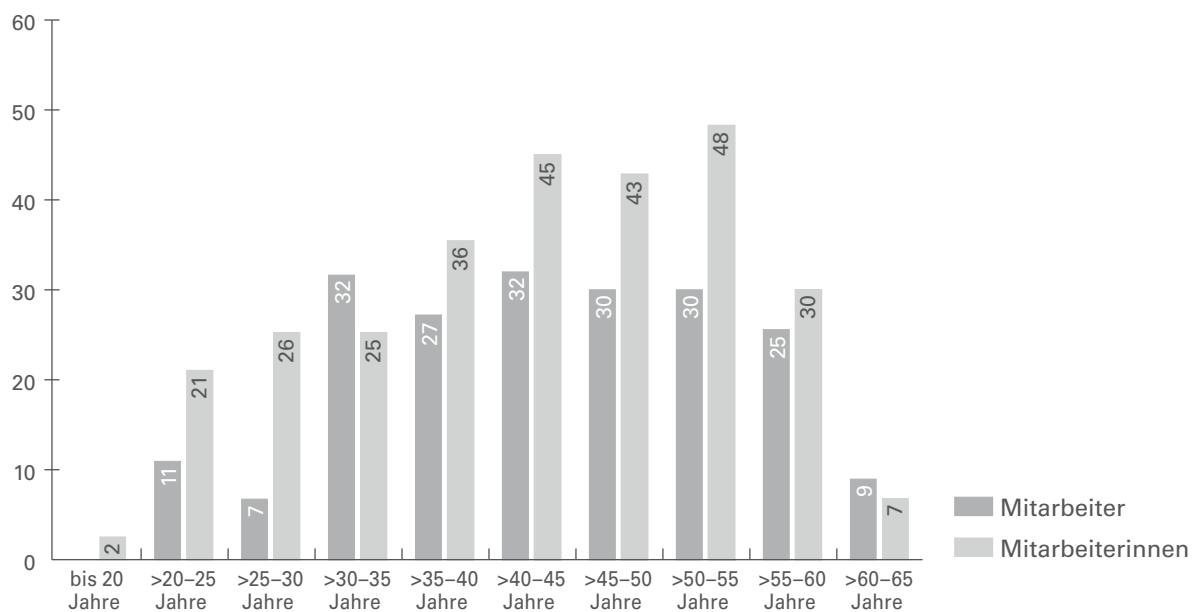
Die Personalstruktur

Am 31. Dezember 2010 waren bei der Investitionsbank 486 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beschäftigt. Auf Vollzeitarbeitskräfte (VAK) umgerechnet, betrug die aktive Personalkapazität am Ende des Jahres 435 VAK. Das sind 20 VAK mehr als Ende 2009. Der Personalanstieg gegenüber dem Vorjahr ist dabei auf die erhebliche Geschäftsausweitung zurückzuführen.

Personalstruktur der Investitionsbank (nach Köpfen)	31.12.2009 Anzahl	31.12.2010 Anzahl
Mitarbeiterinnen- und Mitarbeiter	460	486
▶ davon in Elternzeit	6	8
▶ davon in der Arbeitsphase Altersteilzeit	8	13
▶ davon in der Freistellungsphase Altersteilzeit	5	6
▶ davon Frauen	266	283
▶ davon Auszubildende	14	16
▶ davon Trainees	1	5
Aushilfen	19	19

Das Durchschnittsalter am 31. Dezember 2010 betrug 43 Jahre. Der Anteil der Frauen an der Gesamtbelegschaft lag bei 58%, der der Teilzeitbeschäftigten an der Gesamtbelegschaft bei 23%.

Altersstruktur 31.12.2010



Die Ausbildung

Die Investitionsbank bietet bedarfsorientiert folgende Ausbildungsmöglichkeiten an:

- ▶ Bankkauffrau/-mann
- ▶ Bürokauffrau/-mann
- ▶ Bachelor of Arts inkl. Bankkauffrau/-mann
- ▶ Bachelor of Science inkl. Informatikkauffrau/-mann
- ▶ Praktikums- und Diplomarbeitsplätze
- ▶ Traineeausbildung
- ▶ Rechtsreferendar/-in

2010 konnten vier Auszubildende ihre Ausbildung erfolgreich abschließen. Drei von ihnen haben das Übernahmeangebot in ein Angestelltenverhältnis bei der Investitionsbank angenommen.

Außerdem ermöglicht die Investitionsbank Bachelor-Studentinnen und -studenten, ihr Studium mit einer praktischen Ausbildung zu kombinieren. Die duale Ausbildung findet in Zusammenarbeit mit der Wirtschaftsakademie Schleswig-Holstein statt.

Engagierten Studentinnen und Studenten bietet die Investitionsbank darüber hinaus in verschiedenen Bereichen Praktikums- und Diplomarbeitsplätze an. Im Rahmen einer Traineeausbildung können hochschulqualifizierte Berufsanfängerinnen und Berufsanfänger verschiedene Fachabteilungen durchlaufen. Nicht zuletzt erhalten Rechtsreferendare die Möglichkeit, ihre Verwaltungs- und Wahlstation in der Investitionsbank zu absolvieren.

Aus- und Fortbildung	31.12.2009 Anzahl	31.12.2010 Anzahl
Auszubildende gesamt	14	16
▶ davon Auszubildende zur Bankkauffrau/zum Bankkaufmann	5	6
▶ davon Auszubildende zur Bürokauffrau/zum Bürokaufmann	4	5
▶ davon Studentinnen und Studenten mit dem Ziel Bachelor of Arts	2	3
▶ davon Studentinnen und Studenten mit dem Ziel Bachelor of Science	3	2
Trainees	1	5
Praktikanten	11	10

Aufgrund der guten Resonanz im Jahr zuvor hat die Investitionsbank 2010 zum zweiten Mal an der *nordjob* Kiel teilgenommen. Diese Fachmesse für Ausbildung und Studium wird von den Industrie- und Handelskammern zu Kiel, Flensburg und Lübeck veranstaltet. Sie richtet sich vor allem an Schülerinnen und Schüler, die ein bis zwei Jahre vor ihrem Schulabschluss stehen. An einem Stand informierten Auszubildende der Investitionsbank über die entsprechenden Angebote des Hauses – unterstützt von ihrer Aus- und Fortbildungsleiterin.

Die Potenzialförderung

In Zusammenarbeit mit der Sparkassenakademie Schleswig-Holstein hat die Investitionsbank bereits 2006 ein erfolgreiches Potenzialträgerprogramm entwickelt und dieses im vergangenen Jahr zum dritten Mal durchgeführt. Nach Auswahl durch ein Assessment Center werden seit April 2010 vier Mitarbeiterinnen und vier Mitarbeiter über einen Zeitraum von 15 Monaten besonders gefördert. Zum Programm gehören unter anderem die Teilnahme an Seminaren, Workshops und Coachings sowie die Übernahme einer Projektarbeit.

Die Führungstrainings

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu führen, zu fordern sowie Veränderungsprozesse zu begleiten, stellt hohe Anforderungen an die Führungskraft. Ein neues Konzept der Investitionsbank soll Führungskräfte aller Hierarchieebenen und Bereiche bei ihrer Aufgabe unterstützen. Seit dem dritten Quartal 2010 finden entsprechende Trainings statt, in denen umfangreiche Informationen, Instrumente und Methoden zum Thema „Führung“ vermittelt werden.

Personalentwicklungstage

Bei der Investitionsbank finden neben dem jährlich stattfindenden Mitarbeitergespräch alle drei Jahre die Personalentwicklungstage (PET) statt. Vor der PET-Kommission – zusammengesetzt aus dem Vorstand, der Leitung Personal, der Personalbetreuung sowie dem Personalrat und der Gleichstellungsbeauftragten – berichten die Führungskräfte über jeden ihrer Mitarbeiterinnen bzw. Mitarbeiter. Anschließend werden gemeinsam persönliche Bedarfe und Entwicklungsschritte vereinbart. Klares Ziel der PET: Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sollen für gegenwärtige und zukünftige Aufgaben in der Investitionsbank qualifiziert und darüber hinaus Potenzialträgerinnen und Potenzialträger für zukünftige Spezialisten- oder Führungspositionen ermittelt werden.

Freiwilliges Engagement

Die Investitionsbank hält für ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ein breites Betriebssportangebot bereit. Das Interesse am Sport verdeutlichen darüber hinaus zahlreiche Auftritte bei öffentlichen Freizeitwettbewerben. So nahm beispielsweise die *IB.FörderFlotte* erfolgreich beim Drachenbootrennen auf der Kieler Förde teil. Doch auch bei öffentlichen Veranstaltungen wie dem *Kiel.Lauf* oder dem *Kieler Beach-Volleyball Firmencup* zeigten „Investitionsbanker“ ihre sportlichen Qualitäten und Teamgeist.

Neben den sportlichen Angeboten stehen den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern allerdings noch weitere Angebote offen, um über die Arbeitszeit hinaus aktiv zu werden – zum Beispiel beim **AfterWorkWorkShop**. Diese Veranstaltungsreihe, die 2005 vom Projektmanagement der Investitionsbank ins Leben gerufen wurde, steht unter dem Motto „Von Freiwilligen für Freiwillige“. Sie bietet allen Interessenten die Möglichkeit, sich über zumeist projektrelevante Themen zu informieren und sich verschiedenste Methoden anzueignen. Schwerpunkte in 2010 waren „Talentmanagement“, „Projektarbeit in der Landgesellschaft Schleswig-Holstein“ sowie „Krisenkommunikation“.

Verschiedene Aktionen rund um Prävention und körperliches Wohlbefinden bot 2010 der *Arbeitskreis Gesundheit*. Aufgrund der großen Resonanz im Vorjahr fand von Mai bis Juni 2010 das individuelle Lebensstiltraining *Happy Hearts – minus 500* bereits zum zweiten Mal statt. Die Teilnehmer haben das Ziel, innerhalb eines überschaubaren Zeitraums von acht Wochen bis zu 250 kcal pro Tag weniger zu essen und auch 250 kcal mehr zu verbrauchen. Der starke Teilnehmerzuspruch führte dazu, dass seit Ende der Aktion im Betriebsrestaurant ein kalorienreduziertes Menü angeboten wird. Eine weitere wichtige Aktion des Arbeitskreises Gesundheit war der *IB.Gesundheitstag* am 12. Mai 2010.

Darüber hinaus hat die Investitionsbank gemeinsam mit der Deutschen Knochenmarkspenderdatei (DKMS) eine Aktion zur Gewinnung von potenziellen Stammzellenspendern durch eine Firmentypisierung durchgeführt.

Dank und Ausblick

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind das Kapital eines jeden Unternehmens. Ohne deren unermüdlichen Einsatz könnte die Investitionsbank nicht auf ein erfolgreiches Jahr 2010 zurückblicken. Dafür sagen Vorstand und Personalbereich vielen Dank! Ein weiterer Dank gilt der Arbeitnehmervertretung für die vertrauensvolle Zusammenarbeit. Vorstand und Personalbereich freuen sich auf eine Fortsetzung im Jahr 2011!

Neben Personalentwicklung und Führungskräftequalifikation wird der demografische Wandel in den nächsten Jahren ein wichtiges Thema für die Investitionsbank sein. Mit der Aufstockung von Ausbildungsstellen, dem vermehrten Angebot von Gesundheitsaktionen sowie einer vorausschauenden Personalplanung stellt sich das Institut frühzeitig diesem gesellschaftlichen Trend.

Leistungsspektrum 2011 (Stand 01. Juni 2011)

Firmenkunden

Beratung und Dienstleistungen

- ▶ Förderlotsen einschließlich Gründerinnenberatung
- ▶ Beratung bei der Entwicklung und Realisierung von Wind-, Bioenergie-, Solar- und Photovoltaik-Projekten

Kredite für Firmenkunden und landwirtschaftliche Betriebe

- ▶ Kredite für
 - ▶ Investitionen
 - ▶ Vorräte und Forderungen
 - ▶ Forschungs- und Entwicklungsvorhaben
 - ▶ außenwirtschaftliche Aktivitäten
 - ▶ Nachfolgeregelungen
 - ▶ Umweltmaßnahmen
 - ▶ Projekte im Bereich regenerativer Energien
- ▶ IB.KMUdirekt (Direktkredite für Unternehmensfestigungen)
- ▶ IB.AgrarKREDIT

Kredite für Existenzgründungen

- ▶ Starthilfe Schleswig-Holstein
- ▶ IB.Mikrokredit

Beteiligungskapital für Unternehmen

- ▶ EFRE-Risikokapital-Fonds
- ▶ Mittelstandsfonds SH GmbH
- ▶ MBG-Beteiligungen

Zuschüsse

- ▶ Informationen zu öffentlichen Förderungen finden Sie im Bereich Arbeitsmarkt- und Strukturförderung unter „Zukunftsprogramm Wirtschaft“ und „Weitere Förderprogramme“

IB.Europa

Enterprise Europe Network Hamburg – Schleswig-Holstein

- ▶ Beratung über EU-Förderprogramme und -Initiativen
- ▶ Unterstützung bei der Antragstellung und Projektentwicklung
- ▶ Förderung der Zusammenarbeit von Wissenschaft und Wirtschaft
- ▶ Unterstützung von Unternehmen bei Aktivitäten zur Internationalisierung
- ▶ Information über EU-Themen (z. B. Eurobrief)

Immobilienkunden

Beratung und Dienstleistungen

- ▶ Finanzierungsberatung für Eigentumsmaßnahmen und Mietwohnungsbau
- ▶ Betreuung von Wohnungseigentümergeinschaften (WEG) bei Finanzierung mit KfW-Mitteln (IB.WEGfinanz)
- ▶ Energetische und finanzwirtschaftliche Beratung im Mietwohnungsbereich (IB.ImmobiliCheck)
- ▶ Beratung mit Hilfe der dynamischen Investitionsrechnung (IB.ImmoInvest)
- ▶ IB.IQ – Integrative Quartiersentwicklung
- ▶ IB.ImmoFokus – Regionales Wohnungsmarktmonitoring

Soziale Wohnraumförderung

Mietwohnungsbau

Baudarlehen für

- ▶ Neubau, Ausbau und Erweiterung sowie Modernisierung von Mietwohnungen
- ▶ Erwerb von Belegungsrechten an bestehendem Wohnraum
- ▶ Erwerb bestehender Wohnungen durch neu zu gründende oder auszugründende Wohnungsgenossenschaften

Eigentumsmaßnahmen

Baudarlehen für

- ▶ Neubau und Erwerb von selbst genutztem Wohnraum
- ▶ Änderung oder Erweiterung von Gebäuden zur Schaffung von selbst genutztem Wohnraum oder für behindertengerechtes Wohnen
- ▶ Gruppenselbsthilfemaßnahmen

Allgemeine Wohnraumförderung

optimale Ergänzung von Finanzierungen anderer Institute

Mietwohnungsbau

- ▶ eigene Kreditprodukte (z. B. Kooperationsdarlehen)
- ▶ Vergabe von KfW-Darlehen

Eigentumsmaßnahmen

- ▶ ergänzende Darlehen der IB (z. B. IB.ImmoFlex)
- ▶ Vergabe von KfW-Darlehen
- ▶ IB.ImmoRente

Städtebauförderung

Förderprogramme für

- ▶ Sanierung und Entwicklung
- ▶ Stadtbau West
- ▶ Soziale Stadt
- ▶ Aktive Stadt- und Ortsteilzentren
- ▶ Städtebaulichen Denkmalschutz
- ▶ Kleinere Städte und Gemeinden

IB.Energieagentur

- ▶ Energiemanagement: Einführung, Begleitung, Schulung
- ▶ Internetgestütztes Energiecontrolling (IB.EnergieCheck)
- ▶ Stromeinsparung in öffentlichen Gebäuden
- ▶ Wärmetechnische Gebäudesanierung
- ▶ Energiepass für öffentliche Gebäude
- ▶ Beratung und Unterstützung bei
 - ▶ Windenergie- und Bioenergieprojekten
 - ▶ thermischen Solaranlagen und Photovoltaik-Projekten
 - ▶ Integration, Finanzierung und Betrieb von Blockheizkraftwerken
 - ▶ Ausschreibung von Strom- und Erdgaslieferungen
 - ▶ Bewertung von Konzessionsverträgen für Strom- und Erdgasbelieferung
 - ▶ Durchführung von Contracting-Vorhaben

Spezialleistungen

Kreditinstitute

- ▶ Beratung über die Anwendungsmöglichkeiten aller Förderprogramme der KfW und der Landwirtschaftlichen Rentenbank (LR)
- ▶ Durchleitung von Bundesfördermitteln der KfW und der LR an die Sparkassen

- ▶ Zweckgebundene Refinanzierungen von Kreditinstituten (Globaldarlehen, Einzelrefinanzierungen) zur Förderung des Mittelstandes, kommunalnaher Unternehmen und der Immobilienkunden

- ▶ Zweckgebundene Refinanzierungen von Beteiligungsgesellschaften zur Förderung des Mittelstandes

EU-Programme zur territorialen Zusammenarbeit

- ▶ Beratung von öffentlichen Verwaltungen, Forschungseinrichtungen und Wirtschaftsförderinstituten zu Fördermöglichkeiten aus dem transnationalen Ostseeraumprogramm 2007-2013, dem

Kommunalkunden

Beratung öffentliche Infrastruktur

ÖPP-Kompetenzzentrum des Landes Schleswig-Holstein

- ▶ Praxisnahe Informationen für Öffentlich-Private-Partnerschaften
- ▶ Durchführung von ÖPP-Eignungsabschätzungen
- ▶ Entwicklung von ÖPP-Realisierungskonzepten
- ▶ Durchführung von Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen
- ▶ Finanzierungsberatung im ÖPP-Vergabeverfahren

Öffentliche Infrastrukturmaßnahmen

- ▶ Beratung im Zusammenhang mit der Entwicklung, Finanzierung und Umsetzung von öffentlichen Infrastrukturmaßnahmen unter Berücksichtigung der Förderprogramme von Land/Bund/EU

Kommunal- und Infrastrukturfinanzierungen

Kredite an Kommunen und kommunalnahe Unternehmen

- ▶ Zinsgünstige Kommunalkredite
- ▶ Kredite an Unternehmen mit mehrheitlich öffentlicher Beteiligung
- ▶ Kredite aus dem Kommunalen Investitionsfonds

ÖPP-/Infrastrukturfinanzierungen

- ▶ Finanzierung von öffentlichen Infrastrukturmaßnahmen
- ▶ Finanzierung von ÖPP-Projekten (Forfaitierungen und Projektfinanzierungen)

Begleitung und Finanzierung von Investitionsmaßnahmen in die Breitbandinfrastruktur

- ▶ IB.Breitband

Kommunales Energiemanagement

- ▶ Ausführliche Informationen zu unseren Leistungen Energiemanagement und Erneuerbare Energien befinden sich unter der Überschrift „Immobilienkunden“ bei „IB.Energieagentur“

Arbeitsmarkt- und Strukturförderung

Arbeitsmarktförderung

Zukunftsprogramm Arbeit

- ▶ Stärkung der Anpassungs- und Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen und Beschäftigten
 - ▶ Weiterbildungsbonus Schleswig-Holstein
 - ▶ Potenzialberatung für KMU
 - ▶ Qualifizierung von Existenzgründerinnen und -gründern aus der Arbeitslosigkeit
 - ▶ Vorgründungsberatung für Existenzgründungen aus Beschäftigung
 - ▶ Beschäftigungsentwicklung in Clustern
- ▶ Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit
 - ▶ Förderung zusätzlicher betrieblicher Ausbildungsplätze
 - ▶ Überbetriebliche Lehrlingsunterweisung
 - ▶ Förderung der Ausbildungsplatzakquisition
 - ▶ Regionale Ausbildungsbetreuung
 - ▶ Handlungskonzept Schule & Arbeitswelt
 - ▶ Trainingsmaßnahmen zur Verbesserung der Berufschancen junger Menschen
 - ▶ Berufsvorbereitende Bildungsmaßnahmen für jugendliche Strafgefangene
 - ▶ Transnationale Maßnahmen
- ▶ Integration von benachteiligten Personen in den Arbeitsmarkt
 - ▶ Innovative Arbeitsmarktprojekte
 - ▶ Beratungsstellen Frau & Beruf
 - ▶ Förderung der Alphabetisierung

Strukturförderung

Zukunftsprogramm Wirtschaft

- ▶ Technologie- und Gründerzentren
- ▶ Berufsbildungsstätten und Einrichtungen der Weiterbildung sowie Infrastruktur der Weiterbildung
- ▶ Einzelbetriebliche Investitionsförderung
- ▶ Familienbewusste Personalpolitik
- ▶ Regional- und Clustermanagements
- ▶ Gewerbe- und Industrieflächen
- ▶ Multifunktionale Einrichtungen
- ▶ Förderung von Informations- und Kommunikationstechnologien
- ▶ Altlastensanierung und Flächenrecycling
- ▶ Hafeninfrastruktur
- ▶ Nachhaltige Stadtentwicklung
- ▶ Stärkung Tourismuswirtschaft
- ▶ Förderung von Natura 2000-Gebieten
- ▶ Netzwerke zwischen Kultur und Wirtschaft

Weitere Förderprogramme

- ▶ Schulbauprogramme
- ▶ „Meister-BAföG“ – Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz
- ▶ Wohngelderstattung an die örtlichen Wohngeldstellen
- ▶ Maßnahmen des Jugendaufbauwerkes Schleswig-Holstein (JAW)

- Programm Südliche Ostsee und dem Programm INTER-REG IVC
- ▶ Aufbereiten von spezialisiertem Know-how für Projektmanager
 - ▶ Spezialberatungen für Wirtschaftsprüfer zur Finanzkon-

- trolle von Fördergeldern aus diesen Programmen
- ▶ Informationen für interessierte Zielgruppen im Ostseeraum über Chancen und Ergebnisse grenzübergreifender Kooperationsprojekte

IB.Repräsentanz Brüssel

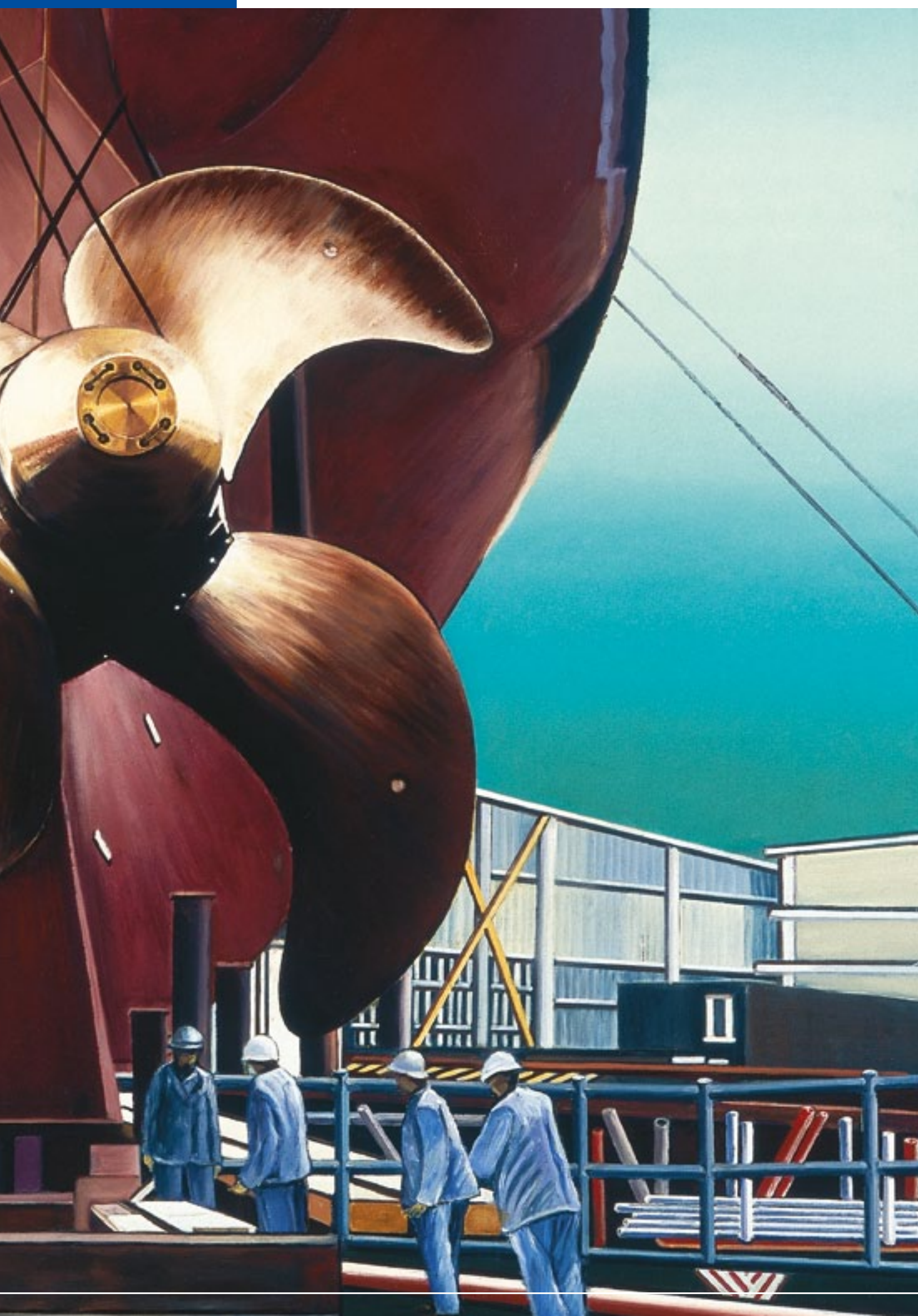
- ▶ Bedarfsorientierte aktuelle Information aus den EU-Institutionen sowie Kontaktvermittlung und Interessenvertretung in Brüssel

Projektmanagement

- ▶ Beratung in Entscheidungsprozessen bei komplexen Vorhaben
- ▶ Unterstützung bei Projektentwicklung, -planung und -steuerung



Ausschnitt aus „Schiffsschraube“ von Gretel Riemann, 85 x 115 cm, Öl auf Leinwand, 1996



Firmenkunden

Die Investitionsbank ist seit Jahrzehnten eine zuverlässige Größe innerhalb der Mittelstandsförderung Schleswig-Holsteins. Sie fungiert als Berater bei Finanzierungsfragen sowie als Förderer von Existenzgründungen und bestehenden Unternehmen. Darüber hinaus ist sie Finanzierungspartner der Hausbanken und Beteiligungsgeber. Im Neugeschäft ist die Zusammenarbeit mit den Hausbanken von herausgehobener Bedeutung. Dadurch erleichtert sich für mittelständische Unternehmen der Zugang zu neuen Krediten.

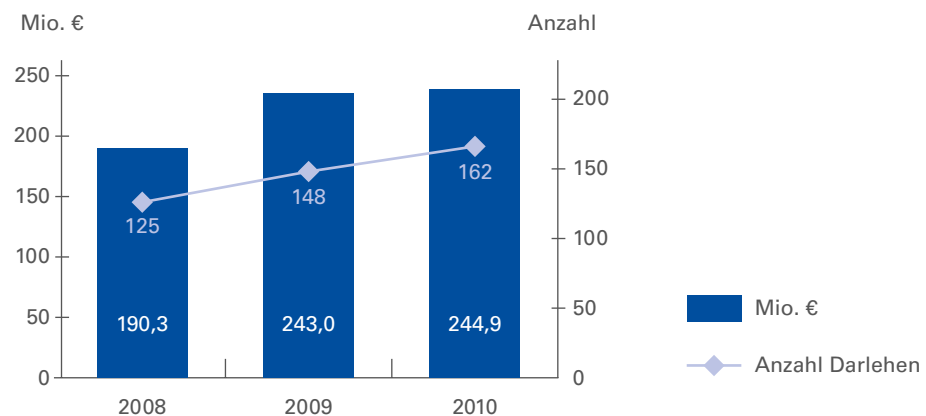
Die Investitionsbank arbeitet eng mit den anderen Förderinstituten des Landes, des Bundes und der EU zusammen. Neben der Beratung über inländische Fördermöglichkeiten bietet sie den Hausbanken und Unternehmen in Schleswig-Holstein auch Finanzierungs- und Beratungskompetenzen für europäische Fördermöglichkeiten aus einer Hand.

2010 war im Segment Firmenkunden ein gutes Jahr: Die Sparte Firmenkunden erlebte im Konsortialgeschäft (Risikoteilung durch Haftungsübernahme) eine rege Nachfrage. Noch stärker als im Vorjahr wurden in Schleswig-Holstein diverse Investitionen im Bereich regenerative Energieerzeugung durchgeführt.

Kredite an Firmenkunden

Mit einem Volumen von insgesamt 249 Mio. € (ohne Fonds) lag das Neugeschäft knapp unter dem hohen Niveau des Vorjahres. Als Partner der Hausbanken hat sich die Investitionsbank 2010 bei insgesamt 236 neuen Fällen engagiert. In diesem Geschäftsbereich unterstützt sie damit mehr als 1.600 mittelständische Unternehmen. Wie im Vorjahr haben die Investitions-, Betriebs- und Kooperationsdarlehen dabei den wesentlichen Beitrag geliefert.

Neukreditgeschäft Investitions-, Betriebsmittel- und Kooperationsdarlehen 2008–2010



Die Investitionsbank wurde in viele Projekte zur regenerativen Energieerzeugung mit einbezogen. Daher resultierte erstmalig das größte Neugeschäftsvolumen aus diesem Geschäftsfeld. Neben Finanzierungen in der Schwerpunkbranche der letzten Jahre – dem verarbeitenden Gewerbe – wurden auch verschiedene Investitionen von Handelsunternehmen begleitet. Im Geschäftsfeld Landwirtschaft konnte die Investitionsbank ihre Position als kompetenter Finanzierungspartner weiter festigen.

Sonderdarlehen

Die Gewährleistungserklärung des Landes Schleswig-Holstein für die Vergabe von Sonderdarlehen an kleine und mittlere Unternehmen ist zum 31. März 2010 ausgelaufen. Seither wird das Produkt nicht mehr angeboten. Im ersten Quartal wurden noch zwei Sonderdarlehen mit einem Gesamtvolumen von 0,6 Mio. € zur Stärkung der Eigenkapitalbasis vergeben.

Eigenkapitalprodukte

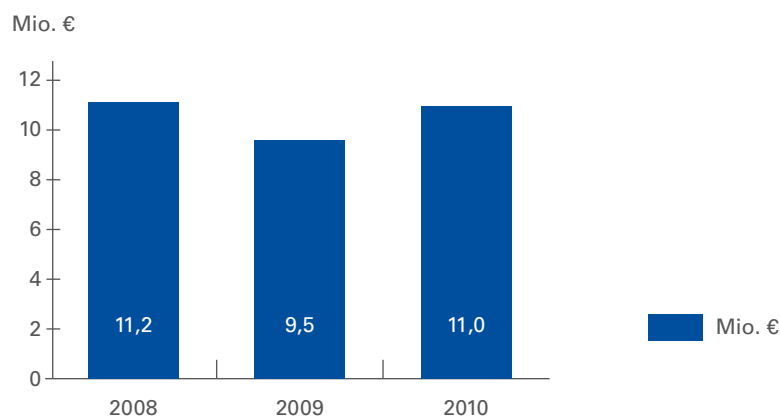
Die zur Jahresmitte 2008 gegründete Mittelstandsfonds Schleswig-Holstein GmbH hat sich erfolgreich etabliert. Diese gemeinsam mit dem Land aufgelegte Gesellschaft soll die bestehenden Lücken in der Eigenkapitalversorgung des größeren Mittelstandes schließen. Gesellschafter sind: Sparkasse Mittelholstein AG, Sparkasse zu Lübeck AG, Nord-Ostsee Sparkasse, Förde Sparkasse, Kieler Volksbank eG, VR Bank Neumünster, Commerzbank AG, KfW sowie die Investitionsbank. Mittlerweile konnten dreizehn Beteiligungen mit einem Gesamtvolumen von knapp 14 Mio. € platziert werden.

Der mit einem Volumen von 48 Mio. € aufgelegte EFRE-Risikokapitalfonds II liegt über der Planung. Im vergangenen Jahr wurden 60 Beteiligungen mit einem Volumen von 9,7 Mio. € bewilligt, so dass insgesamt 140 Beteiligungen mit einem Gesamtvolumen von rund 27 Mio. € zugesagt werden konnten. Damit wurde ein deutlicher Beitrag zur Stärkung der finanziellen Situation in der mittelständischen Wirtschaft geleistet. Insgesamt sind mit den herausgelegten Beteiligungen Investitionen von rund 217 Mio. € begleitet worden.

Der von der Investitionsbank ebenfalls begleitete Seed- und Start-up-Fonds Schleswig-Holstein ist planmäßig zum 31. Dezember 2010 ausgelaufen. Während der Laufzeit von rund fünf Jahren wurde bei 50 jungen Technologieunternehmen eine Beteiligung in der Gründungsphase platziert. Die Investitionsbank arbeitet zurzeit in Abstimmung mit dem Land Schleswig-Holstein, der Mittelständischen

Beteiligungsgesellschaft Schleswig-Holstein (MBG) und der Wirtschaftsförderung und Technologietransfer Schleswig-Holstein GmbH (WTSH) an einer Anschlusslösung – diesmal unter Einwerbung von Mitteln der Europäischen Union.

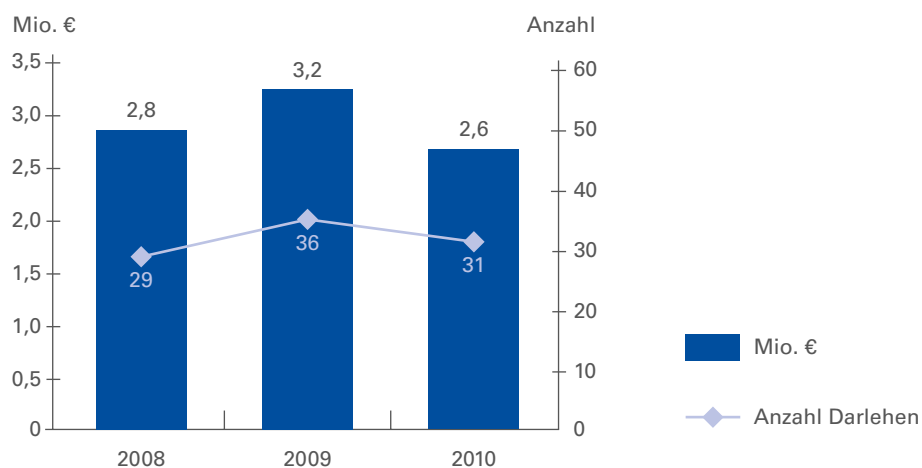
Neugeschäft EFRE/Seed & Start-up



IB.KMUDirekt – Direktkredite zur Existenzfestigung

Mit dem Kreditprogramm *IB.KMUDirekt* (Darlehen bis zu 200.000 €) gewährleistet die Investitionsbank die Finanzierung von kleinen und mittelständischen Unternehmen, die trotz positiver Zukunftsprognose – entweder aufgrund einer schwierigen Unternehmenssituation oder wegen nicht vertretbarem Prüf- und Kreditvergabeaufwandes – bei den Banken keine Finanzierung erhalten. Anträge zu diesem Programm können auch von Unternehmens- und Steuerberatern sowie von der Gruppe der Mentoren für Unternehmen in Schleswig-Holstein e. V. eingereicht werden. Bei Letzteren handelt es sich um erfolgreiche Unternehmer und Manager aus verschiedenen Branchen, die nicht mehr im operativen Geschäft tätig sind und ihre beruflichen Erfahrungen ehrenamtlich und unabhängig anbieten.

Neukreditgeschäft *IB.KMUDirekt*



Im vergangenen Jahr kam es zwar zu weniger Anträgen als 2009, relativ gesehen wurden allerdings mehr Finanzierungen bewilligt. Mit 31 (im Vorjahr 36) Darlehen zur Existenzfestigung in Höhe von insgesamt 2,6 (im Vorjahr 3,2) Mio. € konnten fast 430 Arbeitsplätze gesichert werden.

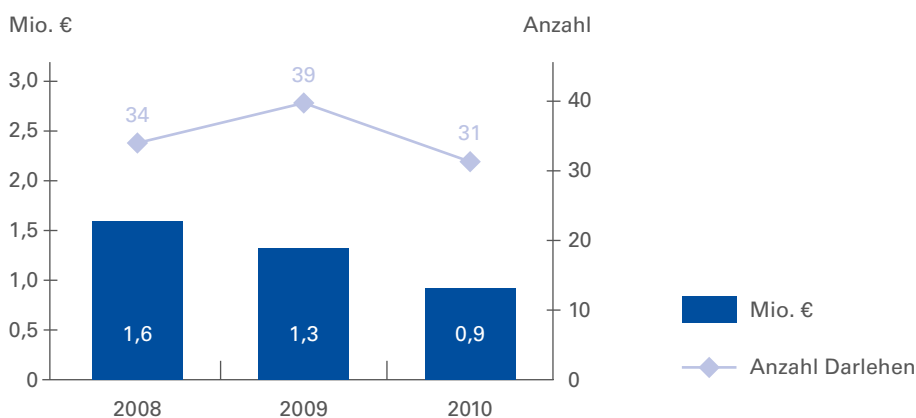
Starthilfe Schleswig-Holstein: Existenzgründungen

Im Rahmen des Produktes *Starthilfe Schleswig-Holstein* übernimmt die Investitionsbank die Hausbankfunktion, um auch die Finanzierung kleiner Existenzgründungsvorhaben zu ermöglichen. Voraussetzung für die Kreditvergabe ist immer eine Empfehlung des Kreditinstitutes vor Ort, das auch die laufende Kontoführung übernimmt. Die Investitionsbank begleitet die Finanzierung unter Einbeziehung der zinsgünstigen Existenzgründungsdarlehen der KfW.

Die Anzahl der Finanzierungsanfragen erreichte 2010 mit 189 Anfragen das sehr hohe Niveau des Vorjahres und lag damit 71 Anfragen über dem Jahr 2008. Die gestiegenen Antragszahlen führten allerdings nicht zu einem deutlichen Anstieg an tatsächlichen Vertragsabschlüssen. Ursache dafür war häufig die fehlende Tragfähigkeit der eingereichten Gründungskonzepte.

2010 hat die Investitionsbank insgesamt 31 Existenzgründerinnen und Existenzgründern mit Darlehen in Höhe von 0,9 Mio. € den Start in die berufliche Selbstständigkeit ermöglicht und damit dazu beigetragen, dass 58 neue Arbeitsplätze geschaffen werden konnten.

Neukreditgeschäft *Starthilfe Schleswig-Holstein*



Ausblick Kreditgeschäft

Die Entwicklung der Konjunktur und deren Auswirkungen auf die schleswig-holsteinische Wirtschaft sind schwer einschätzbar. Das Investitionspotenzial im Bereich der Landwirtschaft und im Bereich der erneuerbaren Energien ist weiterhin ungebrochen. Dem gegenüber stehen – bedingt durch höhere Eigenkapital-Anforderungen – sich verändernde Finanzierungsmöglichkeiten der Hausbanken.

Diese werden daher im Rahmen ihrer Portfolio- bzw. Einzelengagementsteuerung weiterhin die Risikoteilung mit der Investitionsbank nutzen, so dass Antragszahlen auf dem Niveau des Vorjahres erwartet werden können. Ihrem Förderauftrag entsprechend wird die Investitionsbank bei jedem einzelnen Kreditengagement eine passende Lösungsmöglichkeit suchen.

Mit ihrer innovativen Produktpalette wird die Investitionsbank auch 2011 den Unternehmen und Kreditinstituten engagiert zur Seite stehen und unter Einbeziehung der Angebote des Bundes, der KfW und des Landes Schleswig-Holstein alles dafür tun, die Finanzierungserfordernisse der Kreditnehmer in Schleswig-Holstein zu erfüllen.

Förderberatung auch im Wirtschaftsaufschwung gefragt

Bei der institutsübergreifenden und unentgeltlichen Beratung durch die Förderlotsen der Investitionsbank ist die während der Wirtschaftskrise 2008/2009 angestiegene Zahl der Beratungsfälle infolge der ökonomischen Erholung wieder etwas gesunken.

Bei den kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) war 2010 der Beratungsbedarf hinsichtlich aktueller Liquiditätsprobleme erfreulicherweise deutlich verringert. Bei gleichzeitig verhaltener Investitionsneigung und entsprechend zurückhaltender Kreditnachfrage ergab sich dadurch mit etwas mehr als 1.000 Beratungsfällen ein leichter Rückgang zum Vorjahr.

Bei den Existenzgründungsberatungen gab es einen Rückgang um 4,8% auf 1.172 Fälle, was in etwa dem Stand von 2008 entspricht. Die Erfahrungen der Investitionsbank zeigen, dass sich bei gesunkener Arbeitslosenquote das Interesse an Existenzgründungen verringert. Mit einem Zuwachs um bundesweit 0,5% gegenüber 2009 hat es 2010 eine bislang noch nicht erreichte Zahl von Erwerbstätigen gegeben. Zugleich hat das KfW-ifo-Mittelstandsbarometer für Dezember 2010 ein Allzeithoch bei den Beschäftigungsplänen der kleinen und mittleren wie auch der großen Unternehmen bestätigt.

Angesichts der Beratungszahlen und der immer bedeutsamer gewordenen Vorbereitung auf Bankgespräche – vor allem hinsichtlich überzeugender Gründungskonzepte bzw. Businesspläne – ist die Beratung durch die Förderlotsen der Investitionsbank eine wichtige Säule der Wirtschaftsförderung in Schleswig-Holstein.

Neben individuellen Beratungsgesprächen vermittelten die Förderlotsen ihre Kenntnisse im Rahmen von etwa 140 Vorträgen, Seminaren und Sprechtagen für Gründungsinteressierte, Unternehmen und freiberuflich Tätige an 25 verschiedenen Orten in Schleswig-Holstein. Damit wurde ein Höchststand seit dem Start der Förderberatung 1997 verzeichnet.

Zur Förderung von Existenzgründungen gehört auch das Engagement im Rahmen des Projektes *JUNIOR – Schüler als Manager*. Seit 1996 ist die Investitionsbank Partner des Kölner Instituts der deutschen Wirtschaft bei der Betreuung befristeter Schülerunternehmen und beim jährlichen Landeswettbewerb. Schleswig-Holstein war damit als viertes Bundesland beteiligt und gilt im Ländervergleich als aktives Bundesland. Einschließlich des laufenden Schuljahres 2010/2011 waren bzw. sind inzwischen 4.893 Schülerinnen und Schüler in 349 JUNIOR-Unternehmen in Schleswig-Holstein beteiligt. Gerade wegen der im internationalen Vergleich geringen deutschen Gründungsbereitschaft sieht die Investitionsbank in diesem Projekt einen wichtigen Beitrag zur Verbesserung des Gründungsklimas und zur Verbreitung wirtschaftlicher Kenntnisse in Schulen.

Die Förderlotsen der Investitionsbank sind aktive Partner im Beratungsnetzwerk insbesondere mit der KfW, den Agenturen für Arbeit, den Wirtschaftskammern, den regionalen Wirtschaftsfördergesellschaften, den Technologie- und Gründerzentren sowie den Hochschulen.

IB.Europa/Enterprise Europe Network

Das Enterprise Europe Network Hamburg – Schleswig-Holstein war auch 2010 die zentrale Beratungsstelle für Wirtschaft und Wissenschaft, wenn es um Fragen zu europäischen Förderprogrammen, Technologietransfers und Kooperationen ging. Die Abteilung IB.Europa koordiniert weiterhin das Netzwerk für Hamburg und Schleswig-Holstein und bietet alle Dienstleistungen als „One-Stop-Shop“ für Europaangelegenheiten an. Die Partner dabei sind: Wirtschaftsförderung und Technologietransfer Schleswig-Holstein GmbH, TuTech Innovation GmbH (Hamburg) und die Innovationsstiftung Hamburg.



2010 informierte IB.Europa in 50 eigenen und mit Kooperationspartnern organisierten Veranstaltungen über EU-Fördermöglichkeiten. Es wurden rund 1.000 Unternehmen und öffentliche Einrichtungen über die entsprechenden Programme beraten und bei der Beantragung der Fördermittel unterstützt. Themenschwerpunkte waren die Bereiche Erneuerbare Energien, Umwelt, Verkehr, Forschung & Entwicklung und Strukturfonds.

Der *2. Europatag für Unternehmen* am 1. Juni 2010 im Kieler Haus der Wirtschaft gehörte zu den Höhepunkten des Jahres. Über 70 Gäste waren der Einladung gefolgt und erstklassige Referenten gaben Einblicke in spannende Themen wie „Unternehmensführung“ und „Gesellschaftliches Engagement von Unternehmen“. Ein weiterer Schwerpunkt war der Bereich „Weiblicher Führungsstil“. Bei einer Talkrunde kamen zahlreiche erfolgreiche Unternehmerinnen aus Schleswig-Holstein zu Wort.

Eine erfolgreiche Unternehmensreise und die Kooperationsbörse *WindMatch* waren weitere Highlights von IB.Europa. Am 22. und 23. September informierten sich 60 Unternehmerinnen und Unternehmer aus den Niederlanden und Großbritannien über aktuelle Entwicklungen der Windbranche in Schleswig-Holstein und Hamburg. Organisiert wurden die Unternehmensbesuche sowie eine Kooperationsbörse auf der HUSUM WindEnergy Messe vom Enterprise Europe Network Hamburg – Schleswig-Holstein in Kooperation mit windcomm schleswig-holstein und dem Bundesverband Windenergie/Regionalbüro Hamburg. Im Nachgang konnte eine Forschungsk Kooperation auf der Nordsee-Plattform FINO3 mit einer englischen Universität initiiert werden. Ein gemeinsames Windenergie-Projekt in den Niederlanden wurde ebenfalls begleitet. Darüber hinaus kam es bei weiteren gemeinsamen EU-Projektanträgen im Bildungs- und Forschungsbereich zur Förderung.

Hervorzuheben ist die Entwicklung des Projekts *Förderung von Windenergie, anderer erneuerbarer Energien und der Energieeffizienz in Marokko (WEREE-MA)* im Auftrag des Ministeriums für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume. Für dieses Projekt konnte die Energieagentur in Zusammenarbeit mit IB.Europa erfolgreich Fördergelder von EU, Bund und Land in der Höhe von 3,6 Mio. € akquirieren. Ziel der Partnerschaft zwischen Schleswig-Holstein und Marokko ist die Förderung der marokkanischen Windenergie und die Steigerung der Energieeffizienz durch schleswig-holsteinisches Know-how. Dabei geht es nicht nur darum, Aufträge für schleswig-holsteinische Unternehmen zu akquirieren, es sollen auch nachhaltige Strukturen in Marokko aufgebaut werden. Eingebunden in das Projekt sind das Bundesumweltministerium, die Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ), CEwind – Kompetenzzentrum Windenergie Schleswig-Holstein, das Kompetenzzentrum Biomassenutzung in Schleswig-Holstein und aus Marokko unter anderem die Nationale Entwicklungsgesellschaft für Erneuerbare Energien und Energieeffizienz – Agence Nationale pour le Development des Energies Renouvelables et de l’Efficacité EnergetiqueCentre.

Die EU-Kommission genehmigte im Dezember 2010 die Fortführung des Enterprise Europe Networks Hamburg – Schleswig-Holstein für die Jahre 2011 und 2012 und finanziert die Aktivitäten des Konsortiums für diesen Zeitraum mit rund 1,1 Mio. €; das entspricht 60% der Kosten.

Darüber hinaus hat das Bundesministerium für Wirtschaft das EEN der IB Ende 2010 als offizielle regionale Beratungsstelle für die EU-Programme *Forschung für kleine und mittlere Unternehmen* und *Öko-Innovation* für Antragsteller aus Schleswig-Holstein und Hamburg nominiert. Ziel ist es, mit qualifizierter Beratung die Beteiligung von KMU an diesen Programmen zu erhöhen.

IB.Repräsentanz Brüssel

Die IB.Repräsentanz unterstützt das Land Schleswig-Holstein bei dem Projekt- und Finanzmanagement des INTERREG IVC Projektes Renewable Energy Regions Network (RENREN), das für den Zeitraum von 2010 bis 2012 mit etwa 1,6 Mio. € gefördert wird. Auftakt des Projekts war eine Veranstaltung, die am 28. April im Landeshaus mit knapp 140 Teilnehmerinnen und Teilnehmern aus Politik, Industrie und Forschung durchgeführt wurde. EU-Energiekommissar Günther Oettinger übersandte dem Konsortium zu seinem Projektstart die besten Wünsche und unterstrich die Bedeutsamkeit der europäischen Regionen für die Umsetzung der EU-Energiestrategie und das Erreichen der Ziele für 2020. Der Auftaktveranstaltung schlossen sich zweitägige projektinterne Workshops an. Die Abteilung IB.Europa hatte das Land Schleswig-Holstein bei der Organisation der Veranstaltung unterstützt.

MBG Mittelständische Beteiligungsgesellschaft Schleswig-Holstein GmbH



Gute Entwicklung in 2010

Seit 1994 engagiert sich die MBG mit typisch stillen und offenen Beteiligungen in einer Bandbreite von derzeit 25.000 € bis 2,5 Mio. € bei mittelständischen Unternehmen in Schleswig-Holstein. Dadurch verbessern sich die wirtschaftliche Eigenkapitalbasis dieser Unternehmen und deren Möglichkeiten, weiteres Fremdkapital einzuwerben.

In der Finanz- und Wirtschaftskrise ist die MBG den veränderten Finanzierungsbedürfnissen des schleswig-holsteinischen Mittelstandes gefolgt: Sie hat sich mit einem Umfang von fast 40 % ihres Neugeschäfts an Betriebsmittelfinanzierungen beteiligt und damit die Liquidität sowie finanzielle Stabilität der Unternehmen in der Krise in den Mittelpunkt ihrer Förderaktivitäten gestellt. „Das ist zwar untypisch für eine Beteiligungsgesellschaft, die normalerweise langfristig angelegte Investitions- und Wachstumsprojekte begleitet; die MBG hat ihren Förderauftrag jedoch ernst genommen und ihr Handeln pragmatisch an den Notwendigkeiten ausgerichtet“, so Dr. Gerd-Rüdiger Steffen, Geschäftsführer der MBG Schleswig-Holstein.

MBG-Förderstatistik 2006–2010

	2006	2007	2008	2009	2010
Neugeschäft:					
▶ Volumen in Mio. €	16,2	20,2	19,5	20,5	19,3
▶ Beteiligungen	83	97	102	131	145
begleitetes Investitionsvolumen in Mio. €	104	123	128	111	91
gesicherte & geschaffene Arbeitsplätze	3.398	5.008	3.740	7.656	5.900

► **14% mehr Wirtschaftsförderung**

In 2010 hat die MBG für 129 Unternehmen (+ 14%) 145 Beteiligungen (+ 10%) mit einem Volumen von 19,3 Mio. € (-6%) neu bewilligt. Damit hat die MBG rund 5.900 Arbeitsplätze gesichert und eine Investitionsvolumen von 91 Mio. € begleitet.

► **Handwerk bleibt Investitionsschwerpunkt**

Das im Januar 2009 gestartete Programm für kleinere Handwerksbetriebe hat in 2010 weiter an Fahrt aufgenommen. Dadurch hat das Handwerk – gemessen am Volumen (5,4 Mio. €) und der Stückzahl (57) – wieder die Spitzenposition unter den Branchen behauptet. Knapp gefolgt vom Industriesektor (5,1 Mio. €). Anschließend folgen der Dienstleistungsbereich mit 4,6 Mio. € und der Handel mit 2,6 Mio. €. Damit war die MBG auch in 2010 wieder über die gesamte Breite der schleswig-holsteinischen Wirtschaft engagiert.

► **Gute Ausgründungsbilanz**

In 2010 hat die MBG in fünf Fällen innovative Ausgründungen aus Hochschulen, Forschungseinrichtungen oder Unternehmen und in sechs Fällen Start-up-Finanzierungen mit Beteiligungskapital aus dem sogenannten Seed- & Start-up-Fonds begleitet. Nach fünf Jahren Investitionsdauer läuft dieses in Deutschland lange Zeit einmalige Beteiligungsangebot Anfang 2011 planmäßig aus. 54 junge, innovative und technologieorientierte Unternehmen wurden mit mehr als 8 Mio. € Beteiligungskapital begleitet. Viele dieser Unternehmen sind auf einem guten Weg und bereichern die Unternehmenslandschaft in Schleswig-Holstein.

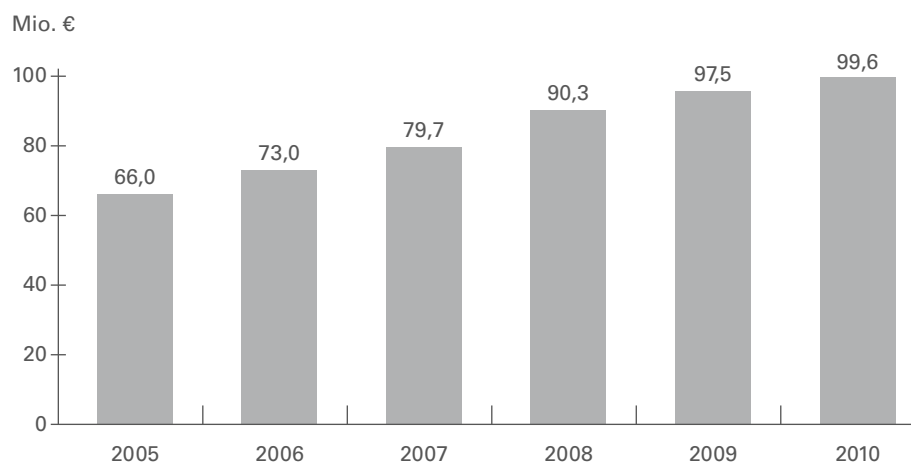
Mittelstandsfonds weiter gefragt

Über die Geschäftsbesorgungsaktivitäten der MBG für den maßgeblich von der IB mitgetragenen Mittelstandsfonds Schleswig-Holstein hat die MBG für den Fonds weitere fünf Beteiligungen an größeren mittelständischen Betrieben mit einem Volumen von 4,1 Mio. € begleitet. Damit konnten im dritten Geschäftsjahr des Fonds bereits knapp 14 Mio. €, das heißt, rund die Hälfte des Fondsvolumens von 30 Mio. € ausplatziert werden.

MBG Beteiligungsportfolio weiter gestiegen

Seit Jahren hat die MBG ein sehr positives „Nettoneugeschäft“, das heißt, es kommen mehr neue Beteiligungen hinzu als gleichzeitig u. a. durch Rückzahlung wegfallen. Dadurch ist das Beteiligungsportfolio der MBG seit 2005 um 86% auf gut 99,6 Mio. € am Jahresende 2010 gestiegen. Dahinter verbargen sich über 560 Beteiligungen an rund 420 Unternehmen in Schleswig-Holstein.

Entwicklung des Beteiligungsportfolios der MBG



Ausblick 2011

Für 2011 geht die MBG davon aus, sich wieder stärker auf die Kernaufgaben konzentrieren zu können und das anstehende Wachstum der kleinen und mittleren Unternehmen in Schleswig-Holstein zu finanzieren. Die im Krisenjahr 2010 etablierte „Finanzierungsinitiative für Wachstum und Stabilität“ wird dafür entsprechend modifiziert und ab 2011 von der MBG und der Bürgschaftsbank unter dem Motto **„Bürgschaft plus Beteiligung“** fortgeführt werden.

Darüber hinaus hofft die MBG ab Mitte 2011 auf ein Nachfolgeprogramm für den Seed- & Start-up-Fonds (SSF), womit dann auch die Chance bestünde, die in Schleswig-Holstein in allen beteiligten Fördereinrichtungen aufgebauten Kompetenzen in der technologieorientierten Frühphasenfinanzierung zu erhalten bzw. weiter zu entwickeln.





Ausschnitt aus „concrete concrete“ (auf Rügen) von Ute Elisabeth Herwig, 18 x 24 cm, Digital Art Print, 2006



Immobilienkunden

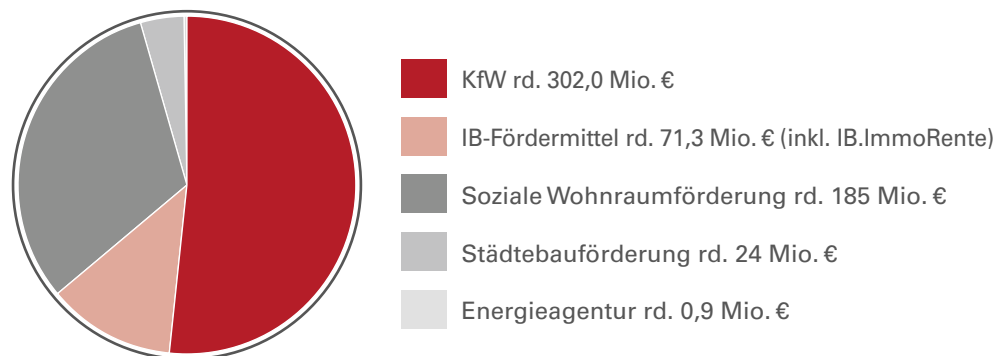
Die Investitionsbank bietet ihren privaten Kunden in jeder Lebensphase maßgeschneiderte Lösungen für die Finanzierung ihrer Immobilie. Vor dem Hintergrund des demografischen Wandels gewinnt zunehmend auch die Einbindung in die Altersvorsorge an Bedeutung. Zusammen mit dem Land verfolgt die Investitionsbank das Ziel, für Schleswig-Holstein vor allem qualitativ angemessenen Wohnraum zu schaffen und Wohnquartiere ganzheitlich zu errichten.

Für ihre Dienstleistungen im Bereich Immobilienfinanzierung nutzt die Investitionsbank ihr spezifisches Know-how in der Wohnraum- und Städtebauförderung sowie zusätzlich das ihrer IB.Energieagentur Schleswig-Holstein. Diese umfassende Expertise ermöglicht eine ganzheitliche Kunden- und Projektbegleitung. Sie betrifft allerdings nicht nur die Bereiche moderner Neubau oder bauliche und energetische Sanierung von Wohnraumbeständen. Die Investitionsbank entwickelt zunehmend auch Lösungen für eine ganzheitliche Gestaltung zukunftsgerichteten Wohnens in einem ansprechenden Umfeld.

Dass die Zukunft besondere Herausforderungen bereithält, ist offensichtlich: Denn die demografische Entwicklung verändert nicht nur die Alters- und Familienstrukturen in unserem Land, sondern beeinflusst auch die Wohnraumnachfrage. Weitere Faktoren sind der allgemeine Wertewandel hin zu mehr Individualismus und die sich zunehmend differenzierenden Sozialstrukturen.

Diese Entwicklungen verliefen bisher in einzelnen Regionen und Teilmärkten sehr unterschiedlich. Das führte jeweils zu spezifischen und gleichzeitig sehr differenzierten Anforderungen an Infrastruktur und Wohnumfeld. Und noch ein Aspekt ist zunehmend von Bedeutung: Der Wohnungssektor soll durch energetische Verbesserungen einen Beitrag zum Klimaschutz leisten. Dies stellt Eigentümer und Wohnungswirtschaft vor nicht unerhebliche Herausforderungen. Diese zu meistern – auch dafür steht die Investitionsbank ihren Immobilienkunden als starker Partner zur Verfügung.

Neugeschäftsvolumen (inkl. Städtebauförderung) 2010



Mengengeschäft

Das Neugeschäft bei Eigentumsmaßnahmen hat sich 2010 hervorragend entwickelt. Dazu beigetragen haben insbesondere die überraschend gute Verbraucherstimmung sowie die nach wie vor sehr günstigen Konditionen für Baufinanzierungen in Kombination mit einem bedarfsgerechten Förderangebot des Landes und der KfW.

Soziale Wohnraumförderung

Aufgrund der allgemeinen Rahmenbedingungen und der bedarfsgerechten Ausgestaltung war die soziale Wohnraumförderung für Eigentumsmaßnahmen weiterhin attraktiv. Für die Neubau- und Bestandsförderung konnten 2010 insgesamt Mittel in Höhe von rd. 31 Mio. € vergeben und 539 Wohneinheiten gefördert werden. Damit erzielte die Investitionsbank gut das Doppelte des für dieses Geschäftssegment geplanten Neugeschäftsvolumens. Diese positive Entwicklung wurde besonders durch begleitete Neubauvorhaben getragen.

Im Zuge der Anpassung der Energieeinsparverordnung (EnEV) erhöhten sich für den Ankauf von bestehenden Immobilien die Anforderungen an einzuhaltende energetische Standards. Mit seinem sehr niedrigen Niveau entsprach der für diesen Fördergegenstand erhältliche Zinssatz in etwa dem des gesamten Finanzierungsmarktes. Dies führte im Verhältnis zum Vorjahr zu einem relativen Rückgang bei der Inanspruchnahme der Bestandsförderung.

Allgemeine Wohnraumförderung

Die Mittel der allgemeinen Wohnraumförderung, mit denen die Kunden der Investitionsbank ihre Finanzierung ergänzen können, wurden dank guter Rahmenbedingungen mit rund 65 Mio. € stark nachgefragt. Gleiches gilt für die Nachfrage nach KfW-Programmen in diesem Segment: Das Volumen betrug hier rund 174 Mio. €. Eine gute Durchmischung bei der Vermittlung der unterschiedlichen Finanzierungslösungen wurde über alle Standorte gleichsam gut angenommen.

IB.ImmoRente

Die Investitionsbank Schleswig-Holstein war 2010 die erste Förderbank in Deutschland, die eine Immobilienrente eingeführt hat. Ältere Immobilieneigentümer können mit diesem neuen Bankprodukt nach dem Prinzip der umgekehrten Hypothek ihre finanziellen Spielräume erweitern und aus der eigenen Immobilie Liquidität schöpfen.

Nach der Markteinführung der IB.ImmoRente im Juli 2010 konnten in den nächsten sechs Monaten bereits 113 Beratungen durchgeführt werden. Das daraus resultierende Neugeschäft belief sich im Berichtsjahr auf rund 1,34 Mio. €, was einem durchschnittlichen Darlehensbetrag von rund 110.000 € entspricht. Das erfreuliche Ergebnis belegt, dass die Investitionsbank mit der IB.ImmoRente eine innovative Produktlösung auf den Markt gebracht hat, die gezielt den Bedürfnissen älterer Immobilieneigentümer gerecht wird.

IB.Service Immobilien

Mit ihrem Beratungsteam IB.Service Immobilien hat die Investitionsbank im Rahmen der Bestandskundenbetreuung zur Kundenzufriedenheit und -loyalität einen wichtigen Beitrag geleistet. Rund 19.600 Kundengespräche wurden per Telefon durchgeführt. In den Gesprächen ging es immer wieder auch um das Ermitteln von erneutem Finanzierungsbedarf wie zum Beispiel für Modernisierungsmaßnahmen.

Zusammenarbeit mit Partnern

Wie in den vergangenen Jahren entwickelte sich das zugeführte Geschäft auch 2010 sehr erfolgreich. Das IB.PartnerForum der Investitionsbank hat sich bewährt. Es bot und bietet eine gute Plattform für wertvolle Anregungen und zur Vertiefung der vertrauensvollen Zusammenarbeit – bis hin zu konkreten Produktansätzen. So hatte die Investitionsbank beispielsweise auf dieser Basis in 2009 eine Variante ihres Ergänzungsdarlehens entwickelt, die 2010 als IB.ImmoFix erfolgreich im Markt etabliert werden konnte.

Individualgeschäft

Aufgrund des wachsenden Trends hin zu Finanzierungen im Rahmen von Wohnquartiersmaßnahmen mit oft mehrjähriger Durchführungsdauer gestalteten sich die Investitionsvorhaben im Individualgeschäft immer komplexer. Mit einem Volumen von rund 285,2 Mio. € entwickelte sich das Neugeschäft jedoch auch in diesem Geschäftssegment sehr gut.

Soziale Wohnraumförderung

Die Nachfrage nach Mitteln des Landes war auch im Jahr 2010 sehr hoch. Bis Jahresende wurden rund 154 Mio. € reserviert bzw. belegt. Die laut Erlass für das Programmjahr 2010 zur Verfügung stehenden Mittel reichten zunächst nicht aus, um den hohen Bedarf zu decken. Erst nach Aufstocken des Kontingents konnte die Investitionsbank – in Abstimmung mit dem Land und den Kommunen – konkrete Verhandlungen mit den Investoren über mögliche und bedarfsgerechte Fördermaßnahmen führen.

Der Schwerpunkt der sozialen Wohnraumförderung lag auch im Individualgeschäft im Bereich Neubau. Dabei handelte es sich oft um Ersatzneubauten für unter Renditegesichtspunkten energetisch nicht mehr aufzuwertende Bestände. Zunehmend an Bedeutung gewann die Quartiersentwicklung.

Allgemeine Wohnraumförderung

2010 hat die Investitionsbank KfW-Mittel in Höhe von rund 128,3 Mio. € an Kunden weitergeleitet. Mit ihren Kooperationsdarlehen für Renditeobjekte erzielte die Investitionsbank ein Neugeschäftsvolumen von 2,8 Mio. €. Damit lag das Ergebnis für diese Geschäftssegmente erstmalig unter dem der sozialen Wohnraumförderung. Eine Folge der besonderen Situation: Die Belegung bzw. Reservierung der Mittel der sozialen Wohnraumförderung konnte erst nach Aufstocken der Kontingente, die kurz vor dem Ende des Geschäftsjahres erfolgte, vorgenommen werden. So konnten für Teile der Investitionsvorhaben die flankierenden Mittel deswegen nicht mehr in 2010 beantragt werden. Bezogen auf das ergänzende Kooperationsdarlehen der Investitionsbank kam hinzu, dass die 2010 auf dem Kapitalmarkt herrschenden Konditionen für Investoren von großem Interesse waren.

Dienstleistungen

► IB.ImmobiliCheck und IB.ImmoInvest

Diese Dienstleistungen hat die Investitionsbank 2010 umfassend an die herrschenden Markterfordernisse angepasst. In diesem Zusammenhang wurde die dafür erforderliche Software aktualisiert und weiterentwickelt.

► IB.ImmoFokus/WBS

Auch für dieses Segment konnte 2010 die Weiterentwicklung des Dienstleistungsangebots abgeschlossen und das Produkt IB.ImmoFokus Ende des Jahres in den Markt eingeführt werden. Die Reaktionen waren ausgesprochen positiv: Für die Städte Neumünster, Tornesch und Uetersen wurden bereits Wohnungsmarktprofile erstellt.

► IB.IQ – Integrative Quartiersentwicklung

Mit dem Konzept einer integrativen Quartiersentwicklung IB.IQ hat die Investitionsbank ihre Beratungs- und Förderkompetenzen in den Bereichen Wohnungs- und Städtebau, Infrastruktur, Energie und Umwelt gebündelt. Dabei begleitet die Investitionsbank die komplexen Prozesse einer Wohnquartiersentwicklung in der Rolle eines Moderators. Immer im Fokus ist dabei, die Erfolgswahrscheinlichkeit der Gesamtmaßnahme zu erhöhen. Die Entwicklung dieses neuen Dienstleistungsangebots konnte 2010 nahezu vollständig abgeschlossen werden. Die Markteinführung erfolgt im Rahmen eines Pilotprojektes.

Städtebauförderung

Im Zuständigkeitsbereich der Investitionsbank werden inzwischen die sechs Bund-Länderprogramme der Städtebauförderung *Sanierung und Entwicklung*, *Soziale Stadt*, *Stadtumbau West*, *Aktive Stadt- und Ortsteilzentren*, seit dem Jahr 2009 *Städtebaulicher Denkmalschutz* und ab 2010 *Kleinere Städte und Gemeinden* für Schleswig-Holstein betreut. Seit 2009 ist die Investitionsbank zudem mit der Abwicklung der Förderbereiche Städtebau und Kommunale Straßen (Lärmschutzmaßnahmen) innerhalb des Zukunftsinvestitionsprogramms 2009–2011 (Konjunkturpaket II) beauftragt.

Nach anfänglicher Unsicherheit, ob das Land die Kofinanzierung der Städtebauförderung für 2010 überhaupt in voller Höhe vornehmen würde, fiel der Bewilligungsrahmen letztlich mit 24 Mio. € sogar um 4% höher aus als für das vorangegangene Jahr. Daraus erhalten 20 Städte und Gemeinden Mittel zur Finanzierung städtebaulicher Gesamtmaßnahmen. Nach Vorliegen der erforderlichen Zuweisungen erfolgte die Bewilligung der Fördermittel des Bundes und des Landes in vollem Umfang. Die Investitionsbank zahlte die fälligen Mittel der Programmjahre 2006 bis 2010 bis Ende 2010 vollständig aus.

IB.Energieagentur Schleswig-Holstein

Die IB.Energieagentur musste 2010 mit negativen Entwicklungen verschiedener Faktoren umgehen, die sie zwar nicht zu verantworten hatte, die jedoch die Rahmenbedingungen für ein erfolgreiches Agieren erheblich verschlechterten. Insgesamt rund 50% der für die Investoren notwendigen Fördermittel für energetische Maßnahmen fielen weg. Im Ergebnis trug das dazu bei, dass die IB.Energieagentur insbesondere von den Kommunen in Schleswig-Holstein weniger Aufträge als in den Vorjahren erhalten hat.

Als besonders positiv ist in 2010 die Entwicklung des Projekts *Förderung von Windenergie, anderer erneuerbarer Energien und der Energieeffizienz in Marokko (WEREEMA)* im Auftrag des Ministeriums für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume zu verzeichnen. Mit ihr konnte die IB.Energieagentur in Zusammenarbeit mit IB.Europa EU-Fördergelder in Höhe von 1,5 Mio. € akquirieren. Ergänzt werden die EU-Mittel durch 1,5 Mio. € nationale und 600.000 € marokkanische Fördergelder. Das Gesamtprojektvolumen beträgt rund 3,6 Mio. €. In einem Zeitraum von drei Jahren sollen mit Unterstützung von Projektpartnern aus Schleswig-Holstein die Potenziale regenerativer Energien in Marokko erfasst und Konzepte für deren Nutzung entwickelt werden.

Ausblick

Die Investitionsbank geht davon aus, dass sich der positive konjunkturelle Trend des Jahres 2010 auch 2011 fortsetzen wird. Es ist zu erwarten, dass die Fördermittel auch weiterhin attraktiv für die Kunden der Investitionsbank sind und dass die KfW aufgrund der hohen Bedeutung des Klimaschutzes auch künftig interessante Fördermöglichkeiten anbietet.

Ein verstärktes Interesse am Wohnungsbau ist insbesondere im Hamburger Randgebiet zu erwarten. Und immer mehr an Bedeutung gewinnen werden Maßnahmen zur Wohnquartiersentwicklung. Hier ist die Investitionsbank mit IB.IO, dem neuen Dienstleistungsangebot für integrative Quartiersentwicklungen, richtig aufgestellt.

Für die Jahre 2011 bis 2014 will das Land für die soziale Wohnraumförderung insgesamt 360 Mio. € zur Verfügung stellen – jährlich 30 Mio. € für das Mengengeschäft und 60 Mio. € für das Individualgeschäft. Um dem hohen Wohnraumversorgungs- und Investitionsbedarf in den kreisfreien Städten Rechnung zu tragen, wird diesen erstmalig ein Teil der Förderung für das Individualgeschäft im Rahmen kommunaler Förderbudgets zur Verfügung gestellt. Dafür sind bis 2014 zunächst bis zu 120 Mio. € vorgesehen.

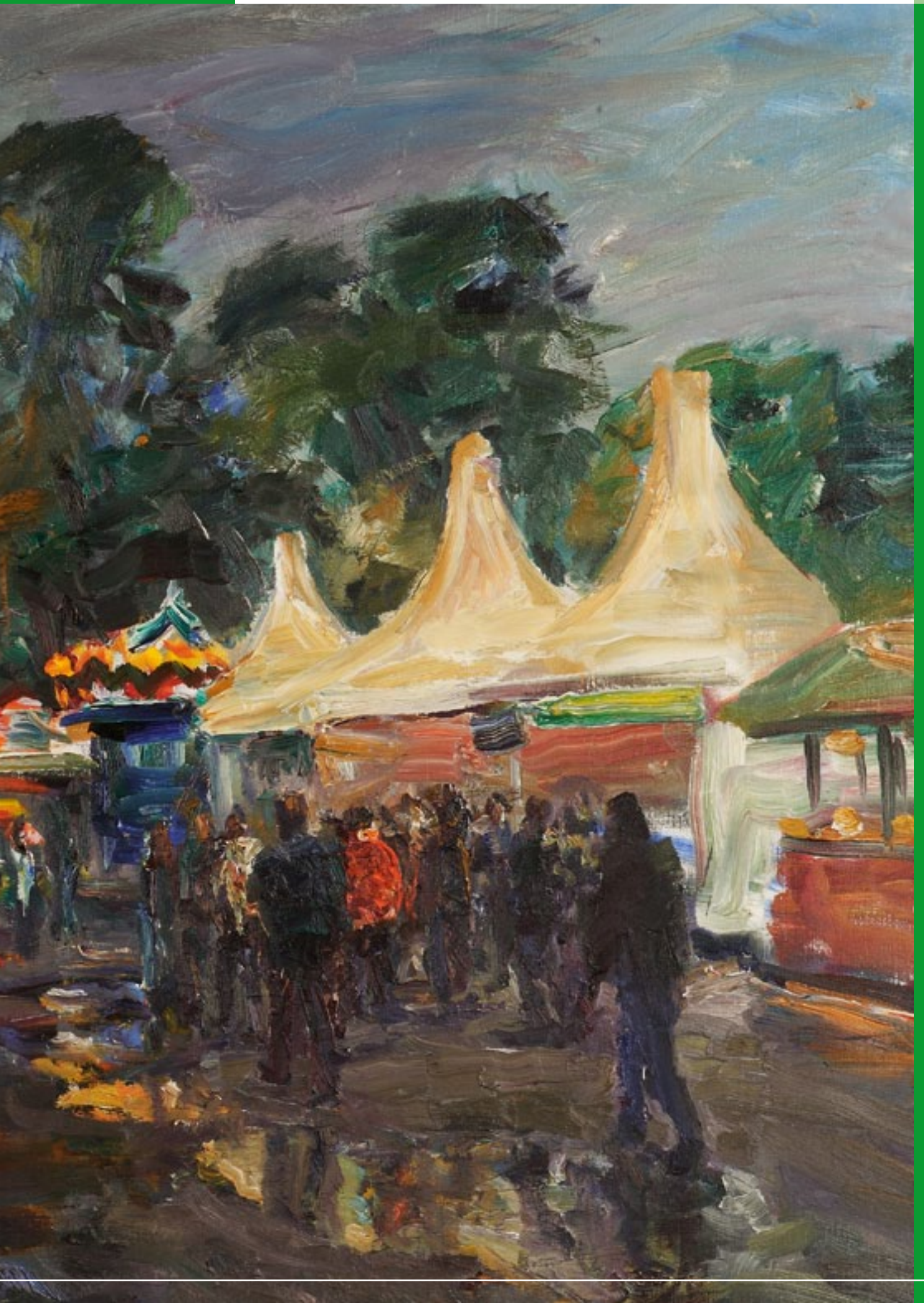
Für die kommenden Jahre ist die Entwicklung der Städtebauförderung in Schleswig-Holstein – insbesondere die Höhe voraussichtlicher Fördermittel – schwer vorherzusagen. Sie hängt vor allem von der künftigen Entwicklung der Bereitstellung der Bundesmittel, aber auch von der Sicherstellung der Kofinanzierung des Landes ab. Diesen Herausforderungen will die Investitionsbank insbesondere durch die Verzahnung von Städtebau- und Wohnraumförderung begegnen. Maßnahmen und konkrete Konzepte dazu befinden sich in der Entwicklung. Darüber hinaus prüft die Investitionsbank die Möglichkeiten des Einsatzes von EU-Fördermitteln.

Die IB.Energieagentur wird zukünftig ihre Kontakte zur Wohnungswirtschaft intensivieren und hat bereits erste erfolgreiche Beratungen vorgenommen. Zudem sieht die IB.Energieagentur in folgenden Bereichen für 2011 viel versprechende Ansätze zur Ertragsentwicklung und Geschäftsfelderweiterung:

- ▶ Nutzung regenerativer Energien (Erstellung von Expertisen für Banken und Sparkassen bei Biomasse- und Photovoltaikprojekten, Dienstleister für das Land),
- ▶ Beratung von Kommunen (Klimaschutzkonzepte, Wegenutzungsverträge und Übernahme von netzgebundener Infrastruktur, Energiecontrolling),
- ▶ Durchführung internationaler Projekte.



Ausschnitt aus „Schleusenfest, Brunsbüttel“ von André Krigar, 100 x 120 cm, Öl auf Leinwand, 2000



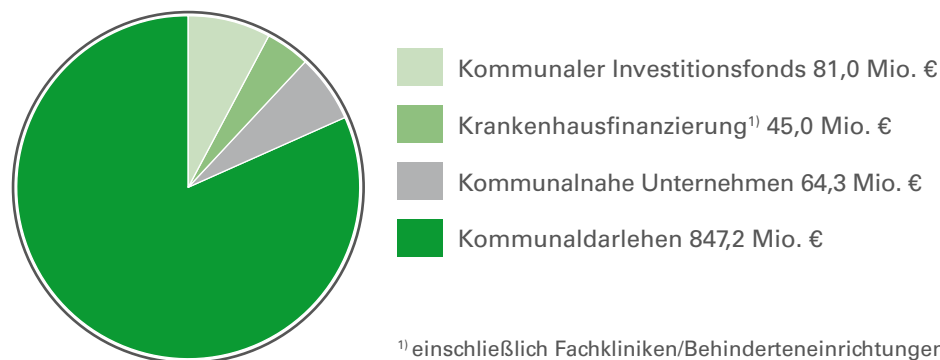
Förderpartner der Kommunen

Die Investitionsbank ist Partner für Kommunen und entwickelt maßgeschneiderte Finanzierungslösungen zum Erhalt und Ausbau der öffentlichen Infrastruktur. Ein wichtiges Feld ist die Begleitung von Vorhaben im Bereich kommunalnaher Unternehmen. Durch die Arbeit des Kompetenzzentrums für Öffentlich-Private Partnerschaften (ÖPP) der Investitionsbank gehört Schleswig-Holstein bundesweit zu den Vorreitern auf diesem Gebiet und kann zahlreiche erfolgreiche Projekte vorweisen.

Der Bereich Kommunalkunden verzeichnete 2010 eine positive Entwicklung. Nach dem Rückgang des Neugeschäfts im vorhergehenden Jahr konnte 2010 wieder annähernd das Niveau von 2008 erreicht werden. Auch im Beratungsgeschäft legte die Investitionsbank zu und kehrte den Trend um. Dies gelang nicht zuletzt durch Wiederauffüllen der Kapazitäten.

Die Situation der Kommunen war 2010 einerseits geprägt durch zurückgehende Steuereinnahmen – wenn auch nicht so stark wie befürchtet – sowie andererseits durch steigenden Investitionsbedarf in die Infrastruktur. Die Gründe dafür erwiesen sich als vielfältig: Umsetzung des Konjunkturpakets II, Behebung von Straßenschäden, Übernahme von Energienetzen und Aufbau von zukunftsfähigen Kommunikationsnetzen. In Summe führte dies zu einer gestiegenen Kreditnachfrage.

Förderkredite 2010



Kommunalkreditgeschäft

Im Kommunalkreditgeschäft konnte die Investitionsbank 2010 auf Mittel der Europäischen Investitionsbank (EIB), der Landwirtschaftlichen Rentenbank (LR) sowie der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) zurückgreifen. In Zusammenarbeit mit diesen Partnern konnte ein erfreuliches Neugeschäftsvolumen in Höhe von 847 Mio. € erzielt werden.

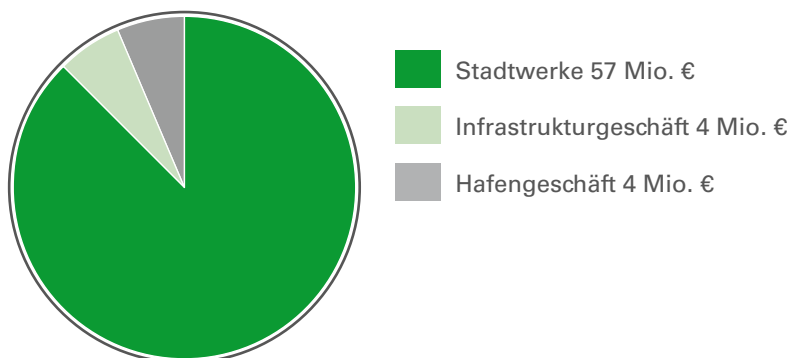
Kommunalnahe Unternehmen

Die Investitionen in den Erhalt und den zukunftsfähigen Ausbau der öffentlichen Infrastruktur wurden auch 2010 vor allem von den mehrheitlich öffentlichen Unternehmen vorgenommen. Einen großen Anteil bilden die Finanzierungen der Stadtwerke, die von der Investitionsbank erneut in erheblichem Maße begleitet wurden. Das Neugesäftsvolumen von rund 65 Mio. € blieb zwar deutlich hinter dem Vorjahresergebnis von 242 Mio. € zurück, lag aber über Plan.

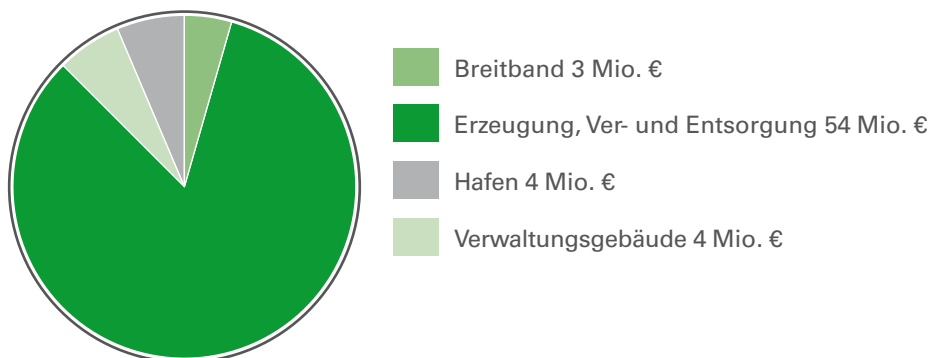
Infrastruktur-Projektfinanzierungen

Obwohl sich der Markt allmählich wieder belebt, konnte 2010 nur eine einzige Finanzierungs-Beteiligung an einem ÖPP-Vorhaben umgesetzt werden. Da in Zukunft davon auszugehen ist, dass weniger Fördermittel zur Verfügung gestellt werden können, wird diese Finanzierungsform allerdings aller Voraussicht nach an Bedeutung gewinnen. Das betrifft beispielsweise den öffentlichen Personennahverkehr, öffentliche Verwaltungsgebäude, die Bildungsinfrastruktur sowie unter Umständen auch den Bereich der Abwasser-Entsorgung.

Neugesäftsvolumen kommunalnahe Unternehmen 2010 nach Branche



Neugesäftsvolumen kommunalnahe Unternehmen 2010 nach Inhalt der Investition



Kommunaler Investitionsfonds

Der Kommunale Investitionsfonds (KIF) wird durch die Investitionsbank treuhänderisch verwaltet. Im Jahr 2010 wurde vom KIF für die Gewährung von Darlehen für kommunale Infrastrukturmaßnahmen ein Volumen in Höhe von rund 63 Mio. € zur Verfügung gestellt. Zusätzlich wurde den Kommunen vom Land in Abstimmung mit den kommunalen Landesverbänden ein Betrag in Höhe von rund 25 Mio. € an Zuschüssen aus dem KIF bereitgestellt. Hintergrund dafür war die Deckung dringenden Sanierungsbedarfs aufgrund winterbedingter Straßenschäden. Insgesamt lag das vom KIF bereitgestellte Volumen mit 88 Mio. € deutlich über dem des Vorjahres (2009: 47,5 Mio. €).

Krankenhausfinanzierung

Bei der Krankenhausfinanzierung lag das Finanzierungsvolumen 2010 mit 45 Mio. € etwas niedriger als in den vergangenen Jahren. In Zusammenarbeit mit dem Ministerium für Arbeit, Soziales und Gesundheit sowie dem Finanzministerium wurde die Krankenhausfinanzierung für die Zukunft umgestellt: Die Refinanzierung erfolgt zukünftig aus Mitteln des „Zweckvermögens Wohnraumförderung“ der Investitionsbank, das zudem in „Zweckvermögen Wohnraumförderung/Krankenhausfinanzierung“ umbenannt wurde. Die damit verbundene Änderung des Investitionsbankgesetzes (IBG) trat zum 1. Januar 2011 in Kraft. Die Träger und Kommunen erhalten auf diese Weise Planungssicherheit für zukünftige Investitionen.

IB.Breitband

Die Investitionsbank hat sich 2010 im Bereich Kommunal- und Infrastrukturfinanzierungen verstärkt mit dem Breitbandausbau in Schleswig-Holstein beschäftigt. Mit der Entwicklung des Produktes *IB.Breitband* hat sie gezielt auf Marktanforderungen reagiert. Im Mittelpunkt steht eine Kombination aus begleitender Beratung und zinsgünstiger langfristiger Finanzierung, die die Investitionsbank in Zusammenarbeit mit der Europäischen Investitionsbank und der Landwirtschaftlichen Rentenbank realisieren kann.

Auf großes Interesse sind die Aktivitäten der Investitionsbank in Kooperation mit der Landesregierung und den kommunalen Landesverbänden gestoßen. Ins Leben gerufen wurde darüber hinaus der *Runde Tisch Breitband* als gemeinsame Veranstaltung des Wirtschaftsministers und des Vorstandes der Investitionsbank, aus dem bereits konkrete Vorhaben resultieren. Das klare Ziel ist, erste Finanzierungen für Breitbandprojekte anzustoßen und den Markt zu öffnen.

Die ersten Teilprojekte sind bereits „online“ – ohne dass die Investitionsbank Mittel zur Verfügung stellen musste. Denn die Kunden haben zunächst Eigenmittel eingesetzt. Insgesamt wird in diesem Zusammenhang schon von Projekten mit einem Gesamtinvestitionsvolumen von rd. 600 Mio. € ausgegangen. Diese fasst die Investitionsbank der EIB und der LR gegenüber zu einem großen Projekt *Breitband-SH* zusammen, so dass der Zugang zu den zinsgünstigen Refinanzierungsmitteln der EIB und LR ermöglicht wird.

Öffentliche Infrastruktur/ÖPP-Kompetenzzentrum

Die Entwicklung der ÖPPs war auch 2010 noch durch das Konjunkturpaket II und die Finanzmarktkrise geprägt. Trotz der niedrigen Basiszinsen war das Angebot an – für das ÖPP-Finanzierungsgeschäft notwendigen – langfristigen Finanzierungen gering. Allerdings dämpften die Konjunkturprogramme und der damit verbundene Zeitdruck das Interesse an alternativen Beschaffungsvarianten im Sinne ganzheitlicher Betreiberkonzepte. Neue Maßnahmen konnten daher 2010 nur zögerlich begonnen werden. Die stärkere Inanspruchnahme, die die im Landesauftrag wahrgenommene Frühphasenberatung in der zweiten Jahreshälfte erfuhr, lässt sich aber als Indikator für eine Belebung des Marktes für 2011 verstehen.

Einige Projekte konnten 2010 zum Abschluss gebracht werden: Ihrem Zweck übergeben werden konnten unter anderem die Sporthalle in Mölln und die In-selschule in Fehmarn. Und sämtliche Projekte wurden nicht nur nach extrem kurzer Bauzeit fertiggestellt, sondern zeichnen sich durch ein hohes Qualitätsniveau aus. Damit erfüllen die Betreibermodelle die bisher an sie gestellten Anforderungen voll und ganz.

Die grundhafte Erneuerung der Landesstraße L192 verlief ebenfalls plangemäß, und die Inbetriebnahme erfolgte noch im Dezember 2010. Das Projekt belegt eindrucksvoll, welche Optimierungspotenziale sich bei der Erstellung und in dem langfristigen Erhalt erschließen lassen, wenn diese im Rahmen von ganzheitlichen Betreibermodellen stattfinden. 2010 befasste sich erstmals auch das ÖPP-Forum der NordBau in Neumünster mit ÖPP-Vorhaben im Straßenbau.

Für ein wichtiges Landesvorhaben – der im Rahmen eines Betreibermodells geplante sechsstreifige Ausbau der A7 vom Bordesholmer Dreieck bis an die Landesgrenze Hamburgs – wurde 2010 mit der vorbereitenden Wirtschaftlichkeitsuntersuchung begonnen. Für 2011 ist der Start des Vergabeverfahrens geplant. Neben der Wirtschaftlichkeitsuntersuchung für die genannten Vorhaben wurde das ÖPP-Kompetenzzentrum außerdem mit Untersuchungen zu alternativen Realisierungsmodellen für die westliche Elbquerung beauftragt.

„Auf Erfahrung bauen – ÖPP-Verfahren in der Praxis“

Eine wertvolle Hilfestellung für die Planung und Umsetzung von ÖPP-Maßnahmen liefert der veröffentlichte Bericht „Auf Erfahrung bauen – ÖPP-Verfahren in der Praxis“. Die Publikation richtet sich sowohl an die politischen Vertreter als auch an die Fachbereiche der öffentlichen Verwaltung. Ziel ist es, die aus einer Reihe bereits umgesetzter Projekte gewonnenen Erkenntnisse für künftige Vorhaben zur Verfügung zu stellen.

Ausblick

Im Jahr 2011 will die Investitionsbank ihre Refinanzierungsbasis durch den Vertragsabschluss mit der Bank des Europarates weiter diversifizieren, um ihren Kunden jederzeit günstige und langfristige Finanzierungsmittel anbieten zu können. Dabei sollen kommunale Unternehmen weiter verstärkt unterstützt werden – auch weil sie im Rahmen der Umsetzung von Klimakzepten sowohl im Bereich Energieerzeugung als auch beim Netzausbau stark gefordert sein werden. Dies gilt ebenfalls für den Ausbau der Breitbandversorgung.

Die Investitionsbank geht davon aus, dass sie vor dem Hintergrund rückläufiger Fördermittel zukünftig in noch stärkerem Maße Finanzierungslösungen erarbeiten darf. Geplant ist, in Abstimmung mit dem Eigentümer Modelle wie die neu geordnete Krankenhausfinanzierung auch auf andere Infrastrukturthemen zu übertragen.

Durch die konsequente Umsetzung der *Frühphasenberatungen* und die Pilotprojektbegleitung des ÖPP-Kompetenzzentrums gehört Schleswig-Holstein inzwischen zu den Bundesländern, in denen sich ein gut funktionierender ÖPP-Markt entwickelt hat. Künftig dürften Betreibermodelle im Verkehrswegebau weiter an Bedeutung gewinnen, denn eine leistungsfähige Infrastruktur ist notwendig, um die wirtschaftlichen Potenziale eines Flächenlandes wie Schleswig-Holstein voll auszuschöpfen.

Um die Finanzierungsbedingungen zu verbessern, arbeitet die Investitionsbank weiterhin mit den im PartnerRegio-Netzwerk zusammengeschlossenen Förderinstituten zusammen. Gegenwärtig finden mit der Europäischen Investitionsbank (EIB) Verhandlungen über eine PartnerRegio-Rahmenfazilität statt, die die projektbezogene Refinanzierung verbreitern soll. Die EIB beabsichtigt damit, durch die Förderinstitute herausgelegte Finanzierungen im Rahmen von ÖPP-Modellen zu unterstützen.





Ausschnitt aus „Ohne Titel“ von Arno Neufeld, 80 x 100 cm, Acryl/Zeichenstift, 2007



Im Auftrag des Landes managt die Investitionsbank Schleswig-Holstein eine Vielzahl von Förderprogrammen. Dazu gehören gleich mehrere Aufgabenfelder im Zusammenhang mit dem *Zukunftsprogramm Wirtschaft* und dem *Zukunftsprogramm Arbeit*, mit denen die EU, der Bund und das Land Schleswig-Holstein in der Förderperiode 2007–2013 wachstums- und beschäftigungspolitische Impulse setzen.

Arbeitsmarkt- und Strukturförderung

Der Bereich Arbeitsmarkt- und Strukturförderung führt das Förderprogramm-Management für das Land Schleswig-Holstein durch. Art und Umfang der vielfältigen Aktivitäten ergeben sich dabei aus den entsprechenden Aufgabenübertragungsverträgen, die zwischen dem Land und der Investitionsbank abgeschlossen wurden.

In der Förderperiode 2007–2013 bilden das *Zukunftsprogramm Wirtschaft* (Zuständigkeit der Investitionsbank für regionale Projekte und einzelbetriebliche Investitionsförderung) und das *Zukunftsprogramm Arbeit* die beiden umfangreichsten Programme, die der Bereich Arbeitsmarkt- und Strukturförderung managt. Sie werden unter anderem aus den EU-Strukturfonds kofinanziert: das *Zukunftsprogramm Wirtschaft* aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) und das *Zukunftsprogramm Arbeit* aus dem Europäischen Sozialfonds (ESF). Im Rahmen der Programme sind Förderungen nach zahlreichen unterschiedlichen Richtlinien für Bürgerinnen und Bürger, Unternehmen, Beschäftigte in kleinen und mittleren Betrieben, Kommunen, Hochschulen und Forschungseinrichtungen, Kammern, Verbände und andere möglich. Die Abwicklung des Programms erfolgt in enger Kooperation mit dem Ministerium für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr (*Zukunftsprogramm Wirtschaft*) und dem Ministerium für Arbeit, Soziales und Gesundheit (*Zukunftsprogramm Arbeit*).

Zukunftsprogramm Wirtschaft

Das *Zukunftsprogramm Wirtschaft* ermöglicht die Förderung von Innovationsprojekten, regionalen Projekten, einzelbetrieblichen Investitionen und betrieblichen Innovationen im gesamten Landesgebiet (Zuständigkeit der Investitionsbank für regionale Projekte und einzelbetriebliche Investitionsförderung).



Die Schwerpunkte des Programms liegen auf

- ▶ der Stärkung von Wissen und Innovation,
- ▶ der Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen und Stärkung der unternehmerischen Basis,
- ▶ dem Ausbau der wirtschaftsnahen Infrastruktur und Maßnahmen zur nachhaltigen Entwicklung sowie
- ▶ der Entwicklung der spezifischen regionalen Potenziale.

In diesem größten Wirtschaftsförderprogramm des Landes werden in der Förderperiode 2007–2013 Fördermittel in Höhe von rund 704 Mio. € gebündelt. Davon entfallen 374 Mio. € auf Mittel aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE), rund 178 Mio. € auf Mittel aus der Bund-Länder-Gemeinschaftsaufgabe *Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur* (GRW) zuzüglich eines GRW-Sonderprogramms in Höhe von rund 30 Mio. € aus dem *Konjunkturpaket I* und rund 122 Mio. € auf ergänzende Landesmittel.

Im Jahr 2010 wurden 73 regionale Projekte mit einem Fördervolumen von rund 77,42 Mio. € unterstützt, wodurch das Land Schleswig-Holstein als Wirtschafts- und Tourismusstandort gestärkt wurde.

In der einzelbetrieblichen Investitionsförderung hat die Organisationseinheit Strukturförderung 2010 133 Bewilligungen mit einem Gesamtvolumen in Höhe von rund 31,9 Mio. € ausgesprochen, mit denen Erweiterungen, Neuerrichtungen und Modernisierungen von Betriebsstätten gefördert wurden. Durch die einzelbetriebliche Investitionsförderung im Rahmen des *Zukunftsprogramms Wirtschaft* wurden Gesamtinvestitionen in Höhe von rund 230 Mio. € ausgelöst, durch die in Betrieben der gewerblichen Wirtschaft, insbesondere in kleinen und mittleren Unternehmen, 943 Dauerarbeitsplätze neu geschaffen und 2.801 gesichert werden konnten.

Für die einzelbetriebliche Investitionsförderung war 2010 ein Jahr des Umbruchs. Die Landesregierung hat beschlossen, die Vorschläge der Haushaltsstrukturkommission umzusetzen. In diesem Zuge wird die Förderung auf die strukturschwächste Region in Schleswig-Holstein, das sogenannte C-Fördergebiet der Gemeinschaftsaufgabe zur *Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur*, konzentriert. Als Folge wurden Antragsannahmestopps für Förderanträge im sogenannten D-Fördergebiet, im Bereich der sogenannten *Hamburg-Rand-Richtlinie* und für Modernisierungsvorhaben kleiner Beherbergungsbetriebe ausgesprochen.

www.ib-sh.de/zukunftsprogramm-wirtschaft

Zukunftsprogramm Arbeit



Das *Zukunftsprogramm Arbeit* bündelt die Förderangebote der schleswig-holsteinischen Arbeitsmarktpolitik in den Jahren 2007–2013.

Mittelgeber sind das Land Schleswig-Holstein und die Europäische Union. Aus dem *Zukunftsprogramm Arbeit* gefördert werden unter anderem kleine und mittlere Unternehmen sowie deren Beschäftigte, Bürgerinnen und Bürger, die nur schwer auf dem Arbeitsmarkt Fuß fassen können, Existenzgründerinnen und -gründer, Auszubildende sowie Schülerinnen und Schüler. Das Programmvolumen in der Förderperiode 2007–2013 umfasst voraussichtlich insgesamt rund 288 Mio. €. Davon stammen rund 100 Mio. € aus dem Europäischen Sozialfonds (ESF).

Das *Zukunftsprogramm Arbeit* umfasst folgende Förderschwerpunkte:

- ▶ Steigerung der Anpassungs- und Wettbewerbsfähigkeit von Beschäftigten und Unternehmen,
- ▶ Verbesserung des Humankapitals,
- ▶ Verbesserung des Zugangs zu Beschäftigung sowie der sozialen Eingliederung von benachteiligten Personen.

Aus dem in der Förderperiode 2007–2013 aus ESF- und Landesmitteln für Investitionen in Weiterbildung, Qualifizierung und Arbeitsmarktintegration zur Verfügung stehenden Gesamtbudget wurden 2010 von der Organisationseinheit Arbeitsmarktförderung rund 19,3 Mio. € für 1.845 Vorhaben nach den 16 unterschiedlichen Aktionen bewilligt.

www.ib-sh.de/zukunftsprogramm-arbeit

Meister-BAföG

3.153 Fortbildungsteilnehmerinnen und -teilnehmer konnten im Jahr 2010 durch das von Bund und Land gemeinsam finanzierte Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz (AFBG – sogenanntes *Meister-BAföG*) gefördert werden. Die Zahl der geförderten Teilnehmerinnen und Teilnehmer hat sich damit gegenüber dem Vorjahr nochmals um knapp 19% erhöht. Die bewilligten Mittel dienen der Weiterqualifizierung von Fachkräften und der Vorbereitung auf die Meisterprüfung im Handwerk. Der Mitteleinsatz erleichtert den Teilnehmerinnen und Teilnehmern den Weg in die Selbstständigkeit bzw. erhöht ihre Chancen am Arbeitsmarkt.

www.ib-sh.de/meister-bafog

Schulbau

Im Auftrag des Ministeriums für Bildung und Kultur wickelt die Investitionsbank Maßnahmen der Bildungsinfrastruktur im Rahmen des Zukunftsinvestitionsgesetzes, des Landesschulbauprogramms, der Investitionspakte sowie einiger Altprogramme ab.

Die Schulbauprojekte aus dem Zukunftsinvestitionsgesetz (*Konjunkturpaket II*) wurden 2010 mit weiteren 445 Bewilligungen über ein Bewilligungsvolumen in Höhe von rund 83 Mio. € Bundes- und Landesmitteln für ein förderfähiges Investitionsvolumen von rund 117 Mio. € im Wesentlichen vollständig bewilligt. Die Schwerpunkte der Tätigkeiten der Investitionsbank in 2011 werden daher die Bearbeitung von Auszahlungen und Verwendungsnachweisen und damit die Vorbereitung der termingerechten Abrechnung des Programms gegenüber dem Bund und dem Land sein.

Die vom Finanzministerium übertragenen Aufgaben der Mittelbewirtschaftung und des Controllings zur Umsetzung des Zukunftsinvestitionsgesetzes werden auf Basis der eigens dafür programmierten Datenbank vereinbarungsgemäß erfüllt.

Ausblick

Grundsätzlich wird für die beiden Zukunftsprogramme im Jahr 2011 von konstanten Antrags- bzw. Fallzahlen ausgegangen.

Beim *Meister-BAföG* wird 2011 ein leichter Anstieg der Zahl der Förderanträge erwartet.

Bundesförderung: Durchleitungsneugeschäft erneut sehr stark

Die Investitionsbank ist Durchleitungsinstitut für Bundesförderprogramme der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) und der Landwirtschaftlichen Rentenbank (LR) im Bankenleitweg zu den Sparkassen in ihrer Region.

Mit 835 (Vorjahr 676) Mio. € erreichte das Neugeschäft erneut Rekordniveau. Die Steigerung betrug 159 Mio. € oder 24%. Motor des Geschäfts waren wie im Vorjahr im Wesentlichen Finanzierungen von energetischen Investitionen, insbesondere von Photovoltaik- und Windkraftanlagen. Diese Fördermittel stammten größtenteils von der KfW sowie auch von der LR.

2010 war aus mehreren Gründen ein außergewöhnliches Jahr. Die Bundesregierung hatte die KfW großzügig mit Haushaltsmitteln ausgestattet. Sehr günstige Zinssätze für Enddarlehensnehmer wie Private, Wirtschaft und Kommunen waren die Folge. Für das Durchleitungsgeschäft war außerdem von großer Bedeutung, dass sich durch die Rahmenbedingungen des Erneuerbare-Energien-Gesetzes Investitionen im Bereich der regenerativen Energieerzeugung als rentabel erwiesen.

Ein Blick auf die Strukturen des Durchleitungsgeschäfts zeigt, dass 64 (Vorjahr 58)% des Neugeschäfts dem gewerblichen Sektor zuzuordnen sind, 24 (Vorjahr 27)% dem Immobiliengeschäft und 12 (Vorjahr 15)% dem von der LR geförderten landwirtschaftlichen Sektor.

Träger des Wachstums war auch 2010 das gewerbliche Fördergeschäft der KfW. Bei der Förderung von Investitionen des gewerblichen Mittelstandes ragten heraus: Energetische Investitionen, insbesondere in Photovoltaik- und Windkraftanlagen (*KfW-Programm Erneuerbare Energien*) und allgemeine Investitionen in das Anlagevermögen (*KfW-Unternehmerkredit* in Verbindung mit dem *ERP-Regionalförderprogramm*).

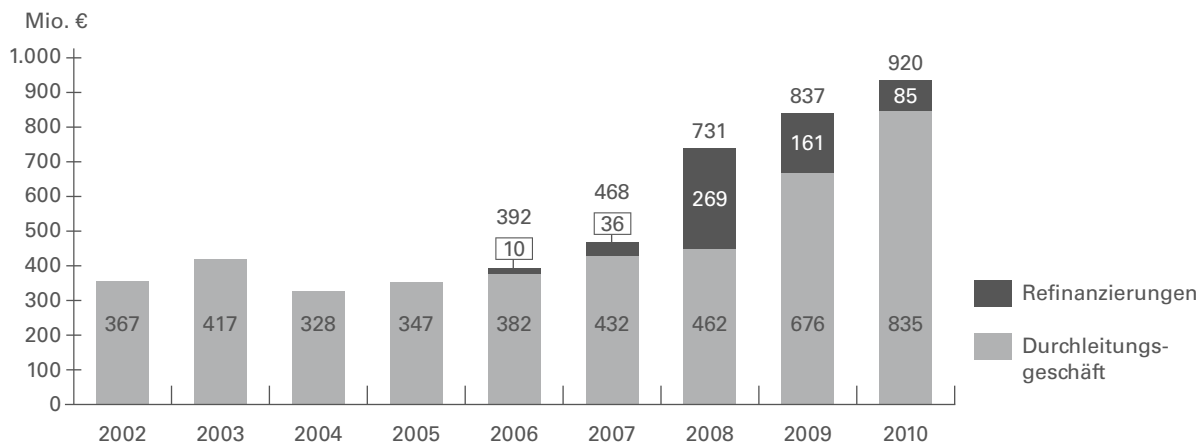
Die Darlehensprogramme der KfW zur Finanzierung wohnwirtschaftlicher Investitionen sind den Investoren gut bekannt und waren auch 2010 mit attraktiven Konditionen ausgestattet. Einen Schwerpunkt bildete die Finanzierung ökologischer Investitionsmaßnahmen, wie zum Beispiel die Errichtung von KfW-Effizienzhäusern (*Energieeffizient Bauen*), die Sanierung von Häusern zum KfW-Effizienzhaus oder die Durchführung einzelner Sanierungsmaßnahmen, zum Beispiel die Wärmedämmung von Außenwänden oder von Dächern (jeweils *Energieeffizient Sanieren*). Sehr hohe Bedeutung hatte auch die Finanzierung des Baus und Erwerbs von selbst genutztem Wohnraum (*KfW-Wohneigentumsprogramm*) sowie allgemein wohnwirtschaftlicher Investitionen (*KfW-Wohnraum Modernisieren*).

Die Kleinteiligkeit des Durchleitungsgeschäfts wird bei den wohnwirtschaftlichen Förderprogrammen der KfW deutlich. Mit 55 (Vorjahr 57)% der Stückzahlen bewilligter Darlehen wurde lediglich ein Anteil von 24 (Vorjahr 27)% des Neugeschäftes erzielt.

Der Einsatz von Fördermitteln der LR behielt das hohe Niveau des Vorjahres. In der Durchleitung verzeichnete die Investitionsbank ein Neugeschäft von 98 (Vorjahr 102) Mio. €. Die zu finanzierenden Investitionen sind im Wesentlichen energetisch geprägt.

Zum 31. Dezember 2010 leitete die Investitionsbank wie im Vorjahr an 21 Sparkassen in Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern Fördermittel der KfW und der LR weiter. Fusionen waren 2010 nicht zu verzeichnen. Darüber hinaus refinanzierte die Investitionsbank – zum Teil mit KfW-Mitteln – die Mittelständische Beteiligungsgesellschaft Schleswig-Holstein GmbH (siehe Kapitel MBG) und leitete an sie Kapitalbeteiligungsmittel aus dem Europäischen Risikokapitalfonds für Schleswig-Holstein (EFRE II) und aus dem Mittelstandsfonds Schleswig-Holstein weiter (siehe Kapitel Firmenkunden).

Entwicklung der Neugeschäfte in Mio. € (Durchleitungsgeschäft, Refinanzierungen)



Ein Blick auf die Neugeschäftsentwicklung der vergangenen Jahre zeigt, dass mit Umsätzen von 920 Mio. € (2010), 837 Mio. € (2009) und 731 Mio. € (2008) in drei hintereinander folgenden Jahren ein außergewöhnlich hohes Niveau erreicht wurde. Die Refinanzierungen sind für die Investitionsbank ein stabiler Faktor. Das Durchleitungsneugeschäft erreichte 2010 mit 835 Mio. € erneut Rekordniveau.

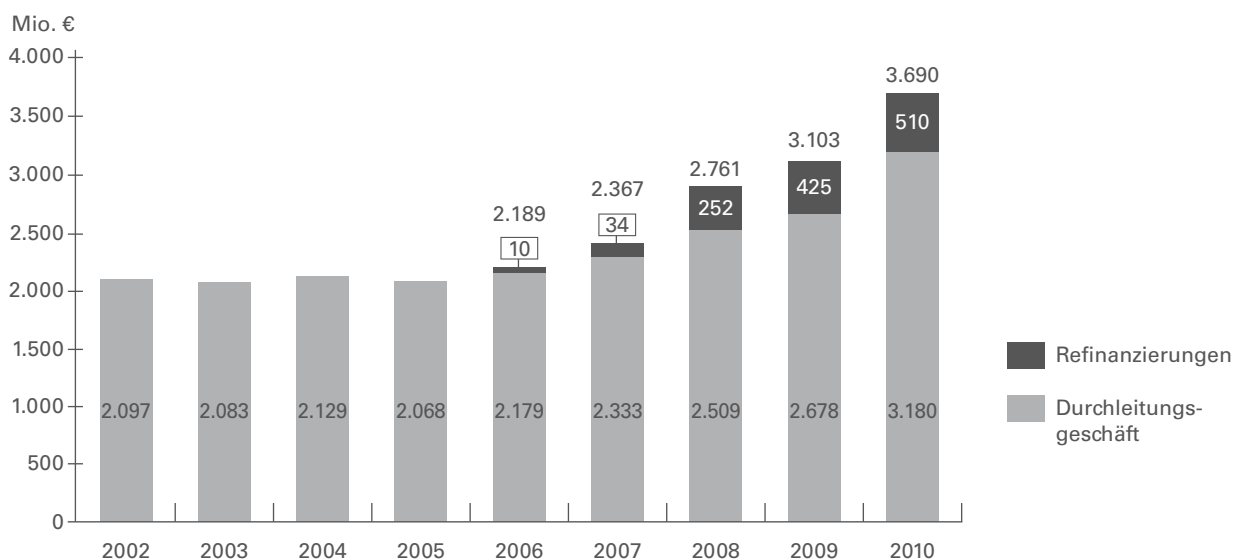
Refinanzierungen: Förderung des Mittelstandes

Die Refinanzierungen sind mit den Produkten *IB.Einzelrefi* und *IB.Global Mittelstand* das zweite Geschäftsmodell der Bundesförderung. Die Investitionsbank gewährt Banken und Sparkassen Förderkredite zur Weiterleitung an mittelständische und kommunalnahe Unternehmen sowie Immobilienerwerber, um Investitionen im Geschäftsgebiet der Investitionsbank zu finanzieren. Banken und Sparkassen erhalten die Möglichkeit, entweder einzelne Investitionen (*IB.Einzelrefi*) oder mehrere Vorhaben (*IB.Global Mittelstand*) zu refinanzieren. Mit dem Geschäftsmodell reduziert die Investitionsbank den Verwaltungsaufwand bei der Darlehensgewährung an Banken und Sparkassen auf ein Minimum. Die Gestaltung der Enddarlehensnehmerverträge überlässt die Investitionsbank weitestgehend den Banken und Sparkassen. Die technische Darlehensdurchführung erfolgt innerhalb weniger Tage. Die Refinanzierungsmittel stammen von der KfW und aus eigenen Refinanzierungen der Investitionsbank.

Das Neugeschäft belief sich im Jahr 2010 auf 85 (Vorjahr 161) Mio. €. Es wurden überwiegend gewerbliche Investitionen vorrangig einzeln refinanziert, wobei Zinsbindungsfristen von fünf bis zehn Jahren bevorzugt wurden. Die Investitionsbank leistet so ihren Beitrag, regionale Banken und Sparkassen mit Liquidität auf Basis langfristiger Zinsbindungen zu versorgen und den Mittelstand zu stärken – zur Sicherung von Investitionen in Schleswig-Holstein.

Darlehensbestände wachsen kräftig

Entwicklung der Stichtagsbestände (Durchleitungsgeschäft, Refinanzierungen)



Zum 31. Dezember 2010 verzeichnete die Investitionsbank im Durchleitungsgeschäft und bei den Refinanzierungen im Vergleich zum Vorjahresstichtag einen Bestandssprung von 587 (Vorjahr 342) Mio. € und damit das bisher größte erzielte Bestandswachstum innerhalb eines Jahres. Der Stichtagsbestand betrug 3,690 (Vorjahr 3,103) Mrd. €. Die Gründe für den kräftigen Ausbau liegen in der Entwicklung des Durchleitungsneugeschäftes mit hohen Finanzierungen für energetische Investitionen und in den zinsabhängig niedrigen außerordentlichen Rückzahlungen. Die Refinanzierungen stabilisierten den Bestandsaufbau mit einem Neugeschäft, das bei geringen Tilgungen weitestgehend bestandswirksam wurde.

In den Jahren 2002 bis 2006 stagnierten die Stichtagsbestände auf dem Niveau von rund 2,1 Mrd. €. Aufgrund sinkender Zinssätze wurden sehr hohe außerordentliche Rückzahlungen durchgeführt. Seit 2007 steigen die Bestände kräftig: In den vier Jahren bis Ende 2010 erhöhten sich die Bestände um rund 1,6 auf rund 3,7 Mrd. €. Die Refinanzierungen erreichten zum 31. Dezember 2010 wie im Vorjahr 14% des Gesamtstichtagsbestandes.

Zusammenarbeit der Investitionsbank mit der KfW

Die KfW ist mit einem Stichtagsbestand zum 31. Dezember 2010 von 8,0 (Vorjahr 7,3) Mrd. € – davon rund 3,8 (Vorjahr 3,2) Mrd. € Durchleitungs- und Förderprogramm kredite – die bedeutendste Refinanzierungsquelle der Investitionsbank. Die Zusammenarbeit erstreckt sich auf viele Geschäftsbereiche. Hauptsächlich sind dabei zu nennen das Treasury der Investitionsbank (Globaldarlehen der KfW *Allgemeine Refinanzierungen*), das oben beschriebene Durchleitungsgeschäft sowie die Investitionsbank-Bereiche Immobilien-, Kommunal- und Firmenkunden.

Das Förderprogrammgeschäft unterlag 2010 keinen tief greifenden Änderungen. Das *KfW-Sonderprogramm* wurde zum Ende des Jahres 2010 eingestellt, weil es seine Aufgabe, einer Kreditklemme entgegenzuwirken, erfüllt hatte. Das KfW-Programm *Erneuerbare Energien* wurde modifiziert. Unter anderem zählen jetzt auch Land- und Forstwirte zum Antragstellerkreis. Bei den wohnwirtschaftlichen Programmen wurde zum 31. August 2010 die Förderung von energetischen Einzelmaßnahmen im Programm *Energieeffizient Sanieren* eingestellt. Da sich die Finanzierung von Einzelmaßnahmen großer Beliebtheit erfreute, wird diese Förderung in modifizierter Form zum 1. März 2011 wieder aufgenommen.

Die KfW hat 2010 auf Basis einer Marktanalyse ihre Marketing- und Vertriebsstrategie neu ausgerichtet. Vertriebsschwerpunkt bleibt die Kooperation mit den Hausbanken und den Landesförderinstituten. Einzelne Gruppen, wie zum Beispiel die Steuerberater, sollen direkt angesprochen werden. Die Investitionsbank baut weiterhin darauf, dass im Rahmen der KfW-Strategieausprägung die Kooperation mit der Investitionsbank gestärkt wird, Konkurrenzsituationen nicht entstehen und die Gesetzgebungskompetenz der Länder in der sozialen Wohnraumförderung auch Ausdruck in der KfW-Förderung finden kann.

Zusammenarbeit der Investitionsbank mit der LR

Die LR stellt der Investitionsbank Refinanzierungsmittel zum 31. Dezember 2010 in Höhe von 1,2 (Vorjahr 0,9) Mrd. € zur Verfügung. Die Zusammenarbeit erstreckt sich auf die Gewährung von Globaldarlehen für die Finanzierung von Infrastrukturmaßnahmen im ländlichen Raum, das oben genannte Durchleitungsgeschäft und die Weiterleitung von Förderprogramm Krediten durch den Bereich Firmenkunden der Investitionsbank.

Das Förderprogrammneugeschäft mit der LR lag im Jahr 2010 in der Durchleitung nominal auf dem Niveau des Jahres 2009. Die Förderprogramme der LR haben sich nach ihrer Neugestaltung auch 2010 großer Beliebtheit erfreut. Sie sind anwenderfreundlich ausgestaltet und werden durch die LR zügig bereitgestellt. Der Schwerpunkt der Förderung liegt eindeutig bei der Finanzierung energetischer Investitionen mit eintretender Rückläufigkeit der Investitionsabsichten bei Photovoltaikanlagen.

Die Investitionsbank will die Zusammenarbeit mit der LR im Jahr 2011 insbesondere in der Refinanzierung stärken.

Ausblick

Die Investitionsbank erwartet für 2011 ein moderates Wirtschaftswachstum, einen langsamen Anstieg der Kapitalmarktzinsen sowie eine ausreichende Versorgung von Unternehmen und Privatpersonen durch Banken und Sparkassen mit Krediten. Investitionen in die erneuerbaren Energien und deren Finanzierung werden auch 2011 eine sehr hohe Bedeutung haben. Es ist zu erwarten, dass die KfW auch künftig interessante Fördermöglichkeiten anbietet. Dabei werden die erhebliche Relevanz von Klimaschutz und nachhaltiger Energieversorgung auf der einen und die Konsolidierung des Bundeshaushalts auf der anderen Seite zu berücksichtigen sein. In ihren Planungen geht die Investitionsbank von einem geringeren Neugeschäft im Vergleich zum extrem erfolgreichen Jahr 2010 aus.

Eine intensive Kooperation mit Banken und Sparkassen ist für die Investitionsbank von zentraler Bedeutung. Das Durchleitungsgeschäft wird die Investitionsbank auch künftig deutlich dienstleistungs- bzw. vertriebsorientiert betreiben und mit ihrem Know-how zur Verfügung stehen. Dabei soll die Elektronisierung des Bankenleitweges sinnvoll ausgebaut werden. Die guten Geschäftsbeziehungen zu Banken und Sparkassen wird die Investitionsbank weiter festigen und das Durchleitungsgeschäft durch aktive Gestaltung des Refinanzierungsgeschäftes ergänzen.

EU-Programme zur europäischen territorialen Zusammenarbeit

Die Investitionsbank unterstützt die Europäische Union bei der Umsetzung von Förderprogrammen als Verwaltungs- und Bescheinigungsbehörde sowie als Trägerin des Programmsekretariats. Die Europäische Union fördert im Rahmen des EU-Kohäsionsziels „europäische territoriale Zusammenarbeit“ die grenzüberschreitende Zusammenarbeit mit benachbarten Regionen, die transnationale Zusammenarbeit in größeren Kooperationsräumen sowie die europaweite interregionale Zusammenarbeit.

Die Umsetzung der Programme soll dazu beitragen, wirtschaftliche, soziale und räumliche Unterschiede abzubauen und dadurch das Zusammenwachsen Europas zu fördern.

***Baltic Sea Region Programme
2007 – 2013: Dritte Antragsrunde,
Programmkonferenz in Finnland und
Ausblick in die nächste Förderperiode***



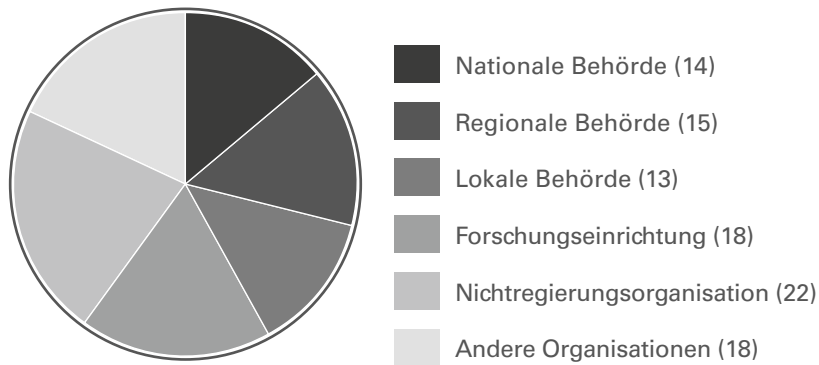
Für das Programm *Baltic Sea Region Programme 2007 – 2013* übernimmt die Investitionsbank – im Auftrag der beteiligten Mitgliedsstaaten – die Funktion der Verwaltungs- und der Bescheinigungsbehörde. Das der Verwaltungsbehörde angeschlossene Programmsekretariat in Rostock und Riga (Lettland) ist für die praktische Umsetzung verantwortlich. Die Funktion der Prüfbehörde/Audit Authority *Baltic Sea Region Programme 2007 – 2013* ist dem Ministerium für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr des Landes Schleswig-Holstein zugeordnet.

Das Programm fördert die Zusammenarbeit von öffentlichen Verwaltungen, von Forschungseinrichtungen sowie von nicht-gewinnorientierten Organisationen im gesamten Ostseeraum. Die Projekte tragen dazu bei, diesen Bereich als wirtschaftliche, soziale und ökologische Region wahrzunehmen und weiterzuentwickeln. Dafür stehen 195,6 Mio. € aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) zur Verfügung. Hinzu kommen 5,3 Mio. € norwegische Fördergelder, die für die Beteiligung norwegischer Partner vorgesehen sind, und 20,3 Mio. € aus dem Europäischen Nachbarschafts- und Partnerschaftsinstrument (ENPI) für die Kooperation mit Weißrussland.

Das Programmsekretariat in Rostock und Riga hält ein umfangreiches Servicepaket für Antragsteller und Projektträger bereit. Antragsteller können sich auf der von der Europäischen Kommission 2010 prämierten Programm-Website <http://eu.baltic.net> informieren und werden in persönlichen Beratungsgesprächen unterstützt. Darüber hinaus organisiert das Programmsekretariat Informationsveranstaltungen und Projektseminare im gesamten Ostseeraum. Das Programmsekretariat bewertet eingereichte Anträge nach Förderfähigkeit und Qualität und formuliert Entscheidungsvorschläge für den Begleitausschuss.

Außerdem schließt es Förderverträge mit erfolgreichen Antragstellern ab und überwacht deren Umsetzung.

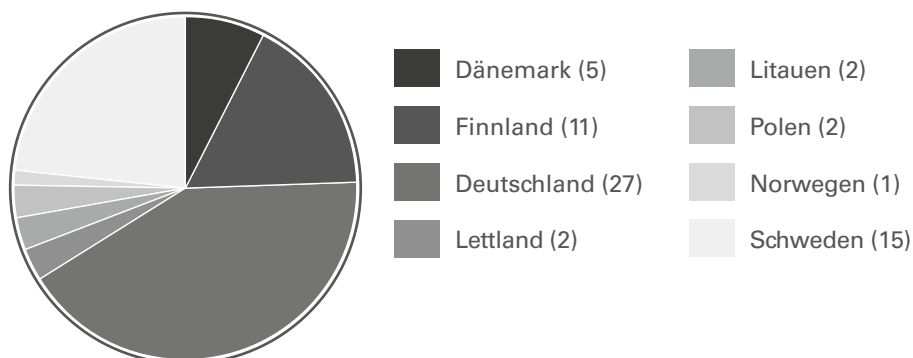
Rechtlicher Status der Projektpartner zum 31.12.2010



Alle genehmigten Projekte reichen zweimal pro Jahr einen Fortschrittsbericht über ihre Aktivitäten und Finanzen beim Programmsekretariat ein. Ausgewiesene Ergebnisse und Budgetverwendung werden umfangreich geprüft, bevor die beantragten EU-Fördermittel überwiesen werden.

Zwischen Januar und März 2010 konnten zum dritten Mal Anträge beim *Baltic Sea Region Programme* eingereicht werden. Der Begleitausschuss, der im Juni in Helsinki sowie im September 2010 in Kiel tagte, genehmigte schließlich 19 von insgesamt 61 Anträgen. Insgesamt wurden 47,9 Mio. € aus den Programmmitteln bewilligt. Damit erhöhte sich die Anzahl der bislang genehmigten Projekte auf 65, an denen mehr als 1.000 Projektpartner aus dem gesamten Ostseeraum beteiligt sind.

Anzahl der federführenden Partner nach Ländern zum 31.12.2010



Am 1. Dezember 2010 wurde im finnischen Jyväskylä die vierte und voraussichtlich letzte Antragsrunde eingeläutet. Den Rahmen bildete die Programmkonferenz des *Baltic Sea Region Programme 2007 – 2013* mit dem dynamischen Titel *The power of the Baltic Sea macro-region*. Mehr als 300 Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus dem Ostseeraum kamen zusammen, um sich über das neue Konzept der gezielten Förderung europäischer Makroregionen zu informieren.

Der Ostseeraum als Pilotregion: Hier wird die EU-Strategie umgesetzt, die der Europäische Rat als erstes makroregionales Entwicklungskonzept 2009 abgezeichnet hatte. Das *Baltic Sea Region Programme* ist intensiv an diesem Prozess beteiligt. So werden gezielt Projekte gefördert, die im Aktionsplan der Ostseeraumstrategie als wichtige Vorzeigeprojekte aufgelistet werden.

Zwar befinden sich die Projekte des *Baltic Sea Region Programme 2007 – 2013* zurzeit noch im Umsetzungsprozess, doch wird bereits diskutiert, wie die nächste Förderperiode 2014 – 2020 gestaltet werden soll. Denn die Antragsteller erwarten, dass die neuen Vorhaben pünktlich 2014 an den Start gehen können.

Das Budget für die Verwaltung des *Baltic Sea Region Programme*, die sogenannte *Technische Hilfe*, betrug im Jahr 2010 2,9 Mio. € und wurde anteilig aus den beteiligten EU-Fonds und norwegischen Mitteln gedeckt. Die Mittel der technischen Hilfe für den *Contact Point* des *South Baltic Programme* und den *INTERREG IVC Info Point* stammen aus dem *Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung* (EFRE).

South Baltic Programme: Weitere Antragsrunden und *Capacity Building*



Mit dem *South Baltic Programme* soll die grenzüberschreitende Zusammenarbeit im südlichen Ostseeraum gefördert werden. Zum Programmgebiet gehören an die Ostsee angrenzende Landkreise bzw. Gebiete aus den Ländern Dänemark, Deutschland, Litauen, Polen und Schweden. Außerdem wird die Region Kaliningrad mit einbezogen. Etwa 60,7 Mio. € EFRE-Gelder stehen zur Verfügung.

Für dieses Programm verwaltet die Investitionsbank einen regionalen Kontaktpunkt für Mecklenburg-Vorpommern, den *South Baltic Programme Contact Point*. Im Laufe des Jahres 2010 wurden zwei Antragsrunden durchgeführt. 24 Mio. € Förderung wurden durch den Lenkungsausschuss für neue Projekte bewilligt. Am Jahresende waren 71 Projektpartner aus Mecklenburg-Vorpommern an Projekten beteiligt, davon 12 als federführende Partner. Das *Capacity Building Project* hat 2010 gezielt solche Institutionen unterstützt, die Interesse an der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit im südlichen Ostseeraum bezeugen, jedoch über wenig Erfahrung mit der Vorbereitung und Umsetzung von Kooperationsprojekten verfügen. Diese Zielgruppe soll dadurch in die Lage versetzt werden, Projektideen in erfolgreiche Projektanträge umzusetzen.

2010 war die Kontaktstelle vor allem mit der Betreuung von Antragstellern beschäftigt. Darüber hinaus arbeitet sie eng mit dem Programmsekretariat in Gdansk (Polen) und dem Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus in Mecklenburg-Vorpommern zusammen. Außerdem werden Projektträger bei der Umsetzung ihrer Vorhaben unterstützt. Das Budget der Kontaktstelle belief sich im Jahr 2010 auf 42.250 €.

**INTERREG IVC: Große Nachfrage
auch in der dritten Antragsrunde**



Mit dem Förderprogramm *INTERREG IVC* wird im Zeitraum 2007 – 2013 die europaweite Kooperation der Regionen untereinander gefördert. Im Zentrum stehen hier der Erfahrungsaustausch und die Verbesserung des Know-hows regionaler Akteure. Damit soll vor allem schwach entwickelten Gebieten ein neues Instrumentarium an die Hand gegeben werden, um Regionalpolitik effektiver gestalten zu können. Die beiden Programmschwerpunkte *Innovation und Wissensgesellschaft* sowie *Umwelt und Risikovermeidung* leiten sich aus der europäischen Wachstums- und Nachhaltigkeitsstrategie ab. Das Fördervolumen beträgt 321,3 Mio. € aus dem EFRE.

Das Programmsekretariat für dieses Förderprogramm ist in Lille (Frankreich) angesiedelt. Dessen Arbeit wird von vier dezentralen *Info Points* unterstützt. Die Investitionsbank verwaltet den *Info Point North* in Rostock, der Antragsteller aus Skandinavien, Finnland, Deutschland und den baltischen Staaten betreut.

Die Hauptaufgaben des *Info Point* umfassten die Öffentlichkeitsarbeit, die Beratung von Antragstellern sowie die Bewertung von Projektanträgen der dritten Antragsrunde. Darüber hinaus wurde das Programmsekretariat in Lille bei der Verwaltung des Programms unterstützt. Das Budget des *Info Point* für 2010 betrug etwas mehr als 370.000 €.

In einer speziellen Antragsrunde für Projekte, die das Ziel verfolgen, eigene Projektergebnisse an interessierte Einrichtungen aus anderen EU-Staaten weiterzugeben, wurden 2010 insgesamt 29 Anträge eingereicht. Von diesen *Capitalisation Projects* genehmigte der Begleitausschuss – auf einer Sitzung im Juni 2010 in Madrid – sieben Projekte mit einem Fördervolumen von 9,9 Mio. €. Am Jahresende begannen die Vorbereitungen für die vierte und voraussichtlich letzte Antragsrunde in dieser Programmperiode.

EU-Förderprogramme mit Beteiligung der IB (Stand 31.12.2010)

EU-Programm/ Förderperiode	Fördermittel in Mio. €	Funktion der IB	Genehmigte Projekte	Anzahl der Antragsrunden
Baltic Sea Region Programme	EFRE: 195,6	MA, CA, JTS	65	3
	Norwegen: 5,3			
	ENPI: 20,3			
INTERREG IVC	EFRE: 321,3	Info Point	122	3
South Baltic Programme	EFRE: 60,7	Contact Point	35	5

Abkürzungen: MA – Managing Authority (Verwaltungsbehörde), CA – Certifying Authority (Prüfbehörde), JTS – Joint Technical Secretariat (Programmsekretariat)



Ausschnitt aus „Flaggen der Orchesterakademie“ von Tobias Duwe, 50 x 60 cm, Öl auf Leinwand, 2001



Kulturengagement der Investitionsbank – ein wichtiger Bestandteil der Unternehmensphilosophie

Kunst und Kultur sind Grundlagen jeder Gesellschaft. Um sie zu bewahren und für sie Entwicklungsmöglichkeiten zu bieten, ist finanzielles Engagement unumgänglich. Kulturelles Leben macht einen Standort attraktiv und verschafft ihm eindeutige Vorteile. Daher kommt Kulturförderung auch und gerade der Wirtschaft zugute. Als Förderbank im Norden gehört es daher zum Selbstverständnis und zu den Aufgaben der Investitionsbank, das Land und seine Kulturschaffenden zu stärken.

Das Engagement der Investitionsbank für regionale Kunst und Kultur geschieht im Rahmen der originären Arbeit, zum Beispiel durch Fördermittel aus dem Kommunalen Investitionsfonds und der Städtebaulichen Denkmalpflege. Darüber hinaus wird kostenlose Beratung und Finanzierung von Existenzgründungen in der Kulturwirtschaft angeboten.

An zweiter Stelle folgt das Sponsoring. Die langjährige Kooperation der Investitionsbank mit JazzBaltica, einem der renommiertesten Jazzfestivals Europas, konnte auch 2010 erfolgreich fortgesetzt werden. Im Vorfeld der Veranstaltung erlebten Gäste der Bank und der Festival-Freundeskreis wieder ein Preview-Konzert in der Investitionsbank; diesmal mit der norwegischen Sängerin Rebekka Bakken. Außerdem wurde 2010 zum dritten Mal der von der Investitionsbank gestiftete JazzBaltica-Förderpreis vergeben. Preisträgerin war die besonders talentierte norddeutsche Nachwuchs-Saxophonistin Charlotte Greve. Darüber hinaus hat die Investitionsbank im Juni 2010 das Pre-Opening-Konzert des Festivals in der Sankt-Petri-Kirche in Kopenhagen unterstützt, das auf Einladung des Ministers für Bildung und Kultur des Landes Schleswig-Holstein, Dr. Ekkehard Klug, des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland, Dr. Christoph Jessen, und des Botschafters der Republik Polen, Dr. Adam Halamski, stattfand.

Im Bereich Literatur unterstützt die Investitionsbank seit 2006 das Literaturhaus Schleswig-Holstein e. V. Damit fördert die Investitionsbank Projekte der landesweiten Literaturvermittlung und entwickelt gemeinsame Projekte für Kunden, Geschäftspartner und den Mitarbeiterstab. Auch im vergangenen Jahr wurde die Reihe attraktiver Veranstaltungen durch Lesungen und Buchpräsentationen fortgesetzt.

Ebenfalls seit 2006 veranstaltet die Investitionsbank gemeinsame Ausstellungen mit dem Schleswig-Holsteinischen Landtag. Nach der langjährigen „Paare“-Reihe wurde 2010 neues Terrain betreten und unter der Überschrift „Begegnungen“ eine Schau veranstaltet, die das verbindende Element von Kunst in den Mittelpunkt stellte. Die Werke schufen Tamer Serbay und Sakir Gökcebag, zwei türkische Künstler, die seit langem in Norddeutschland leben.

Im Rahmen des Sponsorings des Bundesverbandes Bildender Künstler, LV Schleswig-Holstein (BBK SH), wurden von diesem vier Ausstellungen in den Räumen der Investitionsbank organisiert. Zusätzlich unterstützte die Investitionsbank auch 2010 wieder eine Vielzahl regionaler Kulturinitiativen. Eine feste Größe bleibt der IB.Kunstkalender, der seit 1987 in einer Auflage von 2.500 Exemplaren erscheint und regionalen Künstlerinnen und Künstlern eine landesweite Verbreitung ermöglicht.

Seit 2009 fördert die Investitionsbank die Deutsche Gesellschaft für das hochbegabte Kind, Regionalverein Schleswig-Holstein e.V. Als Förderbank möchte die Investitionsbank dazu beitragen, dass junge Menschen ihre überdurchschnittlichen Fähigkeiten im Rahmen der JuniorAkademie in St. Peter-Ording ausbauen können. Dabei unterstützt die Investitionsbank besonders das kursübergreifende musikalische und künstlerische Angebot, das neben der fachlichen Qualifikation auch die soziale Kompetenz fördert.

Den dritten Part des Kulturengagements bilden kulturelle Angebote an die eigenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter – seit Langem eine feste Größe der hauseigenen Unternehmenskultur. Der 2003 ins Leben gerufene Kulturkreis der Investitionsbank lädt dazu ein, sich mit Kunst und Kultur auseinander zu setzen, an kulturellen Veranstaltungen teilzunehmen und die künstlerischen Belange der Bank mitzugestalten. Die Beschäftigung mit Kunst und Kultur ermöglicht eine kreative Auseinandersetzung mit unterschiedlichsten Themen und führt die Teilnehmer des Kulturkreises immer wieder zu neuen Ausdrucksmöglichkeiten. So werden Kunst und Kultur zu einem wichtigen Bestandteil der Kommunikation – intern wie extern.

Im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten wird die Investitionsbank ihr Kulturengagement auch 2011 fortsetzen.



Ausschnitt aus „Dalbe am Seegarten“ von Gretel Riemann, 50 x 60 cm, Öl auf Leinwand, 1975

Jahresabschluss



1. Geschäfts- und Rahmenbedingungen

1.1 Wirtschaftliches Umfeld

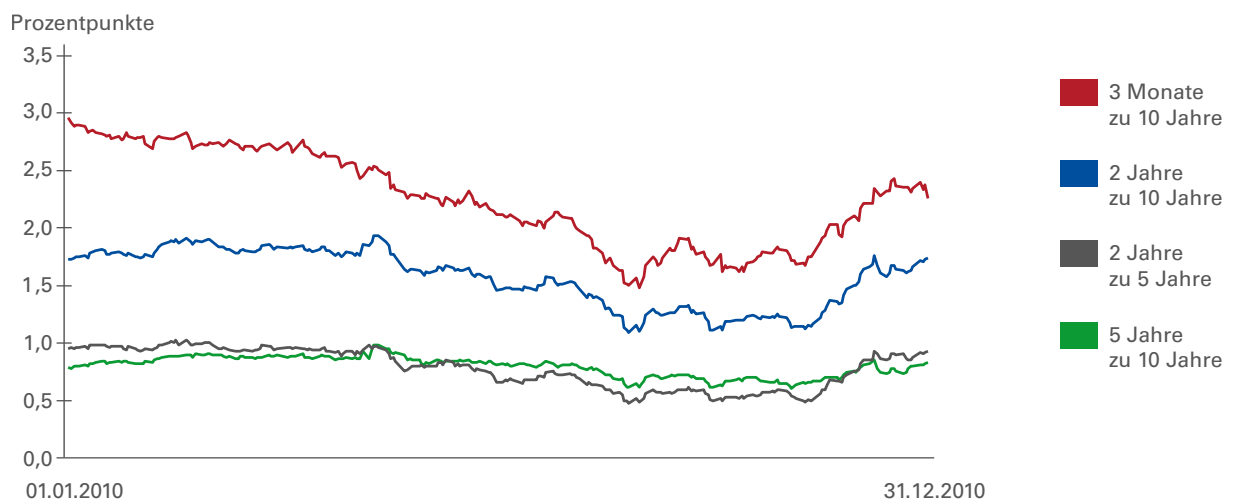
Mehr als drei Jahre nach ihrem Ausbruch ist die internationale Finanzkrise keineswegs überwunden. Das weltweite Finanzsystem wird weiterhin von einer ganzen Reihe teilweise miteinander verknüpfter Faktoren belastet. Neben mangelnder fiskalischer Disziplin in einzelnen Staaten besteht nach wie vor ein erheblicher struktureller Anpassungsbedarf. So steht eine Reihe von Staaten vor der Notwendigkeit, ihre Finanzlage zu konsolidieren. Zudem ist die Korrektur an den Immobilienmärkten zahlreicher Länder noch in vollem Gange.

Die Notenbanken haben weltweit mit einer ausgeprägten Liquiditäts- und Niedrigzinspolitik dazu beigetragen, das Finanzsystem zu stabilisieren und die Wirtschaftskrise einzudämmen. Von einer anhaltenden Niedrigzinsphase können aber problematische Anreize ausgehen, z. B. fördern anhaltend niedrige Zinsen den Trend zu kurzfristiger Refinanzierung und vermehrter Fristentransformation.

Die Risikolage deutscher Banken hat sich etwas entspannt, gleichzeitig hat die Risikotragfähigkeit zugenommen, und die Funktionsfähigkeit des Banksystems blieb zu jeder Zeit erhalten. Die zeitweilig befürchtete Kreditklemme blieb aus. Der kräftige Wirtschaftsaufschwung stützt die Bonität inländischer Schuldner. Das Vertrauen in das deutsche Bankensystem wird auch durch die vergleichsweise positive Lage der öffentlichen Haushalte in Deutschland gestützt.

Zu den Fortschritten auf dem Weg zu einem widerstandsfähigen Finanzsystem trägt maßgeblich die Weiterentwicklung des Regel- und Rahmenwerks bei. So werden sich durch „Basel III“ die Anforderungen an Banken insbesondere hinsichtlich der Kapitalanforderungen deutlich erhöhen.

Abb. 1: Spreadentwicklung der Swapzinssätze 2010 in Prozentpunkten



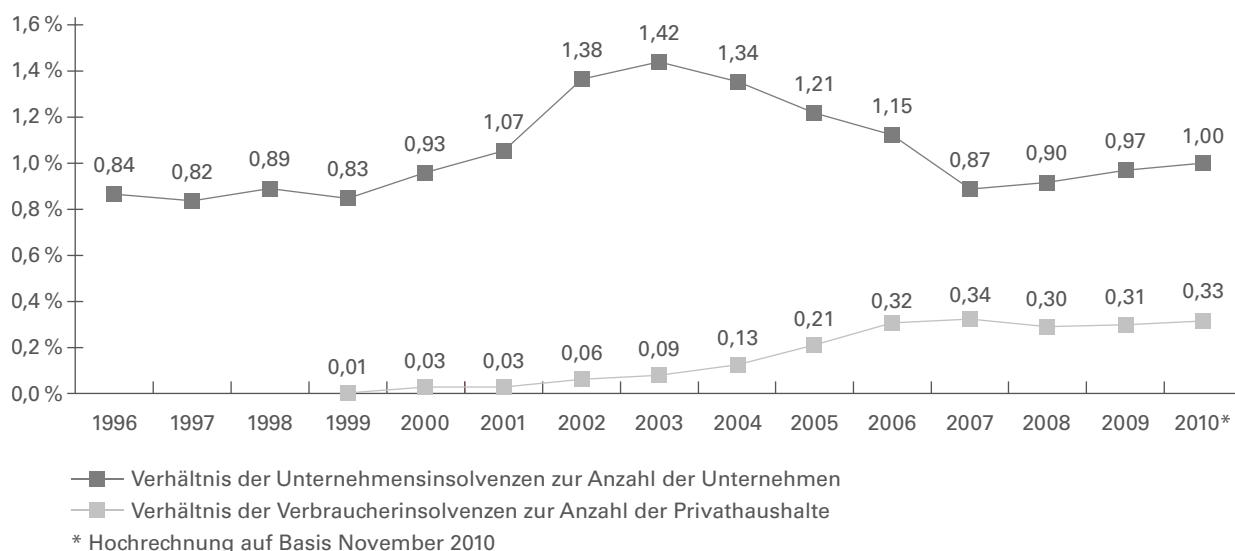
Seit dem 13.05.2009 hat die Europäische Zentralbank (EZB) ihren Leitzins unverändert bei 1 % belassen. Anlass zur Sorge bereiten insbesondere die Wachstumsunterschiede im Euroraum, die einen einheitlichen Leitzins für alle Länder des Euroraums zunehmend schwieriger machen.

In der Öffentlichkeit ist bei der Diskussion um die EU-Staatsfinanzen beinahe übersehen worden, dass die Trendwende bei den Renditen bereits vollzogen wurde und zu deutlichen Renditeanstiegen geführt hat. Die zehnjährigen Bund-Renditen sind gegenüber ihrem Tief vom 31.08.2010 von 2,09% bis Ende Dezember auf fast 2,97% gestiegen. Zudem haben sich die Inflationserwartungen des Marktes deutlich erhöht. Etwas überraschend ist, dass Bundesanleihen nicht mehr sichtbar von der zunehmenden Unsicherheit der Peripherie-Staaten profitieren konnten, wie dies noch im ersten Halbjahr der Fall war. Das Rendite-niveau wird also wieder zunehmend durch die normalen Faktoren Wachstums- und Inflationserwartungen bestimmt.

Im Jahr 2010 wuchs das Bruttoinlandsprodukt (BIP) in Deutschland um 3,6 (Vj. -4,7) %. Die wirtschaftliche Erholung erfolgte insbesondere im Frühjahr und Sommer und verlangsamte sich zum Ende des Jahres. Die Wachstumsimpulse kamen sowohl aus dem Außenhandel als auch aus der inländischen Nachfrage; Investitionen sowie privater und staatlicher Konsum stiegen jeweils an. In Schleswig-Holstein blieb das Wachstum im ersten Halbjahr 2010 deutlich hinter dem bundesdeutschen Durchschnitt zurück, wobei sich im Branchenvergleich deutliche Unterschiede und sogar gegenläufige Entwicklungen zeigten. So verzeichneten das Ernährungsgewerbe sowie der gesamte Dienstleistungsbereich deutliche Zuwächse, während der Maschinenbau sowie das Baugewerbe erneut Verluste hinnehmen musste.

Die Unternehmensinsolvenzen in Schleswig-Holstein lagen in den ersten 11 Monaten des abgelaufenen Jahres über dem Niveau des Vorjahreszeitraumes. Zu den Ursachen von Unternehmensinsolvenzen zählen insbesondere mangelnde Auftragslagen bzw. Stornierungen und Verschiebungen von bereits erteilten Aufträgen. Auch bei den Verbraucherinsolvenzen wird für das Jahr 2010 im Verhältnis zur Anzahl der Privathaushalte in Schleswig-Holstein ein Anstieg erwartet. Dieser Entwicklung folgend, waren im Geschäftsjahr 2010 im Vergleich zum Vorjahr insgesamt leicht gestiegene Zuführungen zu den Einzelwertberichtigungen und Rückstellungen im Kreditgeschäft erforderlich.

Abb. 2: Insolvenzentwicklung in Schleswig-Holstein 1996 bis 2010



1.2 Betriebliche Entwicklung

Die Investitionsbank Schleswig-Holstein (IB) wurde am 01.06.2003 durch Landesgesetz als rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts errichtet.¹ Alleiniger Träger der IB ist das Land Schleswig-Holstein. Die IB unterstützt als zentrales Förderinstitut das Land Schleswig-Holstein bei der Erfüllung öffentlicher und im öffentlichen Interesse liegender Aufgaben.

Im Rahmen seiner Haushaltsgesetzgebung (Haushaltsbegleitgesetz) hat das Land Schleswig-Holstein in der Landtagssitzung vom 15.12.2010 Änderungen des Investitionsbankgesetzes beschlossen. Die Änderungen betreffen im Wesentlichen die Erweiterung von Fördermöglichkeiten im bisherigen Zweckvermögen Wohnraumförderung sowie die Verschlinkung der Gremienstruktur und Entscheidungsprozesse der IB, insbesondere durch Abschaffung der Gewährträgersammlung und Übertragung der Aufgaben überwiegend auf den Verwaltungsrat. Die Änderungen gelten ab dem 01.01.2011.

In 2009 erfolgte der offizielle Auftakt für den Prozess „VISION 2015“. Mit der zentralen Formulierung „IB – die Förderbank im Norden“ wird die Zielsetzung beschrieben, unter Mitwirkung aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nachhaltige, operative Effekte zur Weiterentwicklung der Unternehmensperspektive zu erreichen. Die „VISION 2015“ ist ein zentraler Baustein der Gesamtbankstrategie der IB, deren Architektur im nachfolgenden Schaubild dargestellt ist. Im Rahmen der Umsetzung der 3. Novellierung der Mindestanforderungen an das Risikomanagement (MaRisk) erfolgt eine Überprüfung der einzelnen Strategiebausteine sowie der Dokumentation des Strategieprozesses.

¹) § 1 Abs. 1 des Gesetzes über die Errichtung der Investitionsbank Schleswig-Holstein als rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts (Investitionsbankgesetz – IBG) vom 7. Mai 2003 (GVOBl. Schl.-H. S. 206/211 ff.)

Abb. 3: Strategiearchitektur der IB



Die IB ist in 2009 der DV-Förderbankenkooperation beigetreten. Das Ziel dieser Kooperation mit mittlerweile zehn Förderinstituten aus ganz Deutschland besteht darin, durch gemeinsame Anforderungsdefinition und Auftragsvergabe ein stabiles IT-System zu gewährleisten sowie wesentliche Kostensenkungen im Bereich der IT zu erzielen. Parallel wurde die Einführung der kooperations-eigenen Softwarelösung ABAKUS (Aktuelles Förderbanken Antrags- und Kundensystem) im Rahmen des Projektes „IB.ABAKUS“ weiter fortgesetzt. Die Produktivsetzung der neuen Kernbankanwendung erfolgte im August 2010.

Die Investitionstätigkeit sowie die interne Projektarbeit in 2010 wurden maßgeblich durch dieses Projekt geprägt. Die hierfür getätigten Investitionen wurden größtenteils als Aufwand des Geschäftsjahres erfasst.

Zum 31.12.2010 beschäftigte die IB 283 (Vj. 266) Mitarbeiterinnen und 203 (Vj.194) Mitarbeiter (insg. 486, Vj. 460), davon 371 (Vj. 346) Vollzeitkräfte und 115 (Vj. 114) Teilzeitkräfte. In den Beschäftigungszahlen enthalten sind der Vorstand sowie 16 (Vj. 14) Auszubildende und 5 (Vj. 1) Trainee. Das Durchschnittsalter lag bei 43,3 (Vj. 43,3) Jahren, die durchschnittliche Betriebszugehörigkeit betrug 14,0 (Vj. 14,2) Jahre.

Zum 30.09.2010 ist der bisherige Vorstandsvorsitzende, Herr Lutz Koopmann, aus der IB ausgeschieden. Zum 01.10.2010 wurden die Herren Erk Westermann-Lammers (Vorsitzender) und Dr. Michael Adamska als neue Vorstände berufen. Das Vorstandsmitglied Herr Dr. Klaus Rave ist am 31.01.2011 aus der IB ausgeschieden. In diesem Zusammenhang wurden die Zuständigkeiten der Vorstandsmitglieder zum 01.02.2011 neu zugeordnet.

Im Jahr 2010 wurden 6 Auszubildende eingestellt. Die IB bildet in den Ausbildungsgängen Bankkauffrau/-mann, Bürokauffrau/-mann, Bachelor of Arts und Bachelor of Science aus. Darüber hinaus umfasst das Ausbildungsangebot Trainee-Programme, Rechtsreferendariate sowie Praktikumsplätze.

Zur Sicherung der Mitarbeiterqualifikation werden kontinuierlich Schulungsveranstaltungen durchgeführt. Im Jahr 2010 fanden 1.662 (Vj. 792) interne und externe Weiterbildungs- und Schulungsmaßnahmen statt. Der Anstieg beruht vor allem auf den mit der Einführung von SAP/ABAKUS verbundenen Schulungsmaßnahmen.

1.3 Geschäftsverlauf

Das Neugeschäftsvolumen bildet einen zentralen finanziellen Leistungsindikator für die Beurteilung der Fördertätigkeit der IB. Im Geschäftsjahr 2010 wurde ein Neugeschäftsvolumen von insgesamt 2.997,1 (Vj. 2.677,9) Mio. € erzielt. Dies entspricht einer Steigerung gegenüber dem Vorjahr von rd. 12%. Der Förderbestand zum 31.12.2010 erhöhte sich auf 14,3 (Vj.13,0) Mrd. €. Von dem Neugeschäftsvolumen entfallen 88 (Vj. 86)% auf Darlehen und Bürgschaften sowie 12 (Vj. 14)% auf Zuschüsse.

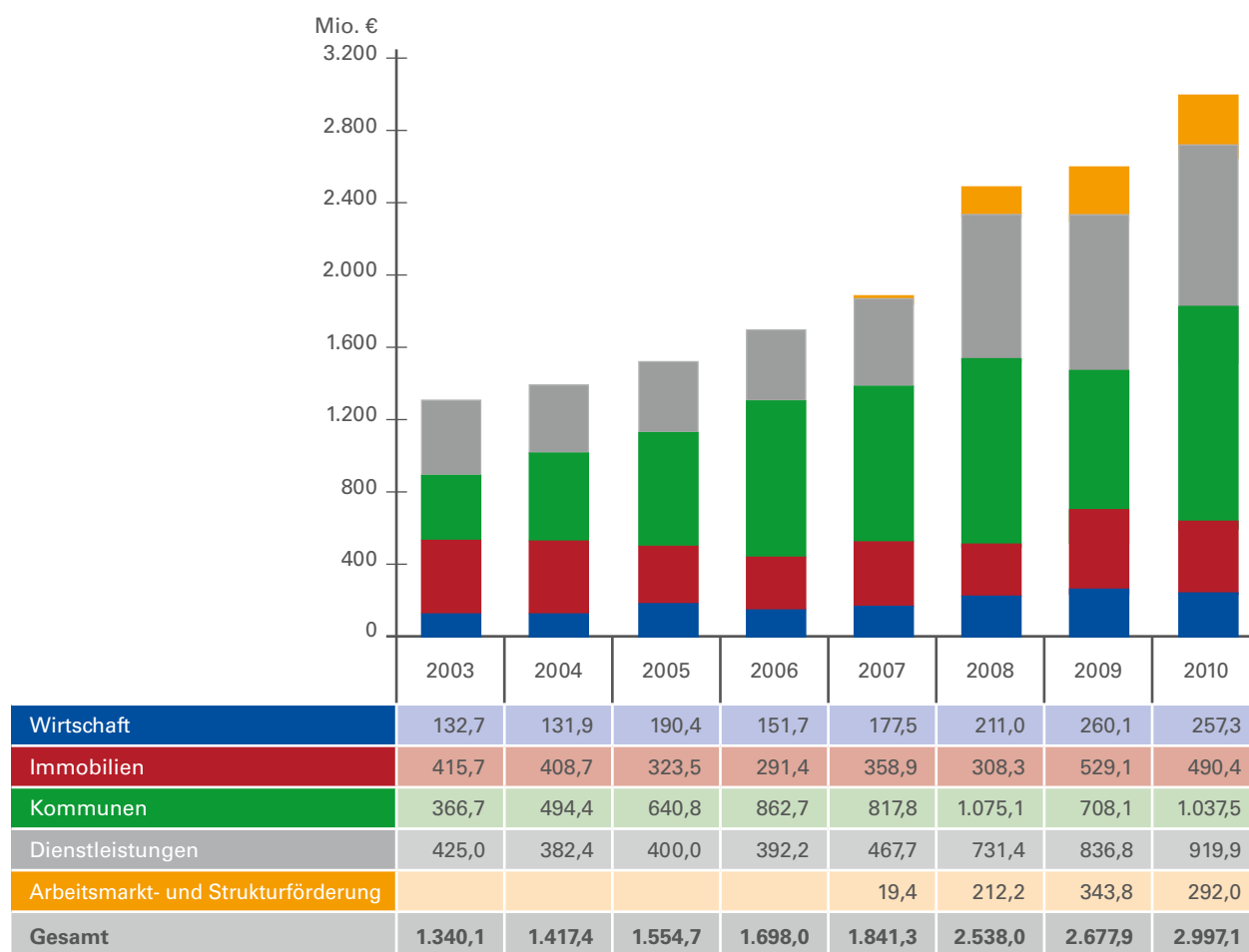
Die Marktbereiche der IB sind in die Sparten Immobilien, Wirtschaft, Kommunen sowie Arbeitsmarkt- und Strukturförderung unterteilt. Leistungen, die keiner dieser Sparten zugeordnet sind, werden in der Sparte Dienstleistungen zusammengefasst; hierzu zählen insbesondere die Durchleitung von Programmkrediten sowie das Refinanzierungsgeschäft mit Banken und Sparkassen.

Die Sparte **Wirtschaft** erzielte ein Neugeschäftsvolumen von 257,3 (Vj. 260,0) Mio. €. Dies entspricht einem Anteil am gesamten Neugeschäft von rd. 9 (Vj. 10)%.

In der Förderberatung Wirtschaft gab es 2010 bei den Existenzgründungen einen Rückgang der Beratungsfälle um 4,8 (Vj. Anstieg um 4,5)%. Die Anzahl der Beratungen von kleinen und mittleren Unternehmen sank um 19,0 (Vj. Anstieg um 1,8)%. Die Ursache liegt in beiden Fällen im wirtschaftlichen Aufschwung begründet. Einerseits verringert sich bei sinkender Arbeitslosigkeit erfahrungsgemäß das Interesse an Existenzgründungen, andererseits sank der Beratungsbedarf hinsichtlich konjunkturbedingtem Liquiditätsbedarf. Daneben wurden im Geschäftsjahr 139 (Vj. 120) dezentrale Informationsveranstaltungen bzw. Sprechtag an 25 verschiedenen Orten in Schleswig-Holstein durchgeführt.

Wie bereits im Vorjahr erlebte die Sparte in 2010 eine starke Nachfrage nach Darlehen und Bürgschaften im Rahmen der Risikoteilung gemeinsam mit den Hausbanken. Insbesondere bei den erneuerbaren Energien wurde die IB stärker als im Vorjahr in Finanzierungen eingebunden. Die Zusammenarbeit mit den Sparkassen und Genossenschaftsbanken hat sich weiter gefestigt; wie im Vorjahr waren die Sparkassen die Konsortialpartner mit dem größten Abschlussvolumen. Das Volumen mit den Genossenschaftsbanken konnte wiederum ausgeweitet werden.

Abb. 4: Neugeschäftsentwicklung 2003 bis 2010 nach Sparten in Mio. €



Ein Finanzierungsschwerpunkt lag im Bereich der Energieversorgung, insbesondere bei den erneuerbaren Energien. Darüber hinaus wurden Investitionen in der Schwerpunktsbranche der letzten Jahre, dem verarbeitenden Gewerbe, sowie von Handelsunternehmen begleitet. Im Geschäftsfeld Landwirtschaft konnte sich die IB als kompetenter Finanzierungspartner positionieren. Es wurden Finanzierungsvorhaben in allen Kreisen des Landes unterstützt.

Im Bereich der Existenzfestigung wurden überwiegend Betriebsmittel, die größtenteils zur Bewältigung von Krisensituationen infolge der Finanz- und Wirtschaftskrise benötigt wurden, finanziert. Auf dem Gebiet der Existenzgründungen (Starthilfe Schleswig-Holstein) lagen die Antragszahlen auf dem hohen Niveau des Vorjahres.

Der unter Einbindung von Geldern der Europäischen Union aus dem „Europäischen Fonds für regionale Entwicklung“ (EFRE) eingerichtete EFRE-Risikokapitalfonds II hat auch in 2010 Unternehmen in Schleswig-Holstein erfolgreich begleitet. Bis Ende des Jahres wurden insgesamt an rd. 122 Unternehmen überwiegend stille Beteiligungen bewilligt. Dabei konnten Gesamtinvestitionen von rd. 217 Mio. € unterstützt werden.

Auch der in 2008 gemeinsam mit dem Land sowie Banken und Sparkassen aus allen Institutsgruppen aufgelegte „Mittelstandsfonds Schleswig-Holstein“ konnte sich weiter gut positionieren. Bis Ende 2010 wurden insgesamt 13 Beteiligungen platziert. Zielgruppe dieses Fonds sind wachstumsstarke etablierte mittelständische Unternehmen aus Schleswig-Holstein, die für die klassische Wirtschaftsförderung eher zu groß und andererseits für die großen privaten Kapitalbeteiligungsgesellschaften zu klein sind.

Im Rahmen der „Mittelstandsoffensive“ des Landes ist die IB maßgeblich an der „SH-Finanzierungsinitiative für Stabilität und Wachstum“ der schleswig-holsteinischen Förderinstitute beteiligt. Ziel ist es, Unternehmen in Schleswig-Holstein einen schnellen und einfachen Zugang zu Finanzierungen zu ermöglichen.

Die Sparte **Immobilien** erzielte ein Neugeschäftsvolumen von 490,4 (Vj. 529,1) Mio. €. Der Anteil der Sparte am gesamten Neugeschäft beträgt rd. 16 (Vj. 20)%.

Das Mengengeschäft war insgesamt geprägt durch die gute Verbraucherstimmung sowie die nach wie vor günstigen Kapitalmarktkonditionen in Kombination mit dem Förderangebot des Landes und insbesondere der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW). In der Sozialen Wohnraumförderung führte die in 2009 erfolgte Anpassung der Förderung von Gebrauchtimmobiliien an die höheren energetischen Standards zu einem relativen Rückgang der Inanspruchnahme dieser Fördermöglichkeiten.

Der Absatz insbesondere der Modernisierungsmittel der KfW verlief in 2010 gut. Der Anteil der gesamten KfW Mittel stellt 2010 rd. 64 (Vj. 58)% des Gesamtneugeschäftsvolumens in diesem Segment dar.

Im Individualgeschäft gestalten sich die Finanzierungsfälle zunehmend komplexer. Dabei ist eine frühzeitige Einplanung der Finanzierungsmittel notwendig, deren Inanspruchnahme erfolgt jedoch häufig zeitverzögert.

In der Sozialen Wohnraumförderung wurden die laut Programmerrlass für 2010 zur Verfügung stehenden Mittel aufgestockt, um die bestehende Nachfrage in Abstimmung mit dem Land und den Kommunen zu befriedigen. Der Schwerpunkt im Individualgeschäft lag im Neubau.

In der Städtebauförderung lag der Schwerpunkt im Einsatz der bewilligten Mittel. Neben den bisherigen Standardprogrammen „Sanierung und Entwicklung“, „Soziale Stadt“, „Stadtumbau West“, „Aktive Stadt- und Ortsteilzentren“ und „Städtebaulicher Denkmalschutz“ erfolgt hier auch die Abwicklung der Förderbereiche „Städtebau und kommunale Straßen“ des Zukunftsinvestitionsprogramms 2009 – 2011 (Konjunkturpaket II).

Im Auftrag des Landes unterstützt die Energieagentur im Rahmen eines Projektes die Förderung der Windenergie und anderer erneuerbarer Energien in

Marokko. Daraus sollen wirtschaftsfördernde und wertschöpfende Maßnahmen initiiert und damit auch für Unternehmen aus Schleswig-Holstein Absatz- und Investitionsmöglichkeiten generiert werden.

Die Sparte **Kommunen** erzielte ein Neugeschäft von 1.037,5 (Vj.708,1) Mio. €. Der Anteil der Sparte am gesamten Neugeschäftsvolumen betrug rd. 34% (Vj. 26%).

Die deutliche Steigerung gegenüber dem Vorjahr ist insbesondere auf das Kommunalkreditgeschäft zurückzuführen. Gründe hierfür liegen in der Haushaltslage der Kommunen aufgrund sinkender Steuereinnahmen und steigender Ausgaben, insbesondere im Zusammenhang mit der Umsetzung von Maßnahmen im Rahmen des Konjunkturpaketes II sowie in Vorzieheffekten aufgrund der historisch niedrigen langfristigen Zinsen.

Die Entwicklung im Bereich Öffentlich-Private-Partnerschaften (ÖPP) wurde in 2010 weiterhin durch die Finanzmarktkrise sowie durch das Konjunkturpaket II geprägt. Einerseits erschwerten die Finanzierungsbedingungen trotz der geringen Basiszinsen eine weitere Geschäftsbelebung, andererseits dämpften die Konjunkturprogramme das Interesse an alternativen Finanzierungsvarianten.

Die IB vertritt die Landesinteressen im förderalen ÖPP-Kompetenznetzwerk sowie im Bund-Länder-Netzwerk.

Die Sparte **Dienstleistungen** erzielte ein Neugeschäft von 919,9 (Vj. 836,8) Mio. €. Der Anteil der Sparte Dienstleistungen am gesamten Neugeschäftsvolumen beträgt rd. 31 (Vj. 31)%.

Maßgeblich für die erneute Steigerung sind insbesondere die günstigen Mittel für Investitionen in Energie erzeugende Maßnahmen.

Im Rahmen von Einzel- und Globalrefinanzierungen wurden wiederum zinsgünstige Mittel im Volumen von 85,4 (Vj. 161,1) Mio. € an Kreditinstitute zur Weitergabe insbesondere an Unternehmen vergeben. Zusammen mit den direkten Mitteln der Sparte Wirtschaft hat die IB im Jahr 2010 der mittelständischen Wirtschaft insgesamt 342,7 (Vj. 421,2) Mio. € zur Verfügung gestellt. Hiermit konnte wiederum einem Teil der Verwerfungen infolge der Finanzmarktkrise entgegengewirkt und dazu beigetragen werden, eine Kreditklemme in Schleswig-Holstein zu verhindern.

In der Sparte **Arbeitsmarkt- und Strukturförderung** wurde im Geschäftsjahr 2010 ein Neugeschäftsvolumen von 292,0 (Vj. 343,8) Mio. € erreicht. Dies entspricht einem Anteil am Gesamtneugeschäft von rd. 10 (Vj. 13)%.

Im Bereich Strukturförderung lagen die Schwerpunkte in den auf die IB übertragenen Förderaufgaben für die Maßnahmen der Bildungsinfrastruktur aus dem Zukunftsinvestitionsgesetz, des Landesschulbauprogramms, der Investitionspakte 2008 und 2009 sowie des Zukunftsprogramms Wirtschaft. In der

einzelbetrieblichen Investitionsförderung innerhalb des Zukunftsprogramms Wirtschaft hat die Landesregierung Mitte 2010 die Fördergebietskulisse eingeschränkt, so dass das Bewilligungsvolumen in diesem Förderbereich bis zum Ende der Programmperiode zurückgehen wird.

Anfang 2010 wurde mit Vorlage des Abschlussberichtes zum Regionalprogramm 2000 die alte Förderperiode weitgehend abgeschlossen.

Im Bereich Arbeitsmarktförderung lagen die Schwerpunkte in den Maßnahmen zur Förderung der Ausbildungsplatzakquisition und in den Ideenwettbewerben zur Integration von langzeitarbeitslosen Alleinerziehenden sowie Geringqualifizierten.

Die 2008 übertragenen Aufgaben im Bereich der Umsetzung des Schleswig-Holstein-Fonds wurden im Jahr 2010 vollständig abgewickelt.

Im Bereich des Aufstiegsfortbildungsgesetzes (AFBG, „Meister-BAföG“) hat sich der Trend der vergangenen Jahre auch in 2010 weiter fortgesetzt. Die Erweiterung der förderfähigen Fortbildungen und eine deutliche Verbesserung bei den Leistungen haben zu einem weiteren Anstieg der Bewilligungen geführt. Im Rahmen des AFBG werden Fortbildungsmaßnahmen aus Mitteln des Bundes und des Landes unterstützt und erleichtern qualifizierten Fachkräften einen beruflichen Aufstieg.

Das 2008 von der EU-Kommission initiierte Enterprise Europe Network (EEN) war auch 2010 zentrale Anlaufstelle für Wirtschaft und Wissenschaft bei allen Fragen zu EU-Förderprogrammen, Technologietransfer in Europa und EU-Kooperationen. Der Bereich „IB.Europa“ koordiniert das Netzwerk für Hamburg und Schleswig-Holstein und bietet die Dienstleistungen zusammen mit der Wirtschaftsförderung und Technologietransfer Schleswig-Holstein GmbH, der Tutech Innovation GmbH (Hamburg) und der Innovationsstiftung Hamburg an.

„IB. Europa“ informierte 2010 in 50 eigenen und mit Kooperationspartnern organisierten Veranstaltungen über EU-Fördermöglichkeiten, beriet 1.000 (Vj.1.014) Unternehmen und öffentliche Einrichtungen über EU-Förderprogramme und unterstützte diese bei der Beantragung der Fördermittel. Themenschwerpunkte der Beratungen waren die Bereiche Energie, Umwelt, Verkehr, Forschung und Entwicklung sowie Strukturfonds.

Die IB ist auch in der aktuellen EU-Förderperiode im Rahmen des EU-Ostseeprogramms 2007–2013 (Baltic Sea Region Programme, BSR) für die Förderung der transnationalen Zusammenarbeit im Ostseeraum zuständig. Gemeinsam mit der ebenfalls in der IB angesiedelten Bescheinigungsbehörde (Certifying Authority) und den Programmsekretariaten in Rostock und Riga bereitete die Verwaltungsbehörde (Managing Authority) zwei neue Antragsrunden vor. In den nun insgesamt 65 Projekten sind 1.074 Partner aus 13 Ländern involviert. Die vierte und voraussichtlich letzte Antragsrunde wurde im Januar 2011 eröffnet.

Darüber hinaus unterstützt die IB mit ihrer Repräsentanz in Brüssel das Land Schleswig-Holstein beim Projekt- und Finanzmanagement des INTERREG IVC Projektes RENREN (Renewable Energy Regions Network).

Zusammenfassend ist festzustellen, dass die IB mit ihren Neugeschäftsaktivitäten wiederum einen Beitrag zur guten strukturellen Entwicklung in Schleswig-Holstein geleistet hat sowie zur Vermeidung einer Kreditklemme oder Finanzierungsproblemen bei wichtigen Investitionen beitragen konnte.

2. Ertragslage

Die Ertragslage der IB hat sich im Geschäftsjahr 2010 insgesamt erfreulich entwickelt. Das Geschäftsergebnis zeigt einschließlich der einzelnen Ergebniskomponenten folgende Entwicklung.

Abb. 5: Ergebnisentwicklung 2003 bis 2010 in Mio. €

	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010
Zinsüberschuss	49,7	56,4	57,9	58,0	58,6	62,8	72,0	88,3
Provisionsüberschuss	2,0	2,0	2,6	2,5	2,9	3,5	4,2	4,1
sonstiger betrieblicher Überschuss	9,0	6,8	8,6	11,7	12,4	12,0	16,5	14,8
Summe der Erträge	60,7	65,2	69,1	72,2	73,9	78,3	92,7	107,2
Personalaufwendungen	-21,7	-23,5	-25,1	-25,8	-26,4	-27,1	-30,5	-31,0
andere Verwaltungsaufwendungen	-12,5	-12,4	-12,6	-12,6	-12,4	-12,2	-12,4	-14,1
Abschreibungen	-1,0	-1,0	-1,3	-1,6	-1,6	-1,6	-1,5	-1,5
Summe der Aufwendungen	-35,2	-36,9	-39,0	-40,0	-40,4	-40,9	-44,4	-46,6
Ergebnis vor Risikovorsorge / Bewertung und Sondereffekten	25,5	28,3	30,1	32,2	33,5	37,4	48,3	60,6
Risikovorsorge/Bewertung	-24,1	-23,4	-28,4	-25,8	-29,5	-34,5	-41,7	-53,9
Sondereffekte	3,6	0,0	3,4	-0,5	1,9	3,5	0,3	-3,7
Jahresüberschuss	5,0	4,9	5,1	5,9	5,9	6,4	6,9	3,0

Die gewählte Darstellung des Jahresergebnisses folgt betriebswirtschaftlichen Kriterien. Insbesondere wurden Ertrags- und Aufwandspositionen zusammengefasst und als Überschusspositionen dargestellt. Aperiodische und betriebsfremde Einflüsse sowie Einflüsse mit außergewöhnlichem Charakter wurden in einer gesonderten Position „Sondereffekte“ ausgewiesen.

Der Ergebnisbeitrag der Marktbereiche im Zinsüberschuss stieg aufgrund des erfreulichen Neugeschäftswachstums und des damit verbundenen Bestandsaufbaus. Im Wertpapierergebnis konnten deutliche Ergebniszuwächse gegenüber dem vorherigen Geschäftsjahr erzielt werden. Hier spiegeln sich auch die im abgelaufenen Geschäftsjahr für die IB positiven Geld- und Kapitalmarktbedingungen wider.

Der sonstige betriebliche Überschuss beinhaltet im Wesentlichen die Kosten-erstattungen für die Bearbeitung von Landes- und EU-Programmen sowie die sonstigen betrieblichen Erträge und Aufwendungen, die per Saldo 6,6 (Vj. 8,8) Mio. € betragen, weiterhin Erträge aus den Beteiligungen an der Nordwest-Lotto GmbH & Co. KG (NordwestLotto), der Landgesellschaft Schleswig-Holstein GmbH (LGSH) sowie der MBG Mittelständische Beteiligungsgesellschaft Schleswig-Holstein mbH (MBG) in Höhe von zusammen 8,2 (Vj. 7,7) Mio. €. Der Anstieg im Beteiligungsergebnis ist auf höhere Jahresergebnisse bei allen Beteiligungen zurückzuführen. In den sonstigen betrieblichen Aufwendungen sind Abzinseffekte aus der Bewertung von Pensionsrückstellungen enthalten.

Die Risikovorsorge/Bewertung enthält die Nettoneuzuführungen zu den Wertberichtigungen und Rückstellungen im Kreditgeschäft, Zuführungen zu den Vorsorgereserven nach § 340f HGB sowie Nettoaufwendungen aus der Auflösung und Dotierung im Fonds für Zinsausgleich. Der Anstieg der Risikovorsorge gegenüber dem Vorjahr ist insbesondere auf eine deutlich höhere Zuführung zu den Vorsorgereserven nach § 340f HGB zurückzuführen.

Die Sondereffekte beinhalten Projektaufwendungen aus der Einführung von SAP/ ABAKUS, Sondererträge aus der vorzeitigen Auflösung derivativer Finanzinstrumente und Aufwendungen aus der Abzinsung langfristiger Forderungen. Die Position enthält darüber hinaus Aufwendungen aus Zuführungen zu Pensions- und Beihilferückstellungen im Rahmen der Umsetzung des Bilanzrechtsmodernisierungsgesetzes (BilMoG). Die IB hat die Wahlmöglichkeit, die nach BilMoG erforderlichen zusätzlichen Zuführungen zu den Pensionsrückstellungen auf 15 Jahre zu verteilen, nicht in Anspruch genommen.

Der Jahresüberschuss beträgt 3,0 (Vj. 6,9) Mio. €. Dem Verwaltungsrat wird vorgeschlagen, den Betrag an das Land Schleswig-Holstein auszuschütten.

3. Finanzlage

Die IB war im Jahr 2010 jederzeit in der Lage, ihren Zahlungsverpflichtungen nachzukommen. Die Zahlungsfähigkeit der IB wird anhand des Liquiditätsgrundsatzes gem. Liquiditätsverordnung (LiqV) überwacht. Die aufsichtsrechtlich vorgegebene Untergrenze dieser Kennziffer von 1,0 wurde zu keinem Zeitpunkt unterschritten. Die bei der Deutschen Bundesbank zu unterhaltende Mindestreserve wurde eingehalten.

Die Refinanzierung des Fördergeschäfts erfolgte im Wesentlichen mit Mitteln der KfW. Wie schon im Vorjahr wurde auch im Jahr 2010 der Kapitalmarkt zum Teil direkt in Anspruch genommen.

Für die Refinanzierung von Infrastrukturmaßnahmen im ländlichen Raum gewinnt die Landwirtschaftliche Rentenbank (LR) für die IB weiter an Bedeutung. So wurde mit der LR in 2010 ein weiterer Rahmenvertrag abgeschlossen.

Im Jahr 2009 wurden Kontakte zur Council of Europe Development Bank (Entwicklungsbank des Europarates, CEB) mit dem Ziel einer weiteren Verbreiterung der Refinanzierungsbasis aufgenommen. Der Vertrag ist zwischenzeitlich endverhandelt und unterzeichnet worden.

Wie auch in den Vorjahren wurden Zinsswapgeschäfte eingesetzt, um das Zinsrisiko aus dem Kreditgeschäft aktiv zu steuern. Das abgeschlossene Swapvolumen ist weiter erhöht worden; offene Positionen wurden kontinuierlich zurückgeführt.

Umfangreiche zentralbankfähige Aktiva gewährleisten eine stabile Refinanzierungssituation der IB. Darüber hinaus ist aufgrund der Gewährträgerhaftung und Anstaltslast des Landes Schleswig-Holstein die Möglichkeit einer jederzeitigen Refinanzierung gewährleistet, da die Adresse IB bei den Kredit gewährenden Instituten zu keiner Eigenkapitalanrechnung führt.

4. Vermögenslage

Die Bilanzsumme der IB hat sich zum 31.12.2010 um rd. 4% auf 17,4 (Vj. 16,7) Mrd. € erhöht. Die wesentlichen Veränderungen der Bilanz- und Unterstrichpositionen werden im Folgenden näher erläutert.

Die Forderungen an Kunden erhöhten sich infolge des Neugeschäftsverlaufs.

Der Bestand an Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren wurde in 2010 weiter konsolidiert. Dabei wurde bei den Neuengagements neben hoher Adressenqualität vor allem auf Diversifizierung der Anlagenstruktur Wert gelegt.

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten erhöhten sich um die für die Ausweitung des Aktivgeschäfts erforderliche Refinanzierung.

Die passiven Rechnungsabgrenzungsposten reduzierten sich aufgrund ihrer planmäßigen Auflösung und des geringeren Neugeschäftes bei den Disagioprodukten im Bereich Immobilien.

Der Kapitalrücklage wurden im Rahmen des Entflechtungsgesetzes (EntflechtG) Haushaltsmittel des Bundes in Höhe von 12,6 Mio. € zugeführt. Mit Beschluss der Gewährträgerversammlung vom 09.06.2010 wurden aus dem Bilanzgewinn 2009 ein Betrag in Höhe von 4,9 (Vj. 4,9) Mio. € in die Gewinnrücklage eingestellt sowie 2,0 (Vj. 1,5) Mio. € an das Land Schleswig-Holstein ausgeschüttet. Zum 31.12.2010 wird ein Eigenkapital in Höhe von 1.094,5 (Vj. 1.080,8) Mio. € ausgewiesen. Dieses enthält einen Bilanzgewinn in Höhe von 3,0 (Vj. 6,9) Mio. €.

Zusammenfassend ist festzustellen, dass die wirtschaftliche Lage geordnet ist und den an die IB gestellten Anforderungen entspricht.

5. Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Bilanzstichtag

Vorgänge von besonderer Bedeutung für die Beurteilung der Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage sind im Zeitraum nach dem 31.12.2010 bis zum Berichtsabschluss nicht eingetreten.

6. Risikobericht

6.1 Gesamtbank- und Risikostrategie

Wie in den Vorjahren hat die Bank ihre rollierende Gesamtbankstrategie mit einem fünfjährigen Zeithorizont im Berichtsjahr überarbeitet. In diesen Prozess werden alle Bereiche der Bank eingebunden, die den Vorstand hinsichtlich der Ziele, Einzelstrategien und Maßnahmen bei der Festlegung der Strategien unterstützen.

Basierend auf einer Analyse der Ausgangssituation sowie den Erwartungen für die zukünftigen Entwicklungen formuliert die Bank die förderpolitischen Ziele. Diese leiten sich überwiegend aus dem Investitionsbankgesetz (IBG) ab und stellen Aufgabenübertragungen des Landes Schleswig-Holstein dar, die z. B. der Schaffung und dem Erhalt von Arbeitsplätzen aber auch einer intakten Umwelt dienen, der Sicherstellung der Wohnraumversorgung oder der Kreditvergabemöglichkeit der Kreditinstitute im Land, der Gründung oder Erhaltung förderungswürdiger Unternehmen und der Verbesserung der kommunalen Infrastruktur.

Im Rahmen der wirtschaftlichen Ziele werden ausgehend von historischen Werten sowie mittelfristigen Plandaten Schwankungsbreiten definiert, in denen sich das Betriebsergebnis vor Risikovorsorge bewegen darf.

Die Risikostrategie beschreibt das Gesamtrisikoprofil der Bank unter Berücksichtigung des Risikotragfähigkeitskonzepts. Die aktuelle Risikostrategie berücksichtigt die gesamte Geschäftstätigkeit des Instituts und beinhaltet explizit die Risikoarten Adressenausfallrisiko, Marktpreisrisiko, Liquiditätsrisiko sowie Operationelle Risiken.

Die IB bewegt sich innerhalb der aufgestellten Strategievorgaben. Im Geschäftsjahr 2010 kam es zu keiner Überschreitung des gesetzten Rahmens bei den Risikopositionen.

6.2 Chancen und Risiken

Alle Bereiche der Bank identifizieren im Rahmen des Planungsprozesses Chancen sowie Risiken aufgrund von Beobachtungen, Analysen und Prognosen der Marktentwicklungen, der Gesetzgebung, der demografischen Entwicklung und weiterer relevanter Rahmenbedingungen für sämtliche Geschäftsfelder der Bank. Die Beurteilung derartiger Chancen- und Risikopotenziale findet sowohl

Eingang in den Neue-Produkte-Neue-Märkte-Prozess sowie in eine Chancen- und Risiko-Matrix als auch in die längerfristig angelegte Gesamtbankstrategie, in die rollierende 3-Jahresergebnisplanung sowie die einjährige Kurzfristergebnisplanung.

Die Überwachung realisierter Chancen und Risiken erfolgt durch das Controlling mittels regelmäßiger Soll/Ist-Vergleiche im Rahmen der Planungs- und Überwachungsprozesse.

6.3 Risikomanagement

Die IB verfolgt das Ziel, neben den ergebniswirksamen Einflüssen der sonstigen Risikoarten auch die Nettoneubildung der Risikovorsorge für das Kreditgeschäft aus dem Betriebsergebnis vor Risikovorsorge bestreiten zu können. Die Nettoneubildung der Risikovorsorge schwankt je nach konjunktureller Phase um den erwarteten Ausfall.

Auf der Grundlage der Risikotragfähigkeit der IB, aus der das operative und das regulatorische Risikodeckungspotenzial (RDP) abgeleitet werden, wurde im Geschäftsjahr 2010 das globale Risikolimit, das sich bislang in drei Unterlimite für Adressenrisiken, Marktpreisrisiken, Liquiditäts- und Operationelle Risiken gliederte, erhöht. Die Anhebung resultiert aus der Einrichtung jeweils eines Limits für Liquiditäts- und Operationelle Risiken, für die bisher ein gemeinsames Limit existierte.

Der Bereich Finanzen betreut das stetig fortentwickelte Instrumentarium zur Risikosteuerung und nimmt die operative Risikomessung und Limitüberwachung für Marktpreisrisiken, für Operationelle Risiken, für Liquiditätsrisiken und die Überwachung von Kontrahenten- und Emittentenrisiken vor. Bei der Risikoüberwachung wird der Vorstand darüber hinaus durch die Rechtsabteilung sowie durch das Management der Fachbereiche unterstützt. Außerdem erhält der Vorstand durch die Revision Hinweise zur Verbesserung seines Steuerungssystems und wird bezüglich bedeutender Risikoaspekte durch die Expertise des Steuerungsausschusses unterstützt. Im Steuerungsausschuss werden risikorelevante Vorhaben (Limitänderungen, Methodenänderungen, Verfahrens Anpassungen etc.) diskutiert, Marktbeurteilungen erörtert, Risikoanalysen präsentiert, Risikobeurteilungen entwickelt und Entscheidungsvorlagen für den Vorstand vorbereitet.

Entsprechend der IB-spezifischen Rahmensetzung für die Treasuryaktivitäten sind die Marktpreisrisiken von vergleichsweise geringer Bedeutung (ausschließlich Zinsänderungsrisiken; vergl. 6.5 Marktpreisrisiken). Bemerkenswerte Risiken im Liquiditätsbereich bestehen auch infolge der Finanzmarktkrise nicht. Im Einklang mit den förderpolitischen Aufgaben entwickelt die IB kontinuierlich eine margensorientierte Risikostrategie und legt zugleich besonderen Wert auf ein ausgewogenes Portfolio, in dem Risikokonzentrationen im Adressenbereich grundsätzlich vermieden werden. Für ausgewählte Förderprogramme übernimmt das Land einen Teil des Risikos in Form von Bürgschaften.

6.4 Adressenausfallrisiken

Die IB steuert die Adressenausfallrisiken sowohl auf Einzelgeschäfts- als auch auf Portfolioebene. Für das gesamte Adressenausfallrisiko der Bank bestand in 2010 unverändert ein Limit in Höhe von 35 Mio. €, das per 01.01.2011 infolge des über Jahre angewachsenen Kreditvolumens auf 45 Mio. € angepasst wurde. Im Rahmen der Überwachung erfolgt der Abgleich der erfolgswirksamen Ausprägung der Risikovorsorge des laufenden Geschäftsjahres mit dem Limit; dieses Limit wurde zu keiner Zeit überschritten. Die unterjährig beobachteten Stress-testparameter bewegten sich im erwarteten Rahmen und lösten keine besonderen Aktivitäten durch das Erreichen festgelegter Schwellenwerte aus.

Die Ergebnisse der Analysen des Risikocontrollings werden den zuständigen Entscheidungsgremien berichtet, die – sofern erforderlich – umgehend Steuerungsmaßnahmen einleiten. Derzeit existieren verschiedene Risikoklassifizierungsverfahren, die über eine Transformationsmatrix vergleichbar gemacht werden. Der angestrebte Ansatz von integrierten, validierten Ratingverfahren ist umgesetzt.

Die Einhaltung der Großkreditgrenzen wird täglich überwacht und ihre Entwicklung dem Vorstand monatlich berichtet. Die standardisiert strukturierte Risikoberichterstattung, die über den reinen Informationsinhalt hinausgehende Risikobeurteilungen und Handlungsvorschläge enthält, erfolgt ebenfalls auf Monatsbasis. Darüber hinaus werden Ad-hoc-Berichte an den Vorstand bei Überschreiten festgelegter Schwellenwerte formulargestützt erstellt und durchlaufen einen geregelten Prozess.

Im Bereich der Einzeladressenrisiken werden die Prozesse im originären Kreditgeschäft beobachtet und bei Bedarf optimiert sowie in dem, jedem Mitarbeiter zugänglichen, DV-gestützten integrierten Kredithandbuch dokumentiert. Änderungen des Regelwerkes der Bank werden bei risikorelevanten Aspekten auch von dem Bereich Unternehmenssteuerung (Risikocontrolling) vor Veröffentlichung qualitätsgesichert.

Wertpapiere für den Anlagebestand, die vom Bereich Treasury erworben werden, beschränken sich auf Emittenten mit Ratingnoten im Investment Grade Bereich. Es bestehen detaillierte Vorgaben zum Erwerb derartiger Papiere hinsichtlich Adressen, Volumina, Ratingklassen und Laufzeiten.

Die Steuerung und Überwachung des Beteiligungsportfolios erfolgen im Vorstandsstab sowie im Controlling. In allen Fällen handelt es sich um strategische Beteiligungen.

Das dem Adressenausfallrisiko zugeordnete Länderrisiko spielt aufgrund der geschäftspolitischen Ausrichtung und des regionalen Schwerpunkts der IB eine untergeordnete Rolle. Das verbleibende Risiko liegt darin, dass aufgrund von Beschränkungen im internationalen Zahlungsverkehr, Illiquidität oder Zahlungsverweigerung von staatlichen Stellen Zins- und Tilgungsleistungen oder ande-

re vereinbarte Leistungen nicht oder nur unvollständig bzw. verspätet erbracht werden. Ein ausländischer Geschäftspartner kann auch der Staat selbst sein. Es existieren diesbezüglich ausgewählte Länderlimite mit überschaubaren Risiken.

Abb. 6: Gesamtbestand an Wertberichtigungen und Rückstellungen im Kreditgeschäft

Einzelwertberichtigungen (EWB) und Rückstellungen (Rst) für das Kreditgeschäft in Mio. €		EWB/Rst-Quote bezogen auf das Kreditvolumen		Pauschalwertberichtigungen in Mio. €
Vorjahr	31.12.2010	Vorjahr	31.12.2010	31.12.2010
132,5	138,6	0,74%	0,75%	20,6

Im Jahr 2010 hat die IB für Adressenausfallrisiken ein Verfahren zur Identifizierung von Risikokonzentrationen installiert, bei dem systematisch Verbindungen zwischen den wesentlichen Kreditnehmern identifiziert und beurteilt werden. Daneben wurden die Stresstestverfahren grundlegend überarbeitet und dem historisch basierten Ansatz ein weiteres Verfahren hinzugefügt, das einen hypothetischen Ansatz repräsentiert. Der neue Ansatz unterstellt, dass spezifizierte Teilportfolien sowie einzelne große Kreditnehmereinheiten unter Berücksichtigung festgelegter Recovery Rates ausfallen.

6.5 Marktpreisrisiken

Das für die IB relevante Marktpreisrisiko betrifft die möglichen zukünftigen Marktwertschwankungen von Positionen aufgrund von Änderungen der Zinsstruktur (Zinsänderungsrisiken). Sonstige Marktpreisrisiken (Währungsrisiken, Aktienkursrisiko sowie sonstige Preisrisiken) geht die IB nicht ein. Als Nicht-Handelsbuchinstitut betreibt die IB Derivategeschäfte ausschließlich zur Absicherung von Zinsrisiken im Anlagebuch. Handelsbestände bestehen in der Bank nicht. Die im Bereich Treasury durchgeführten Geschäfte fließen entweder in den Anlagebestand oder in die Liquiditätsreserve.

Im Geschäftsjahr wurden, wie in den Vorjahren, Zinstauschvereinbarungen zur Absicherung der Gesamtzinsposition (macro hedge) abgeschlossen.

Die Risikoermittlung und -überwachung der Bank beinhaltet sämtliche Zinsänderungsrisiken. In der IB beruht die Messung und Steuerung von Marktpreisrisiken auf dem Value-at-Risk-Ansatz (VaR-Ansatz). Die IB verwendet hierbei ein barwertorientiertes Verfahren. Der VaR stellt die mögliche Wertänderung eines Portfolios aus Finanzinstrumenten aufgrund von Schwankungen der Bewertungsparameter dar. Mit dem Berechnungsverfahren wird die mögliche Wertänderung ermittelt, die bei einer unterstellten zehntägigen Haltedauer mit einer Wahrscheinlichkeit von 99% nicht überschritten werden würde. Zur Prognose werden Zeitreihen von Zinssätzen über die letzten 500 Handelstage verwendet. Die Risiken, bei denen der berechnete VaR seit 2009 mit Faktor 1,1 multipliziert wird, werden der eingeräumten Verlustgrenze (Limit) in Höhe von 20 Mio. € gegenübergestellt und wöchentlich an den Vorstand, die Unter-

nehmenssteuerung und das Treasury berichtet. Die zusätzliche Multiplikation resultiert aus den stark erhöhten Volatilitäten im Zusammenhang mit der Finanzmarktkrise.

Organisatorisch ist sichergestellt, dass neuartige Produkte und Aktivitäten in neuen Märkten systematisch in die Risikomessung mit eingebunden werden.

Zur Begrenzung des gesamten Marktpreisrisikos hat der Vorstand dieses limitiert. Das in 2008 auf 15 Mio. € festgelegte Limit wurde ab 01.01.2010 im Rahmen einer methodischen Anpassung auf 20 Mio. € erhöht. Im Berichtsjahr kam es zu keiner Limitüberschreitung. Installierte Frühwarnstufen mit Berichtspflichten seitens des Risikocontrollings an den Vorstand flankieren organisatorisch die Verhinderung von Limitüberschreitungen.

Per 31.12.2010 betrug der VaR 13,2 Mio. €, was bei dem Limit von 20 Mio. € eine Auslastungsquote in Höhe von 66,1 % ergibt .

Innerhalb des Back-Testing-Verfahrens wird ein Vergleich zwischen dem prognostizierten zu erwartenden Höchstverlust (Konfidenzniveau von 99%) von einem auf den elften Handelstag, dem VaR multipliziert mit Faktor 1,1, und der tatsächlich eingetretenen Ergebnisveränderung des Portfolios durchgeführt. Hierbei wird für jeden Testvorgang ein Zeitraum von 500 Handelstagen zugrunde gelegt. In 2010 lag die Anzahl der „Ausreißer“ im Rahmen der definierten Toleranz.

Außerdem existieren Stresstest-Verfahren, welche die Krisenfestigkeit der Bank anhand äußerst extremer Marktentwicklungen prüfen. Sie beruhen zum einen auf dem Modell des Internationalen Währungsfonds (IWF) bzw. der Deutschen Bundesbank und zum anderen auf einem Modell gemäß Basel II. Nach IWF/Deutsche Bundesbank darf die regulatorische Eigenkapitalquote von 8% nicht unterschritten werden; gemäß Basel II darf die Marktwertänderung des Portfolios 20% des haftenden Eigenkapitals nicht übersteigen. Beide Prüfkriterien hat die Bank auch in 2010 jederzeit erfüllt.

Neben der Gesamtrisikobetrachtung auf VaR-Basis findet eine Risikomessung im Rahmen des Basis Point Value (BPV) Ansatzes statt, für den ebenfalls ein internes Steuerungslimit besteht. Der BPV drückt die Größe aus, mit der sich der Barwert einer Position verändert, wenn sich der zugrunde gelegte Zinssatz um eine Stelle verändert.

Der BPV bewegte sich im Jahr 2010 innerhalb des per 01.01.2010 im Rahmen der methodischen Anpassung auf 0,8 Mio. € festgelegten Limits.

Kündigungsrisiken im Zusammenhang mit Optionsklauseln in einzelnen Kreditverträgen sowie aufgrund des § 489 BGB werden von der Bank identifiziert und unter Beurteilung des damit verbundenen Risikos dem Vorstand regelmäßig zur Entscheidung über Maßnahmen vorgelegt.

6.6 Liquiditätsrisiken

Das Liquiditätsrisiko wird im Rahmen der Liquiditätspolitik und -planung berücksichtigt. Für die Festlegung von Rahmenbedingungen und Strategien zur Planung und Steuerung der Liquidität unterbreitet der Steuerungsausschuss dem Vorstand entsprechende Entscheidungsvorschläge, aufsichtsrechtliche (wie Mindestreserve, Liquiditätskennzahl) und betriebswirtschaftliche Risiken werden dann alleinverantwortlich vom Treasury gesteuert.

Eine breite Diversifizierung der Kontrahenten und die Haftungsinstitute des Landes Schleswig-Holstein (Gewährträgerhaftung, Anstaltslast und Refinanzierungsgarantie) stellen auch in schwierigen Zeiten wie der Finanzmarktkrise sicher, dass die IB über ausreichende Liquidität verfügt.

Die IB hat zur Berechnung des kurzfristigen Liquiditätsrisikos mit Fokus auf Veränderungen der Liquiditätskosten im Jahr 2010 ein eigenes Verfahren eingeführt. Das neu festgesetzte Limit in Höhe von 2 Mio. € für zusätzliche Liquiditätsrisiken wurde im Berichtszeitraum zu keiner Zeit überschritten, die Inanspruchnahme lag per 31.12.2010 bei 0,2 Mio. €. Außerdem wurde für Liquiditätsrisiken ein Stresstest-Verfahren eingeführt.

Die Einhaltung der aufsichtsrechtlichen Bestimmungen überwacht der Bereich Finanzen. Zum 31.12.2010 betrug der Koeffizient gemäß Liquiditätsverordnung (Liquiditätskennzahl) der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) 1,87 (Vorjahr 3,05). Er lag während des gesamten Geschäftsjahres stets oberhalb der Mindestanforderung von 1,0.

Ein Liquiditätsnotfallplan der Bank regelt, welche Maßnahmen im Falle eines Liquiditätsengpasses ergriffen werden sollen.

6.7 Operationelle Risiken

Die IB ermittelt die operationellen Risiken bei der Eigenkapitalunterlegung nach dem Basisindikatoransatz. Darüber hinaus werden die Methoden zur Überwachung und Steuerung operationeller Risiken aus betriebswirtschaftlichen Gründen weiterhin fortlaufend verfeinert.

Statistische historische Daten zu Schadensfällen unterschiedlicher Kategorien, die seit 2008 EDV-technisch bearbeitet werden, sollen mittelfristig ein validiertes Backtesting der operationellen Risiken ermöglichen. Die Maßnahmen zur Verminderung operationeller Risiken sowie von Schäden in diesem Zusammenhang werden systematisch weiterentwickelt.

Im organisatorischen Bereich wurden diverse Regelungen den aktuellen Gegebenheiten entsprechend angepasst, um das Sicherheitsniveau der Bank kontinuierlich zu erhöhen. Durch gezielte Maßnahmen wurde die Datenqualität auch weiterhin aufgrund systematischer Untersuchungen angehoben und die Datenqualitätsbeauftragten verstärkt in Projekte eingebunden, auch um frühzeitig

Fehlerpotenziale mit dem Ziel der Prävention zu identifizieren. Aktualisierungen bestehender Anwendungen durch Software-Updates führten regelmäßig auch zur Reduzierung operationeller Risiken, insbesondere durch eine weitere Verringerung manueller Arbeitsschritte.

Um Risiken im Bereich Personal zu minimieren, verfügt die Bank über Konzepte der Auswahl, der Einarbeitung, des Einsatzes, der Bindung sowie der Förderung und Entwicklung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Die Programme stellen eine adäquate Ressourcensteuerung sicher, die durch die Personalkommission gefördert und überwacht wird. Für einen Großteil der Mitarbeiter wurden Schulungsveranstaltungen durchgeführt, um eine Qualifizierung auf dem aktuellen Stand sicherzustellen.

Den Rechtsrisiken begegnet die IB insbesondere durch die Verwendung von Standardverträgen, regelmäßige Einzelvertragsprüfungen, der laufenden Anpassung der Vertragsvorlagen an die jeweils herrschende Rechtsprechung, die systematisch durch den Bereich Recht beobachtet und an die zuständigen Stellen in der Bank zeitnah kommuniziert werden.

Die geregelte Projektorganisation der Bank stellt die erfolgreiche Umsetzung der einzelnen Maßnahmen durch qualitätssichernde und überwachende (Zeit, Kosten und Ergebnisse) Institutionen organisatorisch sicher und identifiziert, projiziert und priorisiert systematisch den Handlungsbedarf der Bank im Rahmen der rollierenden Projekt-Masterplanung. Risiken im Zusammenhang mit Projekten werden durch die Projektleitung systematisch identifiziert und im Rahmen eines standardisierten Prozesses an das Risikocontrolling kommuniziert. Die Steuerung der Projekte erfolgt durch den monatlich tagenden Produkt- & Projektausschuss, dem auch der Vorstand angehört. Durch gezielte individuelle Maßnahmen (z. B. Seminare, Coaching, Fachliteratur) und die Ausweitung der in Projekten beteiligten Mitarbeiter wird die Qualifizierung für derartige Aufgabenstellungen kontinuierlich auf eine breitere Basis gestellt.

Der Ausschuss für Arbeitssicherheit und Gesundheitsschutz trägt mit seiner Tätigkeit dazu bei, Risiken dieser Art transparent zu machen und durch Präventivmaßnahmen zu minimieren.

Die operationellen Risiken und die entstandenen Schäden aus diesen Risiken werden in einer Datenbank erfasst und dort berechnet. Die ermittelten Risiken lagen per 31.12.2010, wie auch innerhalb des Jahres 2010, im Rahmen des festgesetzten Limits in Höhe von 4 Mio. €. Im Jahr 2010 wurden ein Verfahren zur Ermittlung von Risikokonzentrationen sowie ein Stresstestverfahren implementiert.

Nicht zuletzt die Interne Revision, als Teil des internen Kontrollsystems, prüft nach risikoorientierter Auswahl der Prüfungsfelder die Funktionsfähigkeit des internen Kontrollsystems und sorgt durch ihre Feststellungen für eine kontinuierliche Verminderung operationeller Risiken.

7. Prognosebericht

Ausgehend von den derzeitigen Rahmenbedingungen der IB wird in den nächsten zwei Jahren (Prognosezeitraum) folgende Entwicklung gesehen.

Es wird erwartet, dass sich die Erholung der deutschen Wirtschaft weiter fortsetzt und der Aufschwung mehr und mehr an Breite gewinnt.

Auf der Grundlage seiner regelmäßigen wirtschaftlichen und monetären Analyse hat der EZB-Rat zunächst beschlossen, den derzeitigen Leitzins unverändert bei 1% zu belassen. Zur Überraschung der Marktteilnehmer machte der EZB-Präsident allerdings deutlich, dass die EZB den Preisdruck nach der Bekanntgabe der überraschend hohen Inflationsdaten für Februar 2011 nunmehr stärker einschätzt als zuvor. Die Formulierungen zielen darauf ab, den Markt auf eine erste Leitzinsanhebung im April 2011 vorzubereiten. Es wird erwartet, dass diese erste Zinserhöhung um 0,25% erfolgen und der Leitzins dann im Vierteljahresrhythmus jeweils um weitere 0,25% bis auf 1,75% zum Jahresende steigen wird.

Das Jahr 2011 wird dem Rentenmarkt steigende Renditen bringen. Bei den langen Laufzeiten sollten die Renditen wegen der starken Inanspruchnahme des Kapitalmarktes durch die öffentlichen Schuldner ansteigen. Im kurzen Laufzeitband wird der Zins angesichts der bevorstehenden Leitzinserhöhung sowie des eingeleiteten Ausstiegs der EZB aus den unkonventionellen geldpolitischen Maßnahmen stärker unter Aufwärtsdruck stehen. Es wird erwartet, dass die Renditestruktur insgesamt deutlich flacher verlaufen wird.

In der Wirtschaftsförderung wird für 2011 eine weiterhin hohe Nachfrage seitens der Hausbanken nach Risikoteilung erwartet. Die Investitionsbereitschaft in der Landwirtschaft und bei den erneuerbaren Energien, insbesondere beim „Wind-Repowering“, ist weiterhin ungebrochen.

Zur weiteren Unterstützung von Existenzgründungen wird geprüft, in 2011 einen Mikrokredit einzuführen. Es bestehen Überlegungen, die Wirtschaftsfördergesellschaften und die Gründungszentren in Schleswig-Holstein in die Bewertung entsprechender Anträge einzubinden.

Es wird erwartet, dass der „EFRE-Risikokapitalfonds Schleswig-Holstein II“ auch in den Folgejahren erfolgreich am Markt agieren wird. Auch die „Mittelstandsfonds Schleswig-Holstein GmbH“ (MSH) wird in den nächsten Jahren ein wichtiges Instrument darstellen, die Eigenkapitalsituation bei den Unternehmen weiter zu verbessern.

Nach Neugenehmigung durch die EU-Kommission wird der Bereich „IB.Europa“ auch in 2011 und 2012 die Aktivitäten im Rahmen des EEN wahrnehmen. Ziel ist es, durch umfassende Beratung die Teilnahme von Kunden an EU-Projekten zu ermöglichen.

Im Mengengeschäft der Immobilienförderung wird eine Fortsetzung der Entwicklung des abgelaufenen Geschäftsjahres erwartet. Im Individualgeschäft lassen die aktuellen Anfragen und Gespräche einen weiterhin deutlichen Investitionsbedarf erkennen. Es muss zunächst allerdings abgewartet werden, wie die KfW zukünftig ihre Produkt- und Preispolitik gestaltet und welche Auswirkungen dies auf den Geschäftsverlauf der IB haben könnte. Zudem haben sich die in der Sozialen Wohnraumförderung für die nächsten zwei Jahre zur Verfügung gestellten Mittel aufgrund der in 2010 erfolgten Aufstockung entsprechend reduziert.

Die Entwicklung der Städtebauförderung in Schleswig-Holstein in den nächsten Jahren – insbesondere die Höhe der Fördermittel – ist zurzeit schwer vorherzusagen und hängt maßgeblich von der künftigen Bereitstellung von Bundesmitteln aber auch von der Sicherstellung einer entsprechenden Kofinanzierung durch das Land ab. Vor diesem Hintergrund wird eine weitere Verzahnung von Städtebau- und Wohnraumförderung angestrebt. In diesem Zusammenhang werden auch Möglichkeiten zur Einbindung von EU-Fördermitteln geprüft.

Im Kommunalkreditgeschäft wird, insbesondere vor dem Hintergrund des Rückzuges der KfW aus dem aktiven Neugeschäft, weiterhin eine hohe Nachfrage erwartet. Mit dem neuen Produkt „IB.Breitband“ beabsichtigt die IB, Investitionen in den Aufbau von kommunalen Glasfasernetzen für schnelle Internetverbindungen zu begleiten.

Im Bereich ÖPP wird neben der bisherigen Beratungstätigkeit eine Zunahme der finanzierungsnahen Beratung von Infrastrukturmaßnahmen erwartet.

Im Durchleitungsgeschäft von Programmkrediten der KfW und der LR wird aufgrund der nunmehr geänderten gesetzlichen Rahmendaten beim Energieeinspeisegesetz sowie der reduzierten Beiträge des Bundes in einzelnen Programmkrediten eine insgesamt moderate Nachfragereduzierung erwartet.

Bei den Treasuryaktivitäten wird in 2011 der Ersatz auslaufender Wertpapiere durch Anschlussgeschäfte Vorrang vor Neugeschäft haben. Flankierend zum Wertpapiergeschäft wird die IB die sich auf den Geldmärkten bietenden Chancen aus der Fristentransformation im kurzfristigen Bereich weiterhin wahrnehmen.

Im Herbst 2010 hat der Europäische Gerichtshof (EuGH) mit seinen Entscheidungen in verschiedenen Vorlageverfahren die Ausgestaltung des deutschen Glücksspielwesens als nicht mit dem EU-Recht vereinbar gewertet und eine Neugestaltung angemahnt. Vor diesem Hintergrund ist nunmehr auch die beabsichtigte Liberalisierung des Sportwettenbereichs durch die schleswig-holsteinische Landesregierung zu sehen. Welche Konsequenzen aus der aktuellen Diskussion und einer eventuellen Umsetzung folgen und wie sich diese auf die Ertragssituation von NordwestLotto auswirken, kann derzeit nicht abgeschätzt werden.

Die in der Folge der Finanzmarktkrise aufgelegte 3. MaRisk-Novelle wird die IB in einem Projekt bis zum Jahresende durch Anpassung der Verfahren insbesondere bezüglich der Themen Risikotragfähigkeit, Risikokonzentrationen, Stresstests, Strategien, Risikoinventur, Organisation/IT sowie Berichtswesen umsetzen. Die Projektorganisation ist festgelegt, ein Umsetzungszeitplan liegt vor und mit den verschiedenen Aktivitäten in den Arbeitspaketen wurde begonnen.

Im Rahmen der Personalentwicklung werden in 2011 die dritten Personalentwicklungstage (PET) durchgeführt werden. Ziel der PET ist es, die vorhandenen Fähigkeiten und Neigungen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu identifizieren, zu entwickeln und mit den jeweiligen Erfordernissen der Arbeitsplätze in Übereinstimmung zu bringen. Ausgehend hiervon wird auch in den nächsten Jahren mit umfangreichen Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen gerechnet. Die PET haben auch das Ziel, die individuellen Potenziale der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auf die Ziele der Gesamtbankstrategie auszurichten.

Als Reaktion auf die demografische Entwicklung innerhalb der IB werden in den nächsten Jahren eine Aufstockung der Ausbildungsplätze sowie ein vermehrtes Angebot von Gesundheitsaktionen erfolgen.

Für den Prognosezeitraum ist eine den Anforderungen an ein Förderinstitut entsprechende Entwicklung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage geplant. Die Entwicklung wird von Kontinuität geprägt sein. Insbesondere den Anforderungen des Anteilseigners ist bei dieser Planung Rechnung getragen worden. Im Kreditgeschäft wird eine weiterhin positive Ertragsentwicklung erwartet. Es wird davon ausgegangen, Ergebnisse vor Risikovorsorge/Bewertung und Sondereffekten innerhalb der in der Geschäftsstrategie formulierten Bandbreiten zu erzielen. Eine über der Planung liegende Ergebnisentwicklung wird auch weiterhin dazu verwendet werden, die Risikotragfähigkeit der Bank nachhaltig zu stärken.

Kiel, 21.03.2011



Erk Westermann-Lammers
(Vorstandsvorsitzender)



Dr. Michael Adamska

Investitionsbank Schleswig-Holstein Jahresbilanz zum 31. Dezember 2010

Aktiva	€	€	€	€	Vorjahr €
1. Barreserve					
a) Kassenbestand			1.475,03		1.970,58
b) Guthaben bei Zentralnotenbanken			1.099.693,68		1.817.177,38
darunter:				1.101.168,71	1.819.147,96
bei der Deutschen Bundesbank	1.099.693,68				
	(Vorjahr 1.817.177,38)				
2. Forderungen an Kreditinstitute					
a) täglich fällig			48.658.257,75		110.771.641,17
b) andere Forderungen			4.142.041.438,05		4.015.283.140,52
				4.190.699.695,80	4.126.054.781,69
3. Forderungen an Kunden				9.330.711.610,92	8.767.632.339,99
darunter:					
durch Grundpfandrechte gesichert	1.153.850,23				
	(Vorjahr 916.952,49)				
Kommunalkredite	4.206.512.029,22				
	(Vorjahr 3.867.449.070,65)				
4. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere					
a) Geldmarktpapiere					
aa) von öffentlichen Emittenten		0,00			
darunter:					
beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	0,00				
	(Vorjahr 0,00)				
ab) von anderen Emittenten		14.904.602,44	14.904.602,44		21.528.953,35
darunter:					
beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	14.904.602,44				
	(Vorjahr 21.528.953,35)				
b) Anleihen und Schuldverschreibungen					
ba) von öffentlichen Emittenten		193.084.338,36			
beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	193.084.338,36				
	(Vorjahr 141.393.296,51)				
bb) von anderen Emittenten		2.499.485.768,90	2.692.570.107,26		2.683.212.719,41
darunter:				2.707.474.709,70	2.704.741.672,76
beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	2.277.800.265,56				
	(Vorjahr 2.271.374.572,76)				
5. Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere				9.929.450,00	9.921.620,00
6. Beteiligungen				8.295.848,93	8.268.436,93
7. Anteile an verbundenen Unternehmen				100.552.023,61	100.552.023,61
8. Treuhandvermögen				990.650.040,90	989.138.111,03
darunter:					
Treuhandkredite	933.391.868,19				
	(Vorjahr 949.087.417,41)				
9. Immaterielle Anlagewerte				2.048.311,00	2.537.164,00
10. Sachanlagen				8.628.698,52	9.033.323,52
11. Sonstige Vermögensgegenstände				14.620.636,77	14.528.717,99
12. Rechnungsabgrenzungsposten				4.801.847,04	5.027.931,65
Summe der Aktiva				17.369.514.041,90	16.739.255.271,13

Passiva	€	€	€	Vorjahr €
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten				
a) täglich fällig		377.015.094,27		527.309.132,14
b) mit vereinbarter Laufzeit		12.210.470.890,41		11.607.811.886,96
			12.587.485.984,68	12.135.121.019,10
2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden				
a) täglich fällig		27.796.308,70		38.333.044,75
b) mit vereinbarter Laufzeit		1.283.184.128,15		1.096.758.686,29
			1.310.980.436,85	1.135.091.731,04
3. Verbindlichkeiten der Investitionsbank aus der Förderung mit Bundesmitteln mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist von vier Jahren oder länger			346.173.868,51	363.159.957,12
4. Treuhandverbindlichkeiten		990.650.040,90		
darunter:			990.650.040,90	989.138.111,03
Treuhandkredite	933.391.868,19			
	(Vorjahr 949.087.417,41)			
5. Sonstige Verbindlichkeiten			23.373.449,40	21.418.002,87
6. Rechnungsabgrenzungsposten			62.923.297,97	74.451.066,73
7. Rückstellungen				
a) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen		40.732.705,00		32.282.508,00
b) andere Rückstellungen		22.752.581,85		18.154.944,31
			63.485.286,85	50.437.452,31
8. Fonds für Zinsausgleich			889.987.681,13	889.622.993,36
9. Eigenkapital				
a) gezeichnetes Kapital		100.000.000,00		100.000.000,00
b) Kapitalrücklage		957.308.718,67		944.669.660,63
c) Gewinnrücklagen		34.145.276,94		29.202.023,87
d) Bilanzgewinn		3.000.000,00		6.943.253,07
			1.094.453.995,61	1.080.814.937,57
Summe der Passiva			17.369.514.041,90	16.739.255.271,13
1. Eventualverbindlichkeiten				
a) Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen			620.355.402,12	672.580.145,32
2. Andere Verpflichtungen				
a) Unwiderrufliche Kreditzusagen			590.972.895,19	753.117.754,82

Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2010

	€	€	€	€	Vorjahr €
1. Zinserträge aus					
a) Kredit- und Geldmarktgeschäften		554.173.663,21			609.664.153,07
b) festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen		78.671.250,61			72.439.690,21
			632.844.913,82		682.103.843,28
2. Zinsaufwendungen			535.816.099,84		606.051.341,89
				97.028.813,98	76.052.501,39
3. Laufende Erträge aus					
a) Beteiligungen			2.304,00		1.152,00
b) Anteilen an verbundenen Unternehmen			7.809.566,23		8.076.505,41
				7.811.870,23	8.077.657,41
4. Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- oder Teilgewinnab- führungsverträgen				438.249,52	276.192,49
5. Provisionserträge			27.787.642,85		16.920.288,07
6. Provisionsaufwendungen			23.692.777,38		12.739.478,78
				4.094.865,47	4.180.809,29
7. Sonstige betriebliche Erträge				9.784.300,80	11.379.151,60
8. Allgemeine Verwaltungsaufwendungen					
a) Personalaufwand					
aa) Löhne und Gehälter		25.283.982,95			22.902.110,35
ab) Soziale Abgaben und Auf- wendungen für Altersversor- gung und für Unterstützung		7.316.570,78			7.746.627,75
darunter:			32.600.553,73		30.648.738,10
für Altersversorgung	2.306.140,32				
	(Vorjahr 3.944.416,01)				
b) andere Verwaltungsaufwendungen			18.919.760,65		17.092.430,03
				51.520.314,38	47.741.168,13
9. Abschreibungen und Wertberichtig- ungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen				1.532.323,91	1.481.308,41
10. Sonstige betriebliche Aufwendungen				3.779.926,07	2.087.643,60
11. Abschreibungen und Wertberichtig- ungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft				54.126.201,98	41.381.867,21
12. Erträge aus Zuschreibungen zu (Vorjahr: Abschreibungen und Wertberichtigungen auf) Beteiligungen, Anteile an verbunde- nen Unternehmen und wie Anlagever- mögen behandelte Wertpapiere				240.000,00	324.328,12
13. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit				8.439.333,66	6.949.996,71
14. Außerordentliche Erträge				401.359,00	0,00
15. Außerordentliche Aufwendungen				5.825.062,00	0,00
16. Außerordentliches Ergebnis				5.423.703,00	0,00
17. Steuern vom Einkommen und Ertrag				0,00	0,00
18. Sonstige Steuern				15.630,66	6.743,64
19. Jahresüberschuss				3.000.000,00	6.943.253,07
20. Gewinn-/Verlustvortrag aus dem Vorjahr				0,00	0,00
21. Einstellungen in andere Gewinnrücklagen				0,00	0,00
22. Bilanzgewinn				3.000.000,00	6.943.253,07

Die Investitionsbank Schleswig-Holstein (IB) unterstützt das Land Schleswig-Holstein als zentrales Förderinstitut in der Umsetzung wirtschafts- und strukturpolitischer Aufgaben. Die IB berät in allen Förderfragen und vergibt Fördermittel für die Wirtschaft, den Wohnungsbau, Kommunen, Arbeitsmarkt- und Ausbildungsmaßnahmen, Umwelt- und Energieprojekte und den Städtebau sowie den Agrarbereich. Die IB beachtet dabei die Grundsätze und Ziele der staatlichen Förderpolitik sowie die Bestimmungen der Europäischen Union.

Allgemeine Angaben

Der Jahresabschluss der Investitionsbank ist nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuches (HGB) in der Fassung des Bilanzrechtsmodernisierungsgesetzes (BilMoG) vom 25. Mai 2009 sowie nach der Verordnung über die Rechnungslegung der Kreditinstitute (RechKredV) erstellt. Vorjahreswerte wurden nicht angepasst (Art. 67 Abs. 8 EGHGB).

Die Gliederung von Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung erfolgt entsprechend den Formblättern der RechKredV. Auf der Passivseite hat die IB das Formblatt 1 im Einklang mit § 265 Abs. 5 Satz 2 HGB um zwei Ausweispositionen ergänzt.

Die IB ist gemäß § 340i Abs. 1 HGB in Verbindung mit § 290 HGB grundsätzlich verpflichtet, einen Konzernabschluss und einen Konzernlagebericht zu erstellen. Da die Tochtergesellschaften der IB jeweils einzeln und zusammen für die Beurteilung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage jedoch von untergeordneter Bedeutung sind, wird das Wahlrecht des § 296 Abs. 2 HGB in Anspruch genommen und kein Konzernabschluss aufgestellt.

Der Jahresabschluss der IB wird im elektronischen Bundesanzeiger veröffentlicht.

Einhaltung der aufsichtsrechtlichen Kennziffern

Die Investitionsbank Schleswig-Holstein hat die in der Bundesrepublik Deutschland geltenden Vorschriften über das Eigenkapital und die Liquidität der Kreditinstitute nach dem Kreditwesengesetz (KWG) im abgelaufenen Geschäftsjahr stets eingehalten.

Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze

Die Bewertung der Vermögensgegenstände und Schulden sowie der schwebenden Geschäfte erfolgt nach den Vorschriften der §§ 340 ff. HGB in Verbindung mit den §§ 252 ff. HGB.

Forderungen werden zum Nennwert bzw. zu Anschaffungskosten oder dem niedrigeren beizulegenden Wert (strenges Niederstwertprinzip) ausgewiesen. Unterschiedsbeträge werden in den aktiven bzw. passiven Rechnungsabgrenzungsposten eingestellt und zeitanteilig aufgelöst.

Allen erkennbaren Risiken im Kreditgeschäft wird durch die Bildung von Einzelwertberichtigungen bzw. Rückstellungen ausreichend Rechnung getragen. Das latente Risiko im Kreditgeschäft wird durch Pauschalwertberichtigungen abgedeckt. Die Berechnung der Pauschalwertberichtigungen erfolgt in Anlehnung an das vom BMF mit Schreiben vom 10.01.1994 für Kreditinstitute empfohlene Verfahren. Einzel- und Pauschalwertberichtigungen sowie Vorsorgereserven nach § 340 f HGB werden aktivisch von den Forderungsbeständen abgesetzt.

Die zum Bilanzstichtag ermittelten anteiligen Zinsen werden gemäß RechKredV mit der zugrunde liegenden Forderung oder Verbindlichkeit bilanziert.

Anteilige Zinsen aus Zinsswaps werden periodengerecht abgegrenzt. Der Ausweis erfolgt in den Positionen Forderungen an und Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten.

Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere sowie Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere sind handelsrechtlich dem Anlagebestand zugeordnet und werden grundsätzlich bis zum Ende der Fälligkeit gehalten. Die Bewertung erfolgt zu fortgeführten Anschaffungskosten. Unterschiedsbeträge zwischen Anschaffungskosten und Rückzahlungsbetrag werden laufzeitanteilig erfolgswirksam gebucht.

Für Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere des Anlagebestandes mit einem Buchwert von 1.069,0 (Vj. 1.167,8) Mio. € wurden Marktwerte in Höhe von 1.053,1 (Vj. 1.141,7) Mio. € und für einen Genussschein mit einem Buchwert von 9,9 (Vj. 9,9) Mio. € wurde ein Marktwert von 7,2 (Vj. 4,3) Mio. € ermittelt. Unter Anwendung des gemilderten Niederstwertprinzips wurde auf Abschreibungen verzichtet, da sich die Bonität der Emittenten voraussichtlich nicht dauerhaft verschlechtert hat.

Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen werden zu Anschaffungskosten bilanziert. Bei voraussichtlich dauerhafter Wertminderung werden Abschreibungen auf den niedrigeren beizulegenden Wert vorgenommen.

Gegenstände des Sachanlagevermögens, deren Nutzung zeitlich begrenzt ist, werden in Anlehnung an die steuerlichen AfA-Tabellen abgeschrieben. Dies gilt auch für die unter den Immateriellen Anlagewerten bilanzierte Software. Für

geringwertige Wirtschaftsgüter im Sinne des § 6 Abs. 2a EStG wurde ein Sammelposten gebildet, der über 5 Jahre linear abgeschrieben wird.

Verbindlichkeiten werden mit dem Erfüllungsbetrag bilanziert. Unterschiedsbeträge zwischen Nennbetrag und Ausgabebetrag werden in die Rechnungsabgrenzung eingestellt und planmäßig aufgelöst.

In der Position „Verbindlichkeiten der Investitionsbank aus der Förderung mit Bundesmitteln“ werden die bis zum 31. Dezember 2006 zugeflossenen Mittel des Bundes gezeigt, die in der sozialen Wohnraumförderung eingesetzt werden.

Die Berechnung der Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen erfolgte auf den Stichtag 30. September 2010 unter Verwendung der Projected Unit Credit Method. Der Berechnung liegen die Heubeck-Richttafeln 2005 G zugrunde. Als Rechnungszins wurde der von der Bundesbank veröffentlichte Zinssatz (Restlaufzeit 15 Jahre) in Höhe von 5,17 % verwendet. Es wurde eine Gehaltssteigerung von 2 % p.a. angenommen.

Der Unterschiedsbetrag, der sich in Höhe von 5,4 Mio. € aus der Neubewertung der Pensionsrückstellungen ergab, wurde den Rückstellungen in 2010 vollständig zugeführt und in der Gewinn- und Verlustrechnung im außerordentlichen Ergebnis dargestellt.

Die sonstigen Rückstellungen werden in Höhe des Erfüllungsbetrages angesetzt, der nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendig ist. Bei der Bewertung des Erfüllungsbetrages wurde eine Kostensteigerung von 2 % p.a. berücksichtigt. Die sonstigen Rückstellungen mit einer Laufzeit von mehr als einem Jahr werden mit fristadäquaten Zinssätzen abgezinst, die von der Deutschen Bundesbank bekannt gegeben worden sind.

Die Aufwendungen aus der Aufzinsung der Rückstellungen in Höhe von 1,9 Mio. € werden in den sonstigen betrieblichen Aufwendungen gezeigt. Diesen stehen Erträge aus der Abzinsung in Höhe von 0,2 Mio. € gegenüber, die in die sonstigen betrieblichen Erträge eingehen.

Für Jubiläen wurden erstmals in 2010 Rückstellungen in Höhe von 0,3 Mio. € gebildet (Zinssatz: 5,17 %). Für die Rückstellung für Beihilfen in Höhe von 2,5 (Vj. 1,8) Mio. € wurde ab 2010 die Berechnung auf Basis der Referenz-Kopfschäden durchgeführt (Vorjahr Pauschalverfahren).

Der „Fonds für Zinsausgleich“ stellt eine Wertkorrektur für die ausgezahlten und auf der Aktivseite zum Nominalwert ausgewiesenen unverzinslichen oder niedrig verzinslichen Forderungen aus dem Fördergeschäft der Investitionsbank dar.

Für die in den Jahren 1995 bis 1998 ausgezahlten unverzinslichen oder niedrig verzinslichen Forderungen hat sich das Land Schleswig-Holstein verpflichtet, diese Förderdarlehen auf Anfordern zum Nennwert zu übernehmen. Durch den Fonds für Zinsausgleich wird in jedem Fall eine verlustfreie Bewertung der Förderdarlehen gemäß § 253 Abs. 3 in Verbindung mit § 340e Abs. 1 HGB sichergestellt.

Im Rahmen von für Dritte erbrachte Dienstleistungen erhält die Bank Provisionen aus der Verwaltung von Treuhand- und Verwaltungskrediten.

Die Bank schließt Zinstauschvereinbarungen zur Absicherung der Gesamtzinsposition ab (macro-hedge). Es findet keine Zusammenfassung von Grundgeschäften und Sicherungsinstrumenten (Bewertungseinheiten) zum Zweck der bilanziellen Abbildung statt.

Im Zinsergebnis der Bank erfolgt ein Bruttoausweis der Erfolge aus Zinstauschvereinbarungen.

Angaben zur Bilanz

Forderungen an Kreditinstitute

Fristengliederung	31.12.2010 Mio. €	Vorjahr Mio. €
täglich fällig	48,7	110,8
nach Restlaufzeiten		
▶ bis 3 Monate	215,8	513,7
▶ mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	346,0	352,4
▶ mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	1.284,2	1.073,7
▶ mehr als 5 Jahre	2.296,0	2.075,4
Bilanzausweis	4.190,7	4.126,0

Forderungen an Kunden

Fristengliederung	31.12.2010 Mio. €	Vorjahr Mio. €
nach Restlaufzeiten		
▶ bis 3 Monate	229,3	384,1
▶ mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	404,9	470,1
▶ mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	2.152,0	1.880,8
▶ mehr als 5 Jahre	6.544,5	6.032,6
Bilanzausweis	9.330,7	8.767,6
darunter:		
mit unbestimmter Laufzeit	0,0	83,7

In den Forderungen an Kunden sind 57,0 (Vj. 57,3) Mio. € Forderungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, ausgewiesen. Forderungen an verbundenen Unternehmen sind in Höhe von 4,0 (Vj. 4,0) Mio. € enthalten.

Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere

Börsenfähigkeit	31.12.2010 Mio. €	Vorjahr Mio. €
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere		
▶ börsennotiert	2.692,5	2.689,5
▶ nicht börsennotiert	15,0	15,2
Bilanzausweis	2.707,5	2.704,7
darunter:		
im Folgejahr fällig	512,6	804,8

In Pension gegebene Vermögensgegenstände

Der Buchwert der im Rahmen echter Pensionsgeschäfte in Pension gegebenen Wertpapiere beträgt 1.429,6 (Vj. 976,8) Mio. €.

Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere

Börsenfähigkeit	31.12.2010 Mio. €	Vorjahr Mio. €
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere (Genussschein)		
▶ börsennotiert	9,9	9,9
▶ nicht börsennotiert	0,0	0,0
Bilanzausweis	9,9	9,9

Nachrangige Vermögensgegenstände

Aufgliederung nach Bilanzposten	31.12.2010 Mio. €	Vorjahr Mio. €
Forderungen an Kreditinstitute	63,0	63,0
Forderungen an Kunden	33,4	36,1
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	75,7	75,9
Insgesamt	172,1	175,0

Treuhandvermögen

Aufgliederung nach Bilanzposten	31.12.2010 Mio. €	Vorjahr Mio. €
Forderungen an Kreditinstitute		
▶ täglich fällig	57,1	39,8
▶ andere Forderungen	0,0	0,0
Forderungen an Kunden	933,6	949,3
Bilanzausweis	990,7	989,1

Sachanlagevermögen

	Immaterielle Anlagewerte Mio. €	Betriebs- und Geschäftsausstattung Mio. €	Grundstücke und Gebäude Mio. €	Darunter: eigengenutzte Grundstücke und Gebäude Mio. €
Hist. Anschaffungskosten	6,1	7,1	8,5	8,4
Zugänge	0,4	0,2	0,0	0,0
Abgänge	0,0	1,4	0,0	0,0
Zuschreibungen	0,0	0,0	0,0	0,0
Abschreibungen, kumuliert	4,5	4,3	1,5	1,5
Abschreibungen, lfd. Jahr	0,9	0,7	0,2	0,2
Buchwert 31.12.2010	2,0	1,6	7,0	6,9

Finanzanlagevermögen

	Beteiligungen Mio. €	Anteile an verbundenen Unternehmen Mio. €	Wertpapiere des Anlagevermögens ¹⁾ Mio. €	Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere Mio. €
Buchwert zum 01.01.2010	8,3	100,5	2.668,8	9,9
Zugänge	0,027	0,0	802,9	0,0
Zuschreibungen	0,0	0,0	0,6	0,008
Abgänge	0,0	0,0	804,4	0,0
Abschreibungen	0,0	0,0	1,0 ²⁾	0,0
Umbuchungen	0,0	0,0	0,0	0,0
Buchwert 31.12.2010	8,3	100,5	2.666,9	9,9

¹⁾ Der Bilanzausweis beinhaltet fällige und anteilige Zinsen in Höhe von 40,5 Mio. €.

²⁾ Abschreibung Agio

Sonstige Vermögensgegenstände

Der Bilanzausweis in Höhe von 14,6 (Vj. 14,5) Mio. € beinhaltet im Wesentlichen einen Erstattungsanspruch gegenüber dem Land über 10,1 (Vj. 10,6) Mio. € sowie Anzahlungen auf erworbene Forderungen in Höhe von 3,1 (Vj. 2,2) Mio. €.

Aktive Rechnungsabgrenzungen

	31.12.2010 Mio. €	Vorjahr Mio. €
Agien aus erworbenen Schuldscheindarlehen	4,1	4,3
Disagien aus begebenen Schuldscheindarlehen	0,1	0,1
Disagien aus begebenen Namenspapieren	0,5	0,4
Sonstiges	0,1	0,2
Bilanzausweis	4,8	5,0

Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten

Fristengliederung	31.12.2010 Mio. €	Vorjahr Mio. €
täglich fällig	377,0	527,3
nach Restlaufzeiten:		
▶ bis 3 Monate	1.880,7	943,9
▶ mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	578,1	2.141,5
▶ mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	4.132,0	2.745,2
▶ mehr als 5 Jahre	5.619,7	5.777,2
Bilanzausweis	12.587,5	12.135,1

Verbindlichkeiten gegenüber Kunden

Fristengliederung	31.12.2010 Mio. €	Vorjahr Mio. €
täglich fällig	27,8	38,3
nach Restlaufzeiten:		
▶ bis 3 Monate	30,6	58,3
▶ mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	20,3	0,3
▶ mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	96,6	26,6
▶ mehr als 5 Jahre	1.135,7	1.011,6
Bilanzausweis	1.311,0	1.135,1

Verbindlichkeiten der IB aus der Förderung mit Bundesmitteln

Fristengliederung	31.12.2010 Mio. €	Vorjahr Mio. €
nach Restlaufzeiten:		
▶ bis 3 Monate	10,9	10,4
▶ mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	8,8	8,0
▶ mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	73,1	66,2
▶ mehr als 5 Jahre	253,4	278,6
Bilanzausweis	346,2	363,2

Als Sicherheit übertragene Vermögensgegenstände

Die IB hat Darlehensforderungen aus dem Fördergeschäft in Höhe von 455,6 (Vj. 420,2) Mio. € als Sicherheiten an die Kreditanstalt für Wiederaufbau abgetreten. Darüber hinaus wurden Wertpapiere und Schuldscheindarlehen mit einem Buchwert von 1.028,0 (Vj. 1.409,4) Mio. € an die Deutsche Bundesbank verpfändet.

Treuhandverbindlichkeiten

Aufgliederung nach Bilanzposten	31.12.2010 Mio. €	Vorjahr Mio. €
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten		
▶ täglich fällig	2,1	0,7
▶ andere Verbindlichkeiten	36,1	40,5
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden		
▶ täglich fällig	55,2	39,5
▶ andere Verbindlichkeiten	897,3	908,4
Bilanzausweis	990,7	989,1

Sonstige Verbindlichkeiten

Der Bilanzausweis in Höhe von 23,4 (Vj. 21,4) Mio. € beinhaltet im Wesentlichen Verbindlichkeiten aus erhaltenen Zuschüssen im Rahmen des EFRE-Fonds mit einem Betrag von 21,7 (Vj. 19,9) Mio. €.

Passive Rechnungsabgrenzungen

	31.12.2010 Mio. €	Vorjahr Mio. €
Disagien aus Darlehen	32,2	40,1
Disagien aus Schuldscheindarlehen und Namenspapieren	0,2	0,2
Ankauf von Forderungen zum Barwert	22,9	25,3
Sonstiges	7,6	8,9
Bilanzausweis	62,9	74,5

Eigenkapital

In die Kapitalrücklage wurden Landesmittel in Höhe von 12,6 Mio. € eingestellt. Zu den Gewinnrücklagen wurden aus dem Jahresüberschuss 2009 4,9 Mio. € zugeführt.

Eventualverbindlichkeiten und Andere Verpflichtungen

Bei den Eventualverbindlichkeiten in Höhe von 620,4 (Vj. 672,6) Mio. € handelt es sich um Kreditbürgschaften. Unwiderrufliche Kreditzusagen in Höhe von 591,0 (Vj. 753,1) Mio. € resultieren aus Auszahlungsverpflichtungen aus dem Fördergeschäft.

Die Eventualverbindlichkeiten aus Kreditbürgschaften stellen Kreditersatzgeschäft dar. Das Risiko der Inanspruchnahme wird im Rahmen der Kreditbewilligung auf Einzelgeschäftsebene eingeschätzt. Die Gründe für die Inanspruchnahme entsprechen den im Kreditgeschäft branchenüblichen Risiken.

Auszahlungsverpflichtungen aus dem Fördergeschäft werden voraussichtlich in voller Höhe in Anspruch genommen.

Angaben zur Gewinn- und Verlustrechnung

Sonstige betriebliche Erträge und Aufwendungen

Als wesentliche Einzelbeträge beinhalten die sonstigen betrieblichen Erträge Kostenerstattungen in Höhe von 8,2 Mio. € und die Auflösung von Rückstellungen in Höhe von 0,8 Mio. €. Bei den sonstigen betrieblichen Aufwendungen resultiert ein Betrag von 2,4 Mio. € aus der Aufzinsung von Rückstellungen bzw. Forderungen.

Gesamthonorar des Abschlussprüfers

	31.12.2010 T €	Vorjahr T €
Abschlussprüfungsleistungen	198,3	235,8
andere Bestätigungsleistungen	0,0	5,6
Steuerberatungsleistungen	0,0	0,0
sonstige Leistungen	0,0	50,2
Insgesamt	198,3	291,6

Periodenfremde Aufwendungen und Erträge

Die Gewinn- und Verlustrechnung enthält periodenfremde Aufwendungen in den *sonstigen betrieblichen Aufwendungen* in Höhe von 0,5 Mio. €. In den *laufenden Erträgen* sind das Vorjahr betreffende Erträge von 3,8 Mio. € enthalten.

Sonstige Angaben

Anteilsbesitz gemäß § 285 Nr. 11 und 11a HGB

	Anteil am Kapital in v. H.	Eigenkapital in T € ^{1) 2)}	Davon: Ergebnis in T € ²⁾
Wirtschafts- und Aufbaugesellschaft Stormarn mbH, Bad Oldesloe	24	20.332	-1.130
NordwestLotto Schleswig-Holstein GmbH, Kiel	100	40	3
NordwestLotto Schleswig-Holstein GmbH & Co. KG, Kiel	100	3.961	4.103
Landgesellschaft Schleswig-Holstein mbH, Kiel	50,6	97.800	3.943

¹⁾ Eigenkapital in der Definition der §§ 266 und 272 HGB
²⁾ Vorjahreszahlen

Derivategeschäft

Zum Bilanzstichtag hat die Investitionsbank die folgenden Derivate zur Absicherung von Zinsänderungsrisiken im Bestand. Sämtliche Geschäfte wurden mit Banken mit Sitz in einem OECD-Land abgeschlossen.

Die Marktbewertung erfolgte mittels der Discounted Cashflow-Methode.

Zum Bilanzstichtag abgegrenzte Zinsen aus den Swapgeschäften werden unter den Forderungen an Kreditinstitute 24,1 (Vj. 25,3) Mio. € bzw. unter den Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten 115,7 (Vj. 109,1) Mio. € ausgewiesen.

Mio. €	Restlaufzeit (Nominal)			Marktwerte	
	< = 1 Jahr	bis 5 Jahre	> 5 Jahre	positive	negative
Zinsswaps	605,6	2.737,2	4.353,9	138,3	463,9

Anzahl der Beschäftigten im Jahresdurchschnitt

	weiblich	männlich	insgesamt	Vorjahr
Beschäftigte	269	195	464	432
davon: Teilzeitbeschäftigte	95	3	98	113

Gesamtbezüge und Darlehen der Organe

Am Bilanzstichtag bestehen Kredite an Mitglieder des Vorstandes in Höhe von 0,1 (Vj. 0,2) Mio. € und des Verwaltungsrates in Höhe von 0,2 (Vj. 0,2) Mio. €.

Die Gesamtbezüge des Vorstands für das Geschäftsjahr 2010 betragen 0,6 Mio. €, darin enthalten sind Ruhegehälter und Hinterbliebenenbezüge in Höhe von 0,1 Mio. €. Für das Vorjahr macht die Bank von der Schutzklausel gemäß § 286 Abs. 4 HGB Gebrauch.

Für frühere Mitglieder der Organe bestehen Pensionsrückstellungen in Höhe von 2,0 (Vj. 0,3) Mio. €.

Geschäfte mit nahe stehenden Unternehmen und Personen

Als nahe stehende Personen gelten natürliche sowie juristische Personen und Unternehmen, die aufgrund ihrer gesellschaftsrechtlichen Verbindung oder Organmitgliedschaft auf die Bank oder ihre Tochterunternehmen wesentlich einwirken können.

Als nahe stehende Unternehmen haben wir die verbundenen Unternehmen der IB identifiziert.

Als nahe stehende Privatpersonen behandeln wir die Mitglieder von Vorstand, Gewährträgerversammlung und Verwaltungsrat.

Sämtliche Geschäfte mit nahe stehenden Unternehmen oder Personen werden zu marktüblichen Bedingungen und Konditionen abgeschlossen.

Organe der Investitionsbank Schleswig-Holstein

Vorstand

Erk Westermann-Lammers (seit 01.10.2010)
Vorsitzender des Vorstandes

Lutz Koopmann (bis 30.09.2010)

Dr. Michael Adamska (seit 01.10.2010)
Mitglied des Vorstandes

Dr. Klaus Rave (bis 31.01.2011)

Gewährträgerversammlung

Bestellte Mitglieder

Rainer Wiegard (Vorsitzender)
Finanzminister des Landes Schleswig-Holstein, Kiel

Jost de Jager (stellv. Vorsitzender)
Minister für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr des
Landes Schleswig-Holstein, Kiel

Klaus Schlie
Innenminister des Landes Schleswig-Holstein, Kiel

Dr. Heiner Garg
Minister für Arbeit, Soziales und Gesundheit des
Landes Schleswig-Holstein, Kiel

Ständige Vertreter der bestellten Mitglieder

Dr. Olaf Bastian
Staatssekretär im Finanzministerium des Landes Schleswig-Holstein, Kiel

Dr. Tamara Zieschang
Staatssekretärin im Ministerium für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr
des Landes Schleswig-Holstein, Kiel

Volker Dornquast
Staatssekretär im Innenministerium des Landes Schleswig-Holstein, Kiel

Dr. Bettina Bonde
Staatssekretärin im Ministerium für Arbeit, Soziales und Gesundheit des
Landes Schleswig-Holstein, Kiel

Verwaltungsrat

Dr. Olaf Bastian (Vorsitzender)

Staatssekretär im Finanzministerium des Landes Schleswig-Holstein, Kiel

Dr. Tamara Zieschang (1. Vertr. des Vorsitzenden)

Staatssekretärin im Ministerium für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr
des Landes Schleswig-Holstein, Kiel

Volker Dornquast (2. Vertr. des Vorsitzenden)

Staatssekretär im Innenministerium des Landes Schleswig-Holstein, Kiel

Michael Dölp

Staatssekretär im Ministerium für Justiz, Gleichstellung und Integration des
Landes Schleswig-Holstein, Kiel

Dr. Bettina Bonde

Staatssekretärin im Ministerium für Arbeit, Soziales und Gesundheit des
Landes Schleswig-Holstein, Kiel

Ernst-Wilhelm Rabius

Staatssekretär im Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche
Räume des Landes Schleswig-Holstein, Kiel

Jörg Bülow

Geschäftsführendes Vorstandsmitglied des Schleswig-Holsteinischen
Gemeindetages, Kiel

Rainer Bock (bis 17.02.2010)

Hauptgeschäftsführer der Vereinigung der Industrie- und
Handelskammer zu Kiel

Dr. Jörn Biel (ab 18.02.2010)

Hauptgeschäftsführer der Vereinigung der Industrie- und
Handelskammer zu Kiel

Von den Betriebsangehörigen gewählte Mitglieder

Ulrich Adolf, Kiel

Axel Barkow, Trappenkamp

Patricia Friedrichs, Rendsburg

Silke Jahn, Holtsee

Mandate der Vorstandsmitglieder in Aufsichtsgremien

Erk Westermann-Lammers

Landgesellschaft Schleswig-Holstein mbH (ab 01.10.2010)
Fabrikstraße 7 · 24103 Kiel

Dr. Michael Adamska

Mittelständische Beteiligungsgesellschaft
Schleswig-Holstein mbH (ab 01.10.2010)
Lorentzendamm 21 · 24103 Kiel

Lutz Koopmann

HSH Finanzfonds AöR (Anstaltsträgerversammlung)
Besenbinderhof 37 · 20097 Hamburg

HSH Nordbank AG
Martensdamm 6 · 24103 Kiel
Gerhart-Hauptmann-Platz 50 · 20095 Hamburg

Landgesellschaft Schleswig-Holstein mbH (bis 30.09.2010)
Fabrikstraße 7 · 24103 Kiel

Mittelständische Beteiligungsgesellschaft
Schleswig-Holstein mbH (bis 30.09.2010)
Lorentzendamm 21 · 24103 Kiel

Thyen, Theilen & Partner AG
Steuerberatungsgesellschaft
Rathausplatz 15 · 24937 Flensburg

Dr. Klaus Rave

Energie Systeme Nord GmbH
Ingenieurunternehmen für Energie und Umwelttechnik
Lise-Meitner-Straße 25–29 · 24223 Schwentinental

WKN Windkraft Nord AG (ab 01.04.2010)
Otto-Hahn-Straße 12–16 · 25813 Husum

Kiel, den 21. März 2011



Erk Westermann-Lammers
(Vorstandsvorsitzender)



Dr. Michael Adamska

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Wir haben den Jahresabschluss – bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang – unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der Investitionsbank Schleswig-Holstein, Kiel für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2010 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Satzung liegen in der Verantwortung des Vorstands der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung gemäß § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Gesellschaft sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Vorstands sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

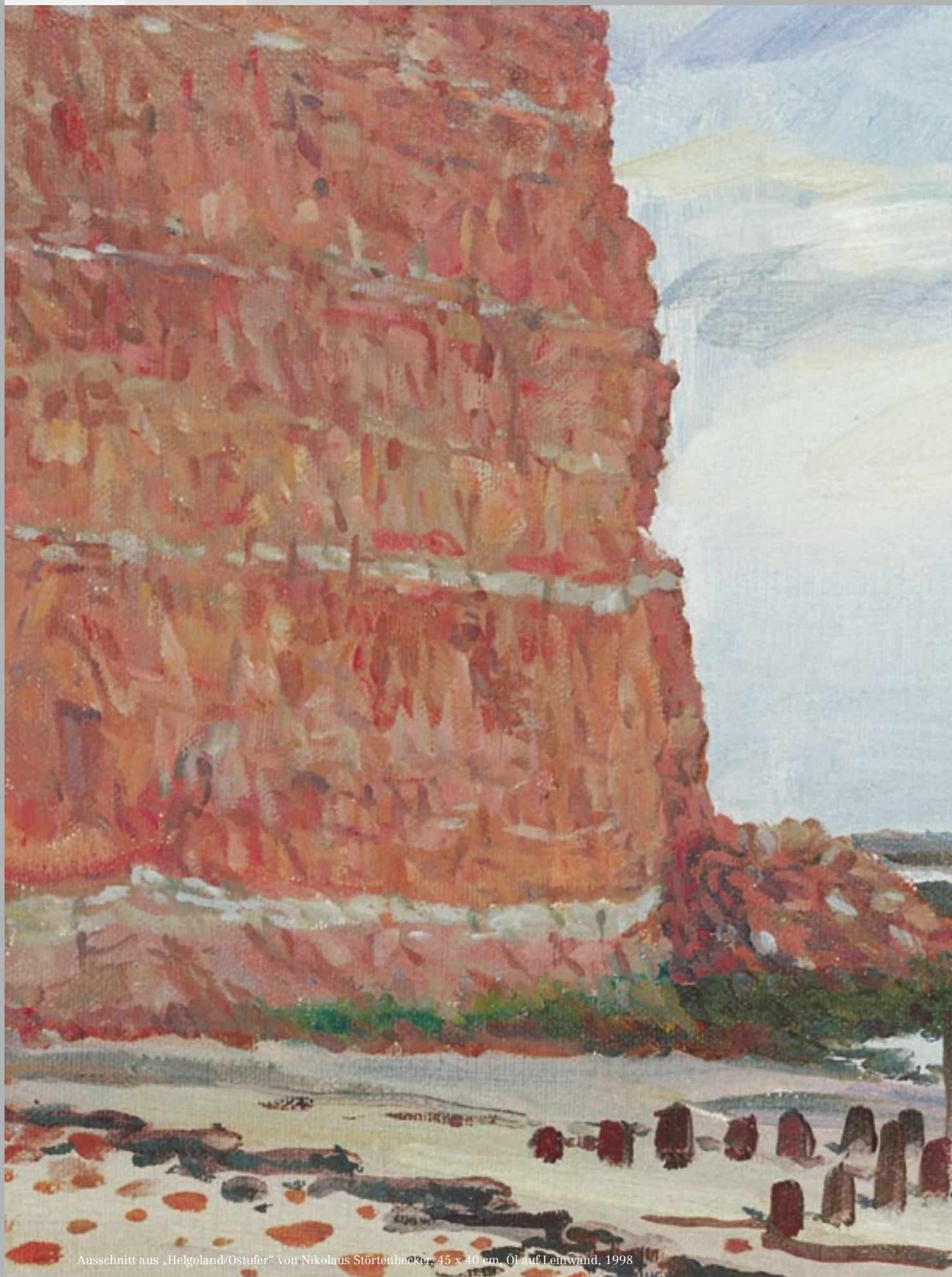
Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss der Investitionsbank Schleswig-Holstein, Kiel, den gesetzlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Satzung und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Hamburg, den 12. April 2011

Deloitte & Touche GmbH, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Reker
Wirtschaftsprüfer

ppa. Hammelstein
Wirtschaftsprüfer



Ausschnitt aus „Helgoland/Ostufur“ von Nikolaus Störtenbecker, 45 x 40 cm, Öl auf Leinwand, 1998



Impressum

Herausgegeben von der Investitionsbank Schleswig-Holstein
Kommunikation/Marketing
Telefon 0431 9905-3448 oder 0431 9905-3481

Gestaltung

New Communication GmbH & Co. KG

Bebilderung

Titelbild: Corinna Altenhof, Hamburg
Seiten 10/11, 110/111: Nicolaus Störtenbecker, Munkbrarup
Seiten 18/19, 68/69: Gretel Riemann, Kiel
Seiten 32/33: Ute Elisabeth Herwig, Barnitz-Trave
Seiten 40/41: André Krigar, Berlin
Seiten 48/49: Arno Neufeld, Mönkeberg
Seiten 64/65: Tobias Duwe, Großensee

Vorstandsfoto

Seite 5: Daniela Vagt, Kiel

Druck

Druckzentrum AC Ehlers

Investitionsbank Schleswig-Holstein

Postfach 1128 · 24100 Kiel
Fleethörn 29–31 · 24103 Kiel
Tel. 0431 9905-0 · Fax 0431 9905-3383
info@ib-sh.de · www.ib-sh.de

IB.Büros

Ahrensburg · Beimoorcamp 6
Tel. 04102 458233

Elmshorn · Ramskamp 71–75
Tel. 04121 471550

Eutin · Königstraße 2
Tel. 04521 774638

Flensburg · Friesische Straße 1–9
Tel. 0461 144860

Itzehoe · Hanseatenplatz 5
Tel. 04821 67770

Kiel · Fleethörn 29–31
Tel. 0431 9905-0

Lübeck · Fackenburger Allee 2
Tel. 0451 799860

Neumünster · Großflecken 26
Tel. 04321 488830

Norderstedt · Rathausallee 70
Tel. 040 5268300

Rendsburg · Kanzleistraße 1
Tel. 04331 122544

Schleswig · Michaelisstraße/Carstengang 2
Tel. 04621 989771



Standorte außerhalb Schleswig-Holsteins

Hamburg (in Kooperation mit der Innovationsstiftung Hamburg)
Büro des Enterprise Europe Network Hamburg Schleswig-Holstein
Habichtstraße 41 · Tel. 040 8222078-64 · www.een-hhsh.de

INTERREG-Sekretariat Rostock
Grubenstraße 20 · Tel. 0381 454845281

Verbindungsbüro Brüssel
Square de Meeüs 37 · Tel. +32 22307224

INTERREG-Sekretariat Riga
(in Kooperation mit der State Regional Development Agency, Lettland)
Ausekļa iela 14 · 4th and 5th floor · Tel. +37 17357368

Investitionsbank Schleswig-Holstein

Fleethörn 29–31

24103 Kiel

Tel. 0431 9905-0

www.ib-sh.de